



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Lokales Erinnern an bauliche Überreste des
Nationalsozialismus.
Eine Untersuchung zum heutigen Umgang mit dem NS-
Bauprojekt "Donau-Oder-Kanal".

Verfasser

Florian Rabenstein

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Dezember 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Matrikelnummer:	0500845
Betreuer:	ao. Univ.-Prof. Walter Manoschek

Allen die diese Arbeit ermöglichten in Dankbarkeit gewidmet

Florian Rabenstein

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Theorie	9
2.1. Gedächtnis und Erinnerungskultur	9
2.2. Denkmäler	17
2.3. Exkurs: Temporäres Denkmal	23
2.4. Bauen im Nationalsozialismus	25
3. Österreichs Erinnerungskultur nach 1945	27
4. Forschungsgebiet Donau-Oder-Kanal	31
4.1. Geschichte	31
4.2. Definition Zwangsarbeit	35
4.2.1. Zwangsarbeit in „Groß-Wien“	36
4.2.2. ZwangsarbeiterInnenlager Lobau – Donau-Oder-Kanal	37
4.3. Erinnerungsraum Groß-Enzersdorf & Lobau	42
4.4. Quantitative Befragung der AnrainerInnen	45
4.4.1. Deskriptive Betrachtung der Ergebnisse der AnrainerInnenbefragung	47
4.4.2. Analyse der Ergebnisse	58
4.4.3. Anmerkungen von AnrainerInnen	62
4.5. Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und anderen Opfern des NS-Regimes aus rechtlicher Sicht	65
4.6. Befragung der StadtgemeinderätInnen	67
4.7. Qualitatives Interview mit dem Bürgermeister	68

5.	Beispiele zu Formen der Erinnerung in Österreich	71
5.1.	Rechnitz	71
5.2.	Linz	76
5.3.	Wiener Fasangartenkaserne	87
6.	Schlussbetrachtung	91
7.	Anhang	96
7.1.	Literatur	96
7.2.	Interview Transkript	103
7.3.	Abbildungen	106
7.4.	Rohdaten der Befragung	123
7.5.	Abstract	139
7.6.	Curriculum vitae	140

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit Erinnerungskultur auf lokaler Ebene und den Umgang mit Bauten des Nationalsozialismus. Ein Feld, welches bislang noch nicht intensiv wissenschaftlich bearbeitet wurde und hier eine Lücke zu schließen versucht. Diese Diplomarbeit versucht, die Erinnerungskultur an nationalsozialistische Infrastrukturprojekte an Hand des Donau-Oder-Kanals im Süden Wiens zu erforschen und somit an Hand eines konkreten Projekts, den Umgang der Bevölkerung mit der Vergangenheit zu erkunden.

Mir geht es in meiner Arbeit nicht um den, auch sehr wichtigen, heutigen Umgang mit Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten, sondern um die Diskussion zu Bauten und Infrastruktur der Nationalsozialisten. In den Bauten der Nationalsozialisten spiegelte sich auch deren Ideologie wider und für die Errichtung wurden beginnend ab 1940 auch ZwangsarbeiterInnen eingesetzt. Wesentliche Fragen der Arbeit sind unter anderem, ob man sich der Entstehungsgeschichte dieser Bauten, die heute teilweise noch existieren, erinnert? Gibt es Diskussionen über ein Erinnern an die Bauten der Nationalsozialisten? Wie werden diese Bauten heute verwendet und was erinnert an deren Geschichte?

Dazu wird eingangs der theoretische Hintergrund zu Erinnerungskultur und den Formen des Gedächtnisses beleuchtet und der Versuch gewagt, diese unterschiedlichen Herangehensweisen auf lokale Formen von Erinnerung und Gedenken anzuwenden. Auch die unterschiedlichen Formen von Erinnerungszeichen und deren Bedeutung werden aus theoretischer Sicht betrachtet. Weiters wird auch der ideologische Hintergrund von Infrastrukturprojekten und Architektur im Nationalsozialismus behandelt.

Nach dem theoretischen Einstieg wird auf die Geschichte des Donau-Oder-Kanals eingegangen. Hier wird der Fokus auf die Errichtung des Kanals im Süden Wiens während des Nationalsozialismus und die Frage des Einsatzes von Zwangsarbeitern gelegt.

Nach diesem theoretischen Abschnitt wird ein Überblick über die Tendenzen der Erinnerungskultur in Österreich nach 1945 geboten. Die Beschreibung der

wesentlichen Tendenzen auf nationalstaatlicher Ebene ermöglicht es, die später beschriebenen Vorgänge auf lokaler Ebene besser nachzuvollziehen und einzuordnen.

Danach befasst sich ein Kapitel umfangreich mit einer empirischen Anwendung der theoretischen Konzepte von Denkmälern und Erinnerungskultur. So wird das NS-Bauprojekt Donau-Oder Kanal zuerst geschichtlich betrachtet, um dann den Fokus auf den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen zu richten. Auf die Analyse des Erinnerungsraums im Umfeld des Bauprojekts folgt die quantitative Erhebung der Meinung unter den AnwohnerInnen des NS-Baus zur Geschichte des Baus, sowie zu deren Einschätzung zu Fragen wie ZwangsarbeiterInnen-Entscheidung und Erinnerungszeichen. Neben der Auswertung des eingesetzten Fragebogens im Zuge dieser non-experimentellen Case-Study werden auch die zusätzlichen Anmerkungen von TeilnehmerInnen der Befragung festgehalten. Diese Anmerkungen werden auch durch ein Kapitel, in dem auf die rechtliche Lage der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und anderen NS-Opfern eingegangen wird, ergänzt. Eine weitere quantitative Befragung wurde unter den Mitgliedern des für das Gebiet zuständigen Stadtgemeinderats durchgeführt. Ein qualitatives Leitfadenterview mit dem Bürgermeister der Stadtgemeinde stellt einen Ausschnitt der Einstellung auf politischer Ebene dar.

Um dieses lokale Beispiel besser einzuordnen, werden Erinnerungsprozesse in anderen Orten beschrieben um Ähnlichkeiten und Unterschiede in diesen Prozessen herauszuarbeiten. Unter anderem wird der Umgang mit den NS-Bauten in Linz detailliert beleuchtet. Um den Ablauf von Erinnerungsprozessen an NS-Verbrechen im lokalen Rahmen zu verbildlichen, werden die Vorkommnisse im burgenländischen Ort Rechnitz herangezogen. Ebenfalls wird auf eines der wenigen baulichen Überreste des NS-Regimes in Wien, die heute als Maria-Theresien Kaserne bekannte ehemalige Fasangartenkaserne, eingegangen.

2. Theorie

2.1 Gedächtnis und Erinnerungskultur

Das Thema Erinnerungskultur und die damit verbundenen Bereiche haben in den letzten Jahren einen „Boom“ erlebt. Seit circa 20 Jahren steigt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema stetig an, dies zeigt sich gut in einer wachsenden Zahl an Publikationen zu diesem Thema. Interessant ist die Bearbeitung dieses Felds aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Psychologie, Geschichte, Anthropologie, Soziologie und der Politikwissenschaft. Die Herangehensweisen an dieses Thema haben sich im Laufe der Jahre durchaus verändert und haben dabei aufeinander aufgebaut. Ich werde versuchen, einen Überblick über die relevanten Konzepte für die Fragestellung der Erinnerungskultur auf lokaler Ebene zu erstellen und die Ideen kritisch zu bearbeiten.

Aleida Assmann ist eine der zentralen Autorinnen, die sich mit Erinnerung und Gedächtnis beschäftigt. In Ihren Werken finden sich auch viele Referenzen auf Pierre Nora, der in diesem Feld ebenfalls intensiv tätig ist und auf den ich später noch ausführlicher eingehen werde.

Assmann nimmt die Aussage des einflussreichen französischen Historikers Pierre Nora: „Nur deshalb spricht man soviel vom Gedächtnis, weil es keines mehr gibt“ (Assmann, Aleida (1999), S. 11) auf, um diese zu hinterfragen. Laut Assmann gibt es einen Abbruch der Kommunikation zwischen Epochen und Generationen, weil gemeinsames Wissen abhanden gekommen ist. So sind auch schriftliche Aufzeichnungen nur mit Hilfe der Erklärung der damals lebenden Personen verständlich. Sie sieht eine: „Parallele zwischen dem kulturellen, epochenübergreifenden Gedächtnis, das durch normative Texte gestützt ist, und dem kommunikativen, in der Regel drei Generationen verbindenden Gedächtnis der mündlich weitergegebenen Erinnerung.“ (ebda., S. 13)

Assmann versucht, die These Noras mit einer Krise des Erfahrungsgedächtnisses zu beschreiben, die nun eintrete, da mit „einem weiteren Generationenwechsel die überlebenden Zeugen der größten Katastrophe dieses Jahrhunderts, der Shoah, allmählich aussterben“. (ebda., S 14)

Diese Krise des Erfahrungsgedächtnisses verändert auch das Gedächtnis selbst. So muss es, um die Verbrechen zu erinnern, zu einer Umwandlung des Erfahrungsgedächtnisses der ZeitzeugInnen in ein kulturelles Gedächtnis kommen. Dieses mediengestützte Gedächtnis ist ein kollektives, welches auf Medien und Politik angewiesen ist und das individuelle Gedächtnis ergänzt. So sind das individuelle Gedächtnis und seine Erinnerungsprozesse weitgehend spontan, während das kollektive Gedächtnis durch Erinnerungspolitik geformt wird. Dieser Prozess birgt allerdings Gefahren mit sich, da es zu einer Reduktion und Instrumentalisierung kommen kann. Dieser Prozess des Wandels des Gedächtnisses führt auch zu Konflikten von konkurrierenden Erinnerungsinterpretationen. Auch diese Konflikte werden selbst als Teil der Gegenwartskultur eingeordnet.

Weiters bezieht sich Assmann auch auf Heiner Müller, der meint, dass Erinnerung immer eines Anstoßes beziehungsweise eines Schocks bedarf. So ist die Shoa und die damit verbundenen Vorkommnisse als Erinnerungsanstoß zu verstehen. Damit wird auch der Konflikt um die Erinnerung an die Shoa besser verständlich.

Auch sieht Assmann keine einfache Fortführung des Gedächtnisses über längere Zeit, sondern vielmehr eine dauernde Verhandlung und Vermittlung von Gedächtnis. Diese ist durch die Kommunikation von Kulturen und Individuen und deren Umfeld, wie ein sich veränderndes Medien- und Speichersystem, geprägt.

So sieht Assmann aber nicht nur Medien als prägende Stütze des individuellen Gedächtnisses, auch Orte haben Einfluss auf das Gedächtnis. So können Orte mit bedeutsamen Geschehen zu Gedächtnisorten werden. Auch nach Phasen, in denen so ein Schauplatz vergessen wurde, kann es zu einem wechselseitigen Verhältnis der Erinnerung an den Ort, sowie eine neue Erinnerung durch den Ort, geben. Jedoch kann das Gedächtnis nicht alleine an einen Ort abgegeben werden, dieser kann nur durch die Unterstützung von Gedächtnismedien funktionieren. (ebda., S 15 ff.)

Das Gedächtnis der Orte hat Assmann zufolge eine große Bedeutung, da diese zwar kein immanentes Gedächtnis haben, aber für die Konstruktion von kulturellen Erinnerungsräumen wesentlich sind. Sie helfen die Erinnerung zu festigen und verhelfen zu einer Kontinuität auf Dauer in einer sonst nur kurze Zeit andauernden Erinnerung. (ebda., S. 299) Gedenkorte sind für Assmann durch die Diskontinuität

und die Differenz zwischen Vergangenheit und Gegenwart gekennzeichnet. Nora sieht Gedenkort als Orte, an denen noch etwas übrigbleibt von einer Sache, die schon abgeschlossen ist und nicht mehr weiterbesteht. Auch für Nora ist der Ort jedoch ohne weitere Erklärung und Stütze durch Medien und Erzählung kein Gedenkort. (ebda, S. 309) Anhand des Konflikts um den Gedächtnisort Jerusalem macht Assmann klar, dass ein Ort auch „zum Kampfplatz rivalisierender Erinnerungsgemeinschaften werden kann“. (ebda., S. 306)

Der Historiker Pierre Nora hat mit seinem episch anmutenden Werk der „Lieux de memoire“ einen wesentlichen Beitrag zum Beginn der Debatte über Erinnerungsorte beigetragen. In einem siebenbändigen Werk, welches 5700 Seiten umfasst unternimmt er ab 1984 den Versuch, Frankreich als „gänzlich symbolische Realität“ darzustellen. (Nora, Pierre (2005), S. 9 ff) Verschiedene Autoren versuchen in diesem Werk, die für Frankreichs Nation wesentlichen Orte zu beschreiben und zu bewahren. So ging es dem Projekt anfangs um die Rettung von den „Überresten einer sterbenden Gedächtniskultur“ und entwickelte sich dann zu einem Eintritt in das Zeitalter des Gedenkens und einer Aufwertung des Gedächtnisses. Dem Versuch Noras eine Gesamtgeschichte einer Nation zu verfassen folgten ähnliche Projekte in anderen europäischen Ländern. Nora definierte das Ziel des Werks mit einer „Darstellung von Geschichte ohne gedenkende Zielsetzung“, jedoch sei das Werk vom Gedenken eingeholt worden und „das Wachhalten von Erinnerung schließlich selbst zum herausragenden Gegenstand der Betrachtung geworden“. (ebda., S. 543) Nora sieht die Macht der kollektiven Erinnerung, die versucht, die Erinnerung zu beherrschen, als Grund dafür an, dass die Erinnerungsorte zu einem Instrument des Gedenkens wurden.

Nora sieht auch das nationale Gedenken im politischen untergehen. So sei nach dem Ersten Weltkrieg noch Verdun als gemeinsamer Ort der Nation vorhanden gewesen, nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch durch die Konkurrenz zwischen Gaullisten und Kommunisten nicht einmal eine Einigung auf ein Datum der Befreiung möglich gewesen. Dies sieht Nora als Beispiel für eine „Schlacht des Gedenkens“, das Gedenken sei politisch geworden und habe alles verändert. So sei dieses nun „säkularisiert, demokratisiert und in die Nähe einer politischen Demonstration gerückt“. (ebda., S. 551) Das nationale Gedenken in Form von Ansprachen von

Staatspräsidenten sei politisch geworden und Teil der Auseinandersetzung im Kampf um das Gedächtnis. „Auf oberster staatlicher Ebene gibt es kein nationales Gedenken mehr, das nicht politisch, nicht parteiisch wäre.“ (ebda., S. 552)

Neben diesem Trend sieht Nora das klassische Modell des Gedenkens durch das Erstarken von lokalen Kräften in einem Konkurrenzverhältnis. Die Dezentralisierung habe mit den vermehrt lokalen Aktionen des Gedenkens in Form eines kollektiven Gedächtnisses einen Schub ausgelöst, welcher die Initiativen zum Gedenken von unten entstehen lässt und fast zu einer Industrialisierung der Erinnerung geführt habe.

Auch sieht Nora einen Sieg des kollektiven Gedächtnisses über die geschichtlichen Vorgaben. So würde nicht mehr die Vergangenheit selbst zählen, sondern viel mehr was in der Gegenwart in sie hineingelegt wird. „Die Geschichte schlägt vor, aber die Gegenwart entscheidet“. So seien die Gedächtnisfeiern mit dem geringsten politischen und historischen Gehalt, aber dem größten Potenzial für den Ausdruck des kollektiven Gedächtnisses am erfolgreichsten gewesen. (ebda., S. 552 ff.)

Nora fokussiert sich in seiner Arbeit stark auf Frankreich und beschäftigt sich intensiv mit dem Nationalen als Handlungsrahmen von Gedächtnis. So sieht er das Aufkommen eines nationalen Gedächtnisses als Platzhalter und Ersatz für die Nationalgeschichte, da das nationale Projekt seine integrierende Kraft verloren habe. Nora konstatiert, dass es damals „eine Geschichte und viele Privatgedächtnisse“ gab und heute „ein nationales Gedächtnis, das sich aber aus divergierenden, aber nach Einheit strebenden Ansprüchen auf ein kulturelles Erbe zusammensetzt“ besteht. Außerdem sprengt das nationale Gedächtnis den Rahmen der „offiziellen“ nationalen Geschichte. (ebda., S. 572 ff.)

Noras Werk hatte wesentlichen Einfluss auf die Debatten um Gedächtnis und Erinnerung. So beschäftigen sich auch Daniel Levy und Natan Sznaider mit den Fragen der Erinnerung. Sie stellen die Veränderungen in den Formen der Erinnerung unter dem Einfluss der Globalisierung dar und konstatieren Spannungen zwischen nationalen Erinnerungen und kosmopolitischen Gedächtniskulturen. Ihnen zufolge ist es zu Zeiten der Globalisierung nicht mehr möglich, kollektive Erinnerung auf „einen

territorial oder national fixierten Ansatz“ zu reduzieren. (Levy, Daniel; Sznajder, Natan (2007), S. 9)

Auf Grund der ständigen Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung kommt es zu einer kosmopolitischen Erinnerungskultur, die mit universalen Symbolen wie der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ angereichert wird. Trotz der kosmopolitischen Entwicklung bestehen Nationalstaaten und deren Bedeutung weiter, jedoch werden die nationalen Begrenzungen kleiner. Sznajder und Levy sehen eine von den Vereinigten Staaten durchgeführte Universalisierung des Holocaust und beschreiben eine Amerikanisierung der Erinnerung in Form von massenmedialen Darstellungen wie im Spielfilm „Schindlers Liste“ und der TV-Serie „Holocaust“. (ebda., S. 14)

Weiters sehen die Autoren die „kollektive Erinnerung“ und die Einführung des Begriffs durch Maurice Halbwachs in den 1980er Jahren mit der Forderung nach einem Rahmen der Erinnerung verbunden, der notwendig war, um diese zu ermöglichen. Diese kollektive Erinnerung war damals noch Teil von nationaler und ethischer Kultur und dies habe sich nun auf Grund neuer kultureller Horizonte verändert. (ebda., S. 19 ff.)

Im Konflikt zwischen Partikularismus und Universalismus der Erinnerung wird der Kosmopolitismus als verbindendes Element gesehen. So wird betont, dass es durch die Kosmopolitisierung zu keiner Universalisierung kommen wird und unterschiedliche Formen der Erinnerung erhalten bleiben. Auch stellt der Kosmopolitismus kein Ende der lokalen Erinnerung dar. Die lokalen Formen der Erinnerung werden durch die Kosmopolitisierung der Erinnerung beeinflusst, so wie die lokalen Formen auch die globalen Formen mit beeinflussen. „Die Dynamik zwischen dem Lokalen und dem Globalen wird immer mehr durch das kosmopolitische Gedächtnis in Gang gesetzt und gehalten“. (ebda., S. 23)

Trotzdem seien in vielen Ländern noch nationale Formen der Erinnerung vorherrschend und eine Ablehnung gegen die globalisierte Form des Erinnerns spürbar. Die Umsetzung der Erinnerung werde durch institutionalisierte Bedingungen und Zwänge geformt. Diese Entwicklung wird von den Autoren mit dem Fall des

Eisernen Vorhangs zeitlich verortet, da zu dieser Zeit die Holocaust-Erinnerung „aus ihren jeweiligen nationalen Containern heraustreten“. (ebda., S. 24)

Levy und Sznajder sehen im Werk Noras unter anderem den Versuch, in einem Reflex auf die Globalisierung, „den zunehmend diskreditierten Begriff der Nation durch den der kollektiven Erinnerung zu ersetzen“. (ebda, S. 25) Überwiegend beschreibe die Literatur kollektive Erinnerung aus einem nationalen Blickwinkel und Nora sehe in der globalen Form der Erinnerung die Auflösung beziehungsweise Ablöse der kollektiven Erinnerung. Die Autoren kritisieren, dass Globalisierung als Standardisierung und Homogenisierung verstanden wird, und verstehen die Entwicklung viel mehr als Hybridbildung zwischen globalen und nationalen Elementen. (ebda., S. 25 ff.) Diese könne dazu führen, dass das Globale „zu einem kulturellen Horizont (wird), an welchem wir unsere (lokale) Existenz bestimmen können“. (ebda., S. 29) Im Zusammenhang mit der Frage von technischer Weiterentwicklung und dessen Einfluss auf die Entstehung eines globalen Gedenkens wird angemerkt, dass die Teilnahme an einem weit entfernten Ereignis nun möglich sei, jedoch eine Anteilnahme nur dann stattfinden würde, wenn dieses in den jeweiligen lokalen Kontext eingegliedert wird. (ebda, S. 55)

Meiner Meinung nach muss das wichtige Werk Noras zwar auf Grund seiner wegweisenden Wirkung in Sachen Erinnerungskultur auf akademischer Ebene geschätzt werden, dies kann jedoch kein Grund sein, Kritik an einigen seiner Schlussfolgerungen zu unterlassen. Sein Fokus auf das Nationale als Handlungsraum für Erinnerung und Gedenken scheint mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr gänzlich aktuell zu sein. Zu bedenken ist hierbei natürlich, dass Nora sein Projekt Mitte der 1980er Jahre begann und eine einschneidende Zäsur der Erinnerungskultur auf nationaler wie vor allem internationaler Ebene mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zerfall der Sowjetunion erst mit den 1990er Jahren eingeleitet wurde. Trotzdem scheint mir Pierre Noras Ansatz manchmal überraschend stark nationalistisch geprägt zu sein. Nur wenige Anspielungen finden sich zum Beispiel über den Umgang Frankreichs mit dem Nachbarstaat Deutschland in Fragen der Aufarbeitung des Nationalsozialismus. So bleibt der Fokus doch immer zentral auf Frankreich als eigenständiges Gebilde gerichtet, von dem man als Leser

eher den Eindruck bekommt, es sei noch immer mehr eine „Grande Nation“ als ein wesentlicher Mitgliedsstaat der Europäischen Union.

Im Gegensatz dazu steht die Aufarbeitung der verschiedenen Ansätze durch Sznajder und Levy. Deren Arbeit baut natürlich auch auf den vorangegangenen Werken zum Thema auf, vermittelt aber doch den Eindruck, in diesem Jahrzehnt Aktualität und Anwendungsfähigkeit zu besitzen. So wird vor allem deren Interpretation der globalen Erinnerungskultur im empirischen Teil dieser Arbeit interessant zu betrachten sein. Insofern als sich Sznajder und Levy oft auf eine Verknüpfung von Lokalem und Globalem beziehen, interessiert es mich, ob deren Theorie auf das sehr lokale Projekt des Donau-Oder-Kanals und deren BenutzerInnen anwendbar ist. So werden etwaige Befragungsergebnisse und deren Aufschlüsselung nach dem Alter der Befragten eventuell Aufschluss darüber geben können, ob Formen der globalen Erinnerungskultur auch auf so ein lokales Projekt Einfluss haben. So liegt meine Vermutung in dieser Frage eher dahingehend, dass jüngere Personen stärker durch die globale Erinnerungskultur und deren mediale Bilder geprägt wurden als ältere Menschen und daher auch andere Ansichten zu nationalsozialistischen Bauprojekten vorherrschen könnten.

Eine weitere interessante Frage, die sich bei der Betrachtung der Literatur und deren Anwendung auf meine Forschungsfrage stellt, ist ob und wie das kommunikative beziehungsweise das kulturelle Gedächtnis sich auf die Antworten bei der Befragung auswirkt. Wurde ein Teil der Befragten noch durch eine direkte Kommunikation zu einem Teil des direkten kommunikativen Gedächtnisses der ersten Generation, weil sie die Bauarbeiten am Kanal vielleicht noch selbst miterlebten? Und wie sehr ist das Entstehen und spätere Vorherrschen eines kulturellen Gedächtnisses, eventuell schon anstelle eines kommunikativen Gedächtnisses, auf die Beantwortung der Fragen durch jüngere AnrainerInnen ausschlaggebend? Hat die massenmediale Darstellung von Geschichte und vor allem den Verbrechen der Nationalsozialisten, Auswirkungen auf die jüngere Generation und damit auf die Beantwortung der Fragen? Und dazu werde ich mir in einem weiteren Teil dieser Arbeit auch die Frage stellen, in welcher Form ein Erinnern an die Geschehnisse möglich und sinnvoll ist. Können zum Beispiel Denkmäler und Gedenktafeln an Erinnerungsorten einen positiven Einfluss haben? Und welche anderen Formen des Gedenkens existieren,

beziehungsweise existieren nicht, und welche Gründe könnte deren Nonexistenz haben?

Ebenfalls kann der angesprochene Erinnerungsort „zum Kampfplatz rivalisierender Erinnerungsgemeinschaften werden“, von dem in Aleida Assmanns Werk die Rede ist, und auf die Situation der lokalen Erinnerungskultur am Beispiel des Donau-Oder-Kanals angewandt werden. So existiert im Stadtzentrum von Groß-Enzersdorf, der politisch zuständigen Gemeinde für das Forschungsobjekt, ein Denkmal, das an die gefallenen Soldaten der Weltkriege erinnert. Ein Erinnern an die Opfer des Krieges lässt sich im Stadtbild, sowie am Kanalbau selbst, nicht finden. Hier wird die Befragung der politisch zuständigen StadtgemeinderätInnen vielleicht Aufschluss über „rivalisierende Erinnerungsgemeinschaften“ auf lokalpolitischer Ebene geben. Auch wird sich die Frage stellen, ob zwischen den AnrainerInnen ein ähnliches Bild der Erinnerung vorherrscht oder dieses sehr differenziert ist, ebenso ob zwischen den politischen RepräsentantInnen und den AnrainerInnen Unterschiede auftauchen, die so gravierend sein könnten, dass man von einer „rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaft“ sprechen könnte.

Die Frage nach der Auswirkung des globalen beziehungsweise nationalen Gedächtnisses auf die lokale Ebene wird interessant zu beobachten sein. Ist die Erinnerungskultur auf lokaler Ebene eher durch den vorherrschenden nationalen Erinnerungskultur-Konsens, oder auch durch die globale Erinnerungskultur, beeinflusst?

Es ist zu hinterfragen, ob es einen Erinnerungskultur-Konsens überhaupt geben kann, eher ist die Erinnerungskultur durch den Kampf um die Erinnerung geprägt, hier ist mit Konsens eher die aktuell vorherrschenden Narration der Geschichte auf nationaler, politischer Ebene gemeint.

2.2. Denkmäler

„Das auffallendste an Denkmälern ist nämlich, dass man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler“

Robert Musil, Denkmale, 1927

Diese oft zitierte Aussage von Musil stellt Denkmäler als Form des Erinnerns in ein kritisches Licht. Die Rolle von Denkmälern als Form der Erinnerung wird in der entsprechenden Literatur durchaus unterschiedlich betrachtet. So setzte sich Heidemarie Uhl mit den Formen der Erinnerung vor allem auf lokaler Ebene in der Steiermark auseinander.

Uhl sieht einen direkten Bezug zwischen der Aufarbeitung der Geschichte in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg und der vorherrschenden Denkmalkultur. Sie analysiert für die steirische Denkmallandschaft drei unterschiedliche Phasen. In einer ersten Phase nach dem Kriegsende kam vor allem der österreichische Freiheitskampf gegen das Hitler Regime vor. Ab 1950 sieht Uhl die Kriegerdenkmäler für die gefallenen Soldaten der deutschen Wehrmacht vorherrschend und als Norm des kollektiven Erinnerns. Diese Tendenz hängt stark mit der Gründung von Ortsgruppen des Österreichischen Kameradschaftsbundes zusammen, die sich als unabhängig ausgaben, jedoch politisch stark von allen Parteien außer der KPÖ unterstützt wurden. Bis in die 1980er Jahre verblasste die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, erst das Gedenkjahr 1988 und die vorhergehende Debatte um Kurt Waldheim änderte die Situation hin zu einem Gedenken an die Opfer. (Uhl, Heidemarie (1994), S. 111 ff.)

Stefan Riesenfellner sieht Denkmäler als: „Erinnerungszeichen, Zeichen der Vergangenheit und (...) Gedächtnisorte unseres historischen „Bewusstseins““. (Riesenfellner, Stefan (1994), S. VI) Für ihn sind Denkmäler gleichzeitig sichtbar wie unsichtbar. Es hänge davon ab, ob man sich erinnern wolle oder nicht. So seien Denkmäler auch politische Zeichen vom Umgang der Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit.

Auf Grund der in den 1980er Jahren begonnenen Debatte um die österreichische Perspektive auf den Nationalsozialismus sieht Uhl eher das Gegenteil von Musils Aussage zutreffend. Durch die Diskussion um die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus und den Wandel von der Rolle des „ersten Opfers“ hin zu einem Eingeständnis der Mittäterschaft kam es auch zu neuen Initiativen zur Denkmalsetzung. Bis dahin stellte die Vorherrschaft der Kriegerdenkmäler auch ein Bild der österreichischen Gesellschaft und eine „zumindest partielle Identifikation vieler Österreicher mit dem Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht“ dar. (Uhl, Heidemarie (1994), In: Lebenszeichen, S.169 ff.)

Uhl sieht, zumindest indirekt, die Einstellung zum Nationalsozialismus aus den Denkmälern „sprechen“. So konstatiert sie auch eine „Konkurrenz-Kultur“ zwischen den Denkmälern für NS-Opfer und Kriegerdenkmälern. Vor allem die Debatten um die Errichtung von neuen Denkmälern, welche auch stark durch die immer noch unterschiedlichen Interpretationen der Geschichte auf politischer Ebene geprägt sind, zeigen einen Konflikt der Erinnerung. (ebda., S. 171)

Die Errichtung von Denkmälern müsse auf Basis eines breiten Konsenses getroffen werden und zeigt die Erinnerung im Kontext gesellschaftlicher Akzeptanz auf. Meist stellen sie auch ein integratives Geschichtsbild dar, welches auf die Unterstützung auf politischer Ebene angewiesen ist. So ist die Denkmallandschaft auch ein Abbild der gesellschaftlichen Einstellung zum Nationalsozialismus, denn es wird klar, „welche Deutungsangebote hinsichtlich der Vergangenheit im Geschichtsverständnis einer Gesellschaft vorherrschen, welche marginalisiert sind.“ (ebda., S. 172)

Uhl sieht Denkmäler auch als Medien des kollektiven Gedächtnisses, welche durch „die Wiederkehr der verdrängten Erinnerung an den Holocaust“ wichtiger werden. Heftige Kontroversen um die Form der Erinnerung in Form von Denkmälern sieht Uhl vor allem bei Projekten, die als „repräsentative Ausdrucksformen der Gedächtniskultur eines Kollektiv bzw. einer Nation gelten konnten“. (Uhl, Heidemarie (2001), S. 228) Diese Kontroversen sein vor allem durch einen Kulturkampf zwischen links und rechts geprägt, wobei diese Klassifikation in vielen Politikbereichen schon erodiert, hier jedoch weiterhin zutrifft. (ebda., S. 228)

Das „Zerbrechen der Nachkriegsmythen“ betreffe jedoch nicht nur alleine die Erinnerungskultur auf offizieller, nationaler Ebene, sondern bringt auch Veränderung

in den Bundesländern, Städten und Gemeinden mit sich. Diese Veränderung der Erinnerungskultur werde vor allem durch die „Errichtung von Erinnerungszeichen für bislang nicht gewürdigte Opfer des NS-Regimes“ deutlich. (Uhl, Heidemarie (2005), S. 25) Uhl sieht diese Veränderung auf lokaler und regionaler Ebene im Zusammenhang mit den neuen Tendenzen der europäischen Erinnerungskultur, in welcher Nachkriegsmythen einer „Orientierung an (die) Holocaust-Erinnerung als transnationalen Gedächtnisort“ weichen. (ebda.)

Der Bezug auf den „Zivilisationsbruch Auschwitz“ (Dan Diner) in der Erinnerungskultur führt außerdem zu einem Wandel, in dem nicht mehr die nationalen, positiv gefärbten Gründungsmythen, sondern „die Auseinandersetzung mit einer schuldhaften, traumatischen Vergangenheit, die Konfrontation mit der Schuldfrage im Vordergrund steht“. (ebda.) Diese Auffassung der europäischen Erinnerungskultur steht im Spannungsverhältnis mit noch immer vorhandenen nationalen Erinnerungstraditionen. (ebda., S. 26)

Die Historikerin Lisa Retzl sieht in der Aufstellung von Denkmälern eine vergangenheitspolitische Zeichensetzung, welche weniger über das historische Ereignis an sich, als über die herrschenden Machtverhältnisse und „die geltenden politischen Wertigkeiten und den darüber bestehenden gesellschaftlichen Konsens“ aussagt. (Retzl, Lisa (2005) S. 158) Sie ist der Meinung, dass sich Veränderungen in der Erinnerungskultur auf nationaler Ebene auch an lokalen und regionalen Beispielen nachvollziehen lassen: „Was sich auf nationaler Ebene im Großen vollzog, hatte auch seine Entsprechung im Kleinen – im Lokalen und Regionalen.“ (ebda.)

Peter Reichel sieht einen Übergang von einem kommunikativen zu einem kulturellen Gedächtnis. Dass Erinnerungsorte Teil dieses kulturellen Gedächtnisses sind, stellt er ebenso fest, wie die begehrte und zugleich gefürchtete Stellung dieser Orte, welche auf Grund der politischen Debatten aufgeladen sind. (Reichel, Peter (1995) S. 9 ff.) Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum sind „zur Vergegenwärtigung von Vergangenheit (...) zum öffentlichen Erinnern eingerichtete Gedächtnisorte“. (ebda., S. 14)

Als Beispiele führt er Museen aber auch Baudenkmäler, Mahnmale und Gedenkstätten an. Er sieht in der Erinnerungskultur die ritualisierte Form des Kampfs

gegen das Vergessen und Verleugnen des Nationalsozialismus, welcher von HistorikerInnen, ArchivarInnen, ArchitektInnen, SchriftstellerInnen und ähnlichen getragen wurde. Für ihn ist die Erinnerungskultur ein wesentlicher Teil zur Aufarbeitung der Geschichte. „Überspitzt könnte man sagen, Vergangenheit entsteht erst dadurch, dass sie erzählt, aufgeschrieben und dargestellt wird, ob in Denkmälern oder an Gedenktagen, in Dokumentationen, wissenschaftlichen Deutungen oder in epischen Werken“. (ebda., S. 19)

Weiters sieht der Autor den Trend zu einer eigenen Geschichte der Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzungen um die Formen der Erinnerung würden auf den verschiedenen Ebenen kaum mehr überschaubar sein und deshalb ihre eigene Geschichte entwickeln. Die Debatten um den Umgang mit Gedenkortern sind dafür ein Beispiel. (ebda., S 27 ff.)

Als einen Teil dieser Gedächtnisorte führt Reichel die architektonischen Überreste der NS-Zeit an, die er als „nachgelassene Erinnerungsorte“ bezeichnet. (ebda. S. 31) Die „politisch konfliktreiche Aneignung und Bewertung der Geschichte“ anhand dieser Orte macht die Orte nicht nur zu Gedächtnisorten in Hinblick auf die Vorgeschichte, sondern steht auch als „Deutungs- und Identifikationsangebot“ für BesucherInnen zur Verfügung. (ebda., S. 32)

Den Prozess der Denkmalsetzung sieht er als oft politisch umstrittenen Vorgang der auch schon in der Vergangenheit immer wieder starke Beachtung gefunden hat. Auf Grund der Konflikte auf politischer Ebene, die sich hinter der Denkmalsetzung abspielen, können Denkmäler oft weniger über das zu gedenkende Ereignis oder die Personen aussagen, als über die „Motive und Geschichtsbilder der Denkmalsetzer“ selbst. (ebda, S. 32 ff.)

Die Denkmalsetzung sieht Reichel auch heute noch als unverzichtbares Medium für symbolische Politik, die auch eine lokalhistorische Fixierung vornehmen wolle. (ebda., S. 48)

Aleida Assmann versuchte im Zuge der internationalen Konferenz „Disturbing Remains - Der Umgang mit den materiellen Überresten des Nationalsozialismus“ die Bedeutung von Materialität für das Gedächtnis hervorzuheben. Sie geht davon aus,

dass für das Gedächtnis zwei Dinge notwendig sind, nämlich Medialität und Materialität. Während unter Medialität hier zum Beispiel Formen der Repräsentation, der Symbolisierung und der Inszenierung gemeint sind, so wird mit Materialität die Authentizität, der Beweis und die Kontamination verbunden. Die Materialität kann die Vergangenheit in der Gegenwart verkörpern und in diese hineinragen, während die Medialität die Form der symbolischen Vermittlung einer Vergangenheit, die es nicht gibt, sondern rekonstruiert werden muss, bieten kann. Im Bezug auf Erinnerungsorte können materielle Relikte als Stütze der Erinnerung dienen, diese werden vor allem in der heutigen Situation, in welcher die Generation der ZeitzeugInnen leider langsam ausstirbt, immer wichtiger. Jedoch muss auch das Verfallsdatum von materiellen Dingen beachtet werden, vor allem der nationalsozialistische Nutzbau in den Konzentrationslagern wirft Fragen zur Konservierung auf. Es ist jedoch auch möglich an einen Ort ohne materielle Überreste zu erinnern, dazu ist die Markierung des Ortes notwendig. Hier stellt sich die Frage, ob von Seiten der Verantwortlichen sprichwörtliches Gras über die Sache wachsen soll und es keine Erinnerungszeichen gibt oder es die Bereitschaft zur Markierung und Auseinandersetzung mit dem Ort gibt.

Die materiellen Überreste können unterschiedliche Aufladungen erhalten. So sieht der US-amerikanische Soziologe Jeffrey C. Alexander den Holocaust als kulturelles Trauma an. Der Holocaust wurde zum Menschheitsverbrechen „par excellence“ und damit zum Symbol des „absolut Bösen“. Diese starke Aufladung ist nicht eingrenzbar und führt zur Kontamination von Dingen und auch zur Stigmatisierung ganzer Nationen als Schuldige.

In der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten sieht Assmann nicht nur die Vernichtung selbst, sondern auch eine Enteignung der materiellen Güter. So werden Opfer der Vernichtung durch die Vergabe von Nummern und die Abnahme von persönlichen Gegenständen neutralisiert, um in der industriell betriebenen Massenvernichtung keine individuellen Spuren zu hinterlassen. Die industriell betriebene Weiterverarbeitung von persönlichen Habseligkeiten der Opfer stellt eines der Zentren in der Bürokratie des Todes dar.

Nach dem zweiten Weltkrieg sieht Assmann daher ein Konversionsinteresse, welches vor allem von Seiten der deutschen Bevölkerung bestand. Es ging in den ersten Nachkriegsjahren vor allem darum, die Spuren aus der Vergangenheit zu

beseitigen, gewisse Kriegsobjekte wurden zu Friedensobjekten umgeformt und dadurch dekontaminiert. Sie sieht in dieser Umformung und der Entfernung von Symbolen des Regimes einen Verlust des Gedächtnisses der Dinge. Der Wunsch hinter der Konversion der Dinge war damals der Wandel von Schuld in Unschuld, heute passiert durch die Erinnerungsarbeit eine Dekontamination. So stellt zum Beispiel die Rückgabe von Raubgut oder die finanzielle Entschädigung den Versuch der Herstellung des Vorzustandes dar, jedoch kann die Entschädigung nicht als Wiedergutmachung verstanden werden. Diese kann durch Erinnerungsarbeit unterstützt werden, weshalb dieser eine wichtige Rolle zukommt.

Die heutige Erinnerungsarbeit sieht Assmann durch den Wunsch nach Dekontamination geprägt. Als Beispiel führt die Kulturwissenschaftlerin die Gedenkinitiative der „Stolpersteine“ an, welche in einigen deutschen wie österreichischen Städten etabliert wurde. Hier wird von BewohnerInnen die Geschichte des eigenen Wohnhauses im zweiten Weltkrieg und die Involvierung in den Holocaust erforscht und anschließend die Namen der Opfer des jeweiligen Wohnhauses im Gehsteig auf einer Metallplatte eingelassen. Dadurch entstehen quer durch die Stadt mehrere kleinere Erinnerungsorte und durch diese Solidarisierung erfolgt auch eine Dekontamination des Wohnhauses. Diese lokal verankerte Erinnerungsarbeit mit ihrer bottom-up Methode stellt einen Gegensatz zum Erinnern auf nationaler Ebene dar. Assmann sieht in dieser Methode eine wichtige Form der Erinnerung, da auch eine Verbindung zwischen der heutigen jüngeren Generation und der Generation der Verbliebenen hergestellt wird und somit auf lokaler Ebene Dekontamination vorgenommen werden kann.

2.3. Exkurs: Temporäres Denkmal

Dass aber nicht nur das Denkmal selbst, sondern auch der Prozess um die Entstehung des Denkmals wesentlich ist, zeigt unter anderem das Projekt „Temporäres Denkmal“. Die Debatten um die Form der Erinnerung und deren Darstellung nimmt in dieser Arbeit einen großen Platz ein. Im Gedenken an 360 Opfer der „Euthanasie“, alle ehemalige PatientInnen des heutigen Psychiatrischen Krankenhaus Hall in Tirol, wurde im Jahr 2007 eine umfangreiche Projektdokumentation in Buchform vorgelegt. In dieser ist der Prozess der Erinnerung an diese Opfer und die kulturelle Form der Aufarbeitung der Geschichte dargestellt. Der Künstler Franz Wassermann dokumentiert darin die unterschiedlichen Phasen der Erinnerungsprozesse dieses Projektes. Vor allem die erste Phase, in welcher die Gemeinden in denen Opfer der „Euthanasie“ zu beklagen waren, aufgefordert wurden, Straßen nach diesen Opfern zu benennen, ist spannend.

So werden in dem umfangreichen Bildband auch die Briefwechsel bildlich dargestellt und die unterschiedlichen Reaktionen der einzelnen Gemeinden aufgezeigt. Diese fallen vereinzelt, unter anderem wie in Wien, Bregenz und Salzburg positiv aus, viele Anfragen wurde nicht beantwortet, oder es wurde eine bürokratische Ausrede gefunden, warum das Projekt nicht umgesetzt werden könne. Auch vereinzelt Ablehnung und die Bitte dieses Kapitel der Geschichte ruhen zu lassen, wurden verzeichnet. Diese Zusammenstellung der politischen Reaktionen zeigt ein diversifiziertes Bild auf lokaler, politischer Ebene.

Für den Künstler Wassermann, der das Projekt vorantrieb, ging es nicht nur um die Umbenennung der Straßen, sondern viel mehr um diesen Prozess der Erinnerung und die Dokumentation dieses Prozesses, der nun auch selbst zu einem Teil der Erinnerung wird. Durch die ausführliche Dokumentation liegt ein Denkmal in schriftlicher Form vor, dieses kann vielleicht auch mehr bewirken als eine einzelne Gedenktafel, die vielleicht noch an einer unscheinbaren Stelle angebracht wird.

In weiteren Phasen wurden auch „Quilts – Tücher der Teilnahme“, die Diskussion um einen Park der Erinnerung und die Performance „Die Rückgabe“ dargestellt.

Abschließend werden auch die Karteikarten der Opfer öffentlich zugänglich gemacht, um ein lebendes Archiv zu schaffen, das durch Gegenstände ergänzt werden kann.

Auch wird auf die Bedeutung der Medien als Akteur im Prozess der Erinnerung hingewiesen. Durch eine positive Unterstützung seines Anliegens konnte auch auf öffentlicher Ebene Druck und Aufmerksamkeit für dieses Thema geschaffen werden.

Dass die Prozesse der Erinnerung auch auf lokaler Ebene stark von der politischen Einschätzung der Vergangenheit abhängen, zeigt auch dieses Projekt. Die fast 400 Seiten umfassende Dokumentation des mehrjährigen Prozesses wurde auch durch den „Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus“ gefördert und enthält ein Vorwort des Bundespräsidenten Heinz Fischer. Diese politischen Rahmenbedingungen sind notwendig, um solche Prozesse erst möglich zu machen, beziehungsweise erleichtern sie die Durchführung.

Seit dem geänderten Umgang des „offiziellen Österreichs“ mit dem Nationalsozialismus ab dem Ende der 1980er Jahre haben sich einige Entwicklungen ergeben, unter anderem die Einrichtung des Nationalfonds der unter anderem die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und eine Aufarbeitung der Geschichte zum Ziel hat. Diese Entwicklungen sind sicher auch ein Grund dafür, dass bei einem solchen Projekt im Vorwort des Bundespräsidenten Folgendes zu lesen ist: „Für die Österreicherinnen und Österreicher ist dabei der wachsame Blick in die nationalsozialistische Vergangenheit unseres Landes in der Zeit von 1938 bis 1945 von großer Bedeutung.“ (siehe: Sommerauer, Andrea; Franz Wassermann (Hg.) (2009))

2.4. Bauen im Nationalsozialismus

Schon 1933 dachte Hitler über den Untergang der „Herrenrasse“ hinaus und stellte fest, dass: „Selbst wenn ein Volk erlischt und Menschen schweigen, dann werden die Steine reden.“ (Reichel, Peter (1995), S. 50)

Und er untermauerte die große Bedeutung von Architektur im Nationalsozialismus mit folgender Aussage: „Wenn Völker große Zeiten innerlich erleben, so gestalten sie diese Zeiten auch äußerlich. Ihr Wort ist dann überzeugender als das gesprochene: Es ist das Wort aus *Stein*.“ (Weihsmann, Helmut (1998), S. 19)

Die weitreichenden Baupläne Hitlers sind weitgehend Absicht geblieben und oft nur mehr auf Bildern oder Modellen überliefert. „Nur knapp zehn Prozent der geplanten Gigantomanie wurde auch gebaut.“ (Reichel, Peter (1995), S. 52)

Helmut Weihsmann versucht, das vorherrschende Bild von NS-Architektur, welche nur in den großen Städten des Reichs umgesetzt wurde, zu korrigieren und verweist darauf, dass fast jede deutsche wie österreichische Kleinstadt auf bauliche Zeugnisse der NS-Zeit zurückblicken kann. „Das architektonische Erbe, mitunter schwere Hypothek aus der Vergangenheit, wurde lange Zeit in der Hagiographie der Architekturtheorie nach 1945 als Phänomen ebenso verdrängt und vergessen wie die reale Existenz der Bauten.“ (Weihsmann, Helmut (1998), S. 9) Weihsmann sieht in seiner Arbeit auch eine „zwangsläufige Verbindung der glorifizierten „Schauseiten“ (gemeint sind die propagandistisch aufgewerteten Bauprojekte der Nationalsozialisten) mit Vernichtung, Massentod und Untergang.“ (ebda., S. 11)

Ziel der Bauprojekte der Nationalsozialisten war es nicht nur deren Ideologie darin zu verpacken und zu transportieren, so dass diese über Jahrtausende anhalten würde, sondern auch wirtschaftliche Hintergedanken spielten eine Rolle. So wurde auch dem Ausbau der Reichsautobahn, von der nur wenige Kilometer umgesetzt wurden, und dem Wasserstraßenbau der Status einer „Arbeitsschlacht“ verliehen, für die das Reichsarbeitsministerium zuständig zeichnete. Deren Pläne für die „Gesundung der deutschen Städte“ hing eng mit der Ideologie der Vernichtung von Juden und anderen unerwünschten Gruppen zusammen. (ebda., S. 19)

Als unterste Ebene in der Hierarchie der Bauaufgaben im Dritten Reich stand laut Weihsmann der Nutzbau, wozu auch die Verkehrsbauten zählten. Diese standen jedoch auf Grund der technischen Höchstleistungen hoch im Kurs. Neben den funktionalen Aspekten spielte auch ein gesteigerter Propagandawert eine Rolle. Festgestellt wird weiters, dass im Verkehrsbereich der Straßenbau am stärksten gefördert wurde, jedoch auch Bahn- und Schifffahrt- Bauprojekte durchgeführt wurden. (ebda., S. 124)

3. Österreichs Erinnerungskultur nach 1945

Österreich sah sich nach dem Ende des 2. Weltkrieges von Beginn an als Opfer der „Hitlerschen Aggression“. Die Unabhängigkeitserklärung Österreichs im April 1945 bezog sich auf die Moskauer Deklaration 1943, in der Österreich als erstes Opfer festgeschrieben wurde. Die Rolle der österreichischen Staatsbürger in der Wehrmacht wurde heruntergespielt und es wurde behauptet, dass kein Österreicher den Krieg jemals gewollt habe. Die Bundesregierung versuchte dieses Geschichtsbild in der Öffentlichkeit durch Publikationen zu verstärken und war damit durchaus erfolgreich. Österreich stellte sich in der Nachkriegszeit als Kulturnation dar, welche eine friedfertige Geschichte vorweisen konnte. Damit stand natürlich die rasche Rehabilitation der österreichischen Nationalsozialisten in Einklang, welche 1948 erfolgte und zu einem Buhlen der Parteien um deren Stimmen führte und damit eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle Österreichs im Nationalsozialismus erschwerte. Gedacht wurde hauptsächlich der Wehrmachtssoldaten, welche aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, über die Jüdischen Opfer wurde geschwiegen und eine antisemitische Grundhaltung war in der Bevölkerung noch immer an der Tagesordnung. (Uhl, Heidemarie (2005) S.50 ff.)

Dies änderte sich auch 1955 nicht, als die Unterzeichnung des Staatsvertrags von Außenminister Figl als Ende des: „siebzehn Jahre lang dauernden dornenvollen Weg der Unfreiheit“ sprach. (ebda., S. 56)

Österreich sah sich noch immer als Opfer und lehnte auch Wiedergutmachungszahlungen mit dem Verweis auf die Bundesrepublik Deutschland ab. Auch die internationale Aufmerksamkeit fokussierte sich auf den Rechtsnachfolgestaat des Dritten Reichs, die Bundesrepublik Deutschland. Während die BRD diese Aufgabe wahrnahm und einige Prozesse gegen Nationalsozialisten und ihre Rolle im Holocaust durchführte, passierte dies in Österreich kaum und führte oft zu Freisprüchen der Täter. Diese Prozesse führten zu einem öffentlichen Diskurs und einem Umdenken im Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland. In Österreich kam es zu einem „Gefallenengedenken“, welches zur Errichtung von Denkmälern für die Gefallenen der Wehrmacht führte, ein Gedenken an die Opfer fand lange Zeit nicht statt. Dies wurde von politischer Seite und dem

Österreichischen Kameradschaftsbund unterstützt. Dazu gehört auch die Errichtung der „Heimkehrer-Gedenkstätte“ am Kärntner Ulrichsberg im Jahr 1959, an der jährlich „Heimkehrer-Treffen“ von Wehrmachtsangehörigen unter Beisein von ranghohen Politikern stattfinden.

Anfang der 60er Jahre führte die Ausstrahlung von dem Stück „Herr Karl“ zu Diskussionen, da die zynische Haltung des „Durchschnittsösterreichers“ zum Nationalsozialismus angesprochen wurde. Der Konflikt um den Universitätsprofessor Borodajkewycz, welcher seine positive Haltung zum Nationalsozialismus offen vertrat, führte zu Demonstrationen, an denen der KZ-Überlebende Ernst Kirchwegger von einem Rechtsextremen erschlagen wurde und somit das erste politische Opfer der 2. Republik wurde. Am Begräbnis nahmen 25.000 Menschen und die politische Elite des Landes teil, ein erstes Zeichen dafür, dass die Auseinandersetzung mit den „ehemaligen“ Nationalsozialisten möglich war.

Die Eröffnung des Museums im KZ Mauthausen und die Einrichtung und Förderung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) in den 70er Jahren waren kleine Schritte zur Veränderung des Gedenkens. Die verhinderte Wahl von Friedrich Peter, einem SS-Mitglied, zum 3. Nationalratspräsidenten im Jahr 1975 und der Konflikt zwischen Simon Wiesenthal und Bruno Kreisky leiteten eine neue Etappe ein. Ein Umschwung, welcher auch die Opfer des Nationalsozialismus ins Blickfeld brachte, war die Ausstrahlung der US-Serie „Holocaust“ im Jahr 1979. Die Darstellung der Vergangenheit in Bildern stellt eine große Rolle in der Wahrnehmung von Geschichte dar. Auch war die Ausstrahlung Beginn eines globalisierten Gedenkens an den Holocaust. Erstmals wurde über nationale Grenzen hinweg durch ein Medium eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust geführt. (ebda., S. 56 ff.)

Die große öffentliche Debatte um die Rolle des Bundespräsidentenskandidaten Kurt Waldheim, welcher als Wehrmachtssoldat „nur seine Pflicht erfüllte“ und trotzdem 1986 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, stellte einen Bruch in der österreichischen Vergangenheitspolitik dar. Die Opferthese wurde durch das Sichtbarwerden der Täter in der Debatte hinterfragt. Die Debatte hatte zur Folge, dass das Gedenkjahr 1988 eine Antithese zu den Geschehnissen 1986 setzen wollte, um auch auf internationaler Ebene das beschädigte Bild Österreichs zu sanieren. (Uhl, Heidemarie (1992), S.438) Meiner Meinung nach kann dieser Versuch der Verbesserung des Bilds Österreichs in der Welt und in Europa auch im

Zusammenhang mit dem im Jahr 1989 eingereichten Mitgliedsantrag an die Europäische Gemeinschaft (EG) gesehen werden. Die fortschreitende Internationalisierung erforderte auch hier ein Umdenken der Politik, um ein Teil der Europäischen Gemeinschaft werden zu können.

Die Debatte um Waldheim führte zu einer Neuausrichtung des Geschichtsbewusstseins. Bei der Rede von Bundeskanzler Vranitzky im Jahr 1991 wurde erstmals die Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus eingestanden. Die Entschuldigung Österreichs bei den Opfern und die damit einhergehende Abkehr von der Opferthese auf nationaler, politischer Ebene wurde laut Umfragen unter der Bevölkerung von einer breiten Mehrheit positiv bewertet. Auch wurden in den 90er Jahren Taten in Hinblick auf das kulturelle Gedächtnis gesetzt. Der 5.Mai wurde zu einem Gedenktag, den die Bundesversammlung jährlich zelebriert. Die Wende im Jahr 2000, mit der vorhergehenden Stärkung der rechtsextremen FPÖ bei den Wahlen 1999, löste internationale Besorgnis aus. So unterzeichnete die Regierung vor der Angelobung eine Erklärung, in der sie sich zur kritischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus bekannte. Kurz darauf bezeichnete Bundeskanzler Schüssel in einem Interview mit der Jerusalem Post Österreich wieder „als das erstes Opfer des Nazi-Regimes“. (Uhl, Heidemarie (2005) S.76)

Die neue Regierung führte jedoch zu keinem Wechsel der Gedächtniskultur, so wurde die längst überfällige Entschädigungszahlung an Opfer des Nationalsozialismus in dieser Zeit beschlossen. Kontroversen gab es unter anderem noch um die Bedeutung des 8.Mai im Jahr 2002 und angesichts der sogenannten Wehrmachtsausstellung, die von entsprechenden Pro- und Contra- Demonstrationen begleitet wurde. Weitere Einschnitte waren die Debatte um das Gedenkjahr 2005 und die Rolle von Wehrmachtsdeserteuren, deren Rehabilitation und die entsprechende Debatte um die Äußerungen von BZÖ-Bundesrat Kampf („Wehrmachtsdeserteure zum Teil Kameradenmörder“). Heidemarie Uhl sieht bei den Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr 2005 ein „neues Kapitel in der Geschichte des „österreichischen Gedächtnisses““. (Uhl, Heidemarie (2005) Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen, S. 21) So stand laut Uhl in diesem Jahr das Jubiläum der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 eher im Vordergrund, der Befreiung 1945 kam weniger öffentliche Aufmerksamkeit zu. Begründet wird dies durch den Konflikt um das Jahr 1945, das von manchen als Befreiung und von anderen als Besatzung

erlebt wird und etliche Diskussionen und Konflikte auslöste. 1955 wird hingegen als Ereignis wahrgenommen, bei dem: „sich alle ÖsterreicherInnen, auch die ehemaligen Nationalsozialisten, befreit fühlen konnten“. (ebda.) Die Jubiläumsfeierlichkeiten des Staatsvertrags sieht die Historikerin als: „Überschreibung des kontroversiell beurteilten Jahres 1945 durch den konsensbestimmten historischen Bezugspunkt 1955.“ (ebda.)

Die Aktualität dieses Themas zeigt sich durch immer wieder aufkommende Diskussionen in Medien und Gesellschaft. So wurde im Mai 2009 auf Grund der diversen Vorkommnisse diesem Kapitel der Österreichischen Geschichte besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Wahl von FPÖ-Abgeordneten Martin Graf zum dritten Nationalratspräsidenten und seine Äußerung gegen den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, die aggressive Wahlkampflinie der FPÖ zur Wahl des Europaparlaments 2009, ein Angriff Jugendlicher auf die Gedenkfeier im KZ Ebensee sowie antisemitische Äußerungen bei einer Schulexkursion in das KZ Auschwitz führten zu einer intensiven Debatte in österreichischen wie internationalen Medien.

Heidemarie Uhl sieht im Jahr 1986 die Bruchlinie in der österreichischen Geschichtspolitik und sieht die Opferthese durch eine Mitverantwortungsthese ersetzt. „Durch die neue „Kultur des Erinnerns“ positioniert sich Österreich im *mainstream* einer europäischen bzw. internationalen Gedächtniskultur, die durch die Ablöse von den politischen Nachkriegsmythen und die Ausrichtung auf eine globale Erinnerungskultur an den Holocaust bestimmt ist.“ (Uhl, Heidemarie (2005) S. 77)

4. Forschungsgebiet Donau-Oder-Kanal

4.1. Geschichte

Der „Donau-Oder-Kanal“ (im folgenden kurz: DOK) ist ein am 8. Dezember 1939 gestartetes Infrastrukturprojekt, welches zum Ziel hatte, die Donau mit der Oder zu verbinden und somit eine neue Schifffahrtsroute zu schaffen. Die Idee zu diesem Projekt kursierte schon seit dem 15. Jahrhundert, die tatsächliche Umsetzung erfolgte jedoch unter nationalsozialistischer Herrschaft. Der Spatenstich nahm Rudolf Heß vor, der gleichzeitig auch den fertig gestellten „Adolf-Hitler Kanal“, welcher heute als Gleiwitzer Kanal im Gebiet von Polen existiert, eröffnete. Die Arbeiten am Kanal auf dem Gebiet der damaligen „Ostmark“ begannen Ende Dezember 1939. (siehe Anhang, Abbildung 4, Völkischer Beobachter, 29. Dezember 1939) Die Arbeiten wurden an der Donau flussabwärts von Wien im Gebiet der Lobau gestartet. Die Wasserstrasse sollte eine Länge von 320 Kilometer erreichen. Tatsächlich wurden im Süden Wiens nur einige Kilometer fertig gestellt. Im heutigen Gebiet des Nationalpark Donau-Auen findet sich ein Teilstück mit einer Länge von 1,2 Kilometer. Dieses Stück ist in naturbelassenem Zustand und für diese Untersuchung sekundär. (Anm.: Zur besseren geographischen Lokalisierung siehe Abbildung 1 & 2 im Anhang)

Zwei andere Teilstücke finden sich bereits im Marchfeld auf dem Gebiet Niederösterreichs und in der Zuständigkeit der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf. Es handelt sich um zwei Kanalbecken mit der Länge von 2,4 Kilometern und 1,4 Kilometern. Diese zwei Teile mit der Bezeichnung DOK III und DOK IV sind in den 1960er- Jahren parzelliert worden und sind nun in einer kleingartenähnlichen Struktur mit kleineren Hütten und Häusern bebaut und vor allem in den Sommermonaten frequentiert. Auf diesem Teil des Kanals und deren AnwohnerInnen liegt der Fokus für diese Arbeit.

Die Bauleitung über das Projekt hatte die Reichswasserstraßenverwaltung inne. Zeitungsausschnitte aus der damaligen Zeit belegen den Baubeginn mit Ende 1939. In einer Dissertation an der Universität für Bodenkultur fanden sich Auszüge aus Verhandlungen verschiedener Dienststellen im Jahr 1940 und 1941, es kann also davon ausgegangen werden, dass die Planung für das Projekt bei Baubeginn noch

nicht gänzlich fixiert war. So wurde erst im Jahr 1941 die „Verordnung über den Oder-Donau-Kanal. Vom 18. April 1941“ im Reichsgesetzblatt kundgetan. Dort heißt es im §1: „Das deutsche Reich baut den Oder-Donau-Kanal mit Zweigkanälen und mit den damit zusammenhängenden sowie zur Kanalspeisung erforderlichen Nebenanlagen nach den folgenden Bestimmungen aus. Es hat zur Durchführung des Baus das Recht, Grundeigentum und Rechte am Grundeigentum zu enteignen.“ (Skasik, Kurt (1996), S. 162) Für den Bauabschnitt im Süden Wiens war das „Wasserstraßenneubauamt Wien“ im Jahr 1941 errichtet worden. (ebda., S. 168) Für den Kanal war neben der großen Länge über hohe Steigungen auch eine Wasserspiegelbreite von über 50 Metern bei einer Tiefe von mehr als drei Metern vorgesehen, so dass zwei Schiffe nebeneinander verkehren konnten. (ebda., S.130)

In einer Verhandlungsschrift der Planungsbehörde des Reichstatthalters in Niederdonau wird auch die Bedeutung dieses Projekts klar. Es heißt dort abschließend: „Das vorliegende Projekt stellt ein kriegswichtiges Bauvorhaben dar, dessen beschleunigte Ausführung einem Bedürfnis der Volksgemeinschaft entspricht. Es wird daher im Einvernehmen mit dem Reichsstatthalter in Wien (...) beantragt (...) das vorliegende Bauvorhaben als bevorzugten Wasserbau zu erklären (...).“ (ebda., S. 134 ff.)

Diese politische Bedeutung des Baus wird auch bei Betrachtung der publizierten Artikel zum Baubeginn des Kanals im Völkischen Beobachter, „dem Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands“, klar. (siehe Abbildung 3 und 4, Anhang)

Auf der Titelseite der Ausgabe des Völkischen Beobachters vom 8. Dezember 1939 lautet die Überschrift: „Die innere Front unverdrossen am Werk“; „Die Lebensader der deutschen Wasserstraßen“. Passagen aus dem Text zeigen ein eindeutiges Bild der Propaganda und des nationalsozialistischen Systems: „Der Tatkraft des Führers blieb es vorbehalten, mit der Heimkehr der Ostmark und des Sudetenlandes und durch Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren alle politischen Hindernisse zu sprengen, die der Verwirklichung dieses unbestritten bauwürdigen Planes im Wege standen.“ Zum Spatenstich sagte Rudolf Heß: „Das ist wie ein Symbol für die Entwicklung des neuen Reiches. Mitten im Krieg wird der Spatenstich getan für ein gewaltiges Werk des Friedens. Die anderen führen diesen Krieg nicht zuletzt deshalb, weil sie uns unsere politische Entwicklung, unseren wirtschaftlichen Erfolg

und sozialen Aufstieg nicht gönnen, den dieses neue Reich genommen hat.“ (siehe Anhang; Abbildung 4, Völkischer Beobachter, 8. Dezember 1939)

Das Projekt war jedoch in der Ideologie der Nationalsozialisten nicht nur als propagandistisches Friedensprojekt geplant, sondern auch ein Teil einer regionalpolitischen Strategie. Einer der Schwerpunkt des nationalsozialistischen Aufbauprogramms für Wien war eine auf Handel basierende nach Südosten orientierte Wirtschaft. Dazu sollte die vorhergehende militärische Expansion und die aus der Monarchie bestehenden Verbindungen in den Raum genutzt werden. Die Südost-Wirtschaft sollte durch den Ausbau der Wasserwege nach Westen und Norden und durch die Verbesserung des Hafens erfolgen. Ein Teil dieses Projekts war der Donau-Oder-Kanal, hierzu mussten die Nationalsozialisten die schon vorliegenden Pläne der Ära Lueger nur mehr umsetzen. (Botz, Gerhard (2008), S. 358)

Weitere Pläne sahen Wien als „Hamburg des Ostens“, und dies führte im Zuge der Umsetzung von „Groß-Wien“ mit der Eingemeindung der umliegenden Gemeinden zur Erstellung von neuen Bauvorhaben. So war für die bevorstehende „wirtschaftliche Hochblüte“ und die damit einhergehenden neuen Erfordernisse an den Verkehr, den „das Tor Deutschlands zum Osten“ erfüllen sollte, auch ein Hafen geplant. Dieser sollte im Gebiet von Groß-Enzersdorf an den Donau-Oder-Kanal angebunden sein. Göring forderte das Strombauamt und die Gemeindeverwaltung auf, Pläne für einen solchen „Großhafen“, der donauabwärts seine freie Entfaltung finden könne, zu erstellen. (ebda., S. 358)

Reichswirtschaftsminister Funk und Vizebürgermeister Kozich äußerten sich wie folgt zu diesem Projekt:

„Man muß berücksichtigen, daß (...) ein natürliches Verkehrsband zwischen Deutschland und Südosteuropa durch die Donau gegeben ist. Wien wird unter Berücksichtigung dieser Voraussetzungen zu einem der ersten Weltwirtschaftsplätze ausgebaut werden.“

„Der Rhein.Main-Donau-Kanal wird bis 1945 fertig sein und wir hoffen, daß bis dorthin auch der Donau-Oder-Kanal fertig ist, der durch die Eingliederung des Sudetenlands aktuell geworden ist.“ (zitiert nach ebda., S. 372)

Am 29. Dezember 1939 wurde dann über den Baubeginn bei Wien berichtet. Dazu wurden ähnliche Textelemente, die schon zitiert wurden, wiederverwendet und von einer Bauzeit von sechs Jahren berichtet. (siehe Abbildung 3, Völkischer Beobachter, 29. Dezember 1939, Anhang)

Die angesprochene Enteignung wurde durchgeführt und betraf damals hauptsächlich Bauern, die Felder in der landwirtschaftlich genutzten Region Marchfeld besaßen. Der Besitz vor der Enteignung fiel unter anderem den Herrn Lahner, Rauscher, Winkler, Fähnrich und Gartner zu. Diese setzten sich nach dem 2. Weltkrieg dafür ein, ihre Grundstücke wieder zu erhalten und zu verwerten. Die Grundstücke waren dem deutschen Reich zugesprochen worden, die alten Eigentümer blieben jedoch im Grundbuch stehen. Im Jahr 1958 wurde von der Niederösterreichischen Landesregierung festgehalten, dass es sich „um eine künstliche Wasseransammlung (stehendes Gewässer) handelt, das in vollem Eigentum der Grundbesitzer steht“ (Siehe Abbildung 5, „Protokoll aufgenommen am 10.10.1958 über die Aussprache der Grundeigentümer des Donauoder-Kanal Abschnitte 3 und 4“).

Dadurch wurde es den ehemaligen Grundbesitzern möglich, ihre einstigen Felder, welche nun an dem Kanal lagen, zu verwerten. Es wurde entschieden, eine Genossenschaft zu gründen. Das Gebiet wurde ab April 1960 parzelliert, Grundstücke wurden verkauft und verpachtet. Die Parzellen wurden damals als „Erholungsparadies und Badereservat vor den Toren Wiens“ angepriesen und waren rasch verkauft. Noch heute bestehen über 600 Parzellen mit Bebauungen unterschiedlicher Größe, welche vor allem in den Sommermonaten bewohnt werden. (Siehe Abbildungen 6 und 7, Anhang)

4.2 Definition Zwangsarbeit

Unter ZwangsarbeiterInnen verstehe ich in dieser Arbeit die mittlerweile gebräuchliche wissenschaftliche Definition, welche auch von der österreichischen HistorikerInnenkommission verwendet wurde, wonach diese zu den „aus typisch nationalsozialistischen Motiven unmittelbar aus rassistischen und/oder politischen Gründen Verfolgten und/oder sonstigen Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art Unterworfenen [...]“ zu zählen sind. (Bugl, Robert; Grabenschweiger, Andreas (2007) zit. aus dem Bericht der Österreichischen Historikerkommission, S. 10)

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus kann also als Arbeit einer Person die „gegen ihren Willen unabhängig vom Grad ihrer Ausbildung und ihrer Fertigkeiten, wohl aber abhängig von ihrer jeweiligen nationalen, ethnischen und religiösen Herkunft“ erfolgt ist, bezeichnet werden. (ebda. S. 13)

Auf Grund der geringen Datenmengen, die zu Zwangsarbeit in der Lobau und am Donau-Oder-Kanal vorhanden sind, werde ich in dieser Arbeit den Begriff Zwangsarbeit dieser Definition folgend verwenden, ohne eine Unterteilung in Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und zivile Arbeitskräfte vornehmen zu können. Den NS-Terminus “Fremdarbeiter” verwende ich nur unter Anführungszeichen sofern dieser in Originalquellen verwendet wird.

4.2.1 Zwangsarbeit in „Groß-Wien“

Die ZwangsarbeiterInnen in der Lobau stellten, trotz der nicht ganz aufklärbaren Anzahl, einen kleinen Teil der im damaligen Stadtgebiet „Groß-Wien“ eingesetzten ArbeiterInnen dar. So ist in der Literatur ab Frühjahr 1939 von einem Bedarf an Arbeitskräften im Raum Wien die Rede. Zuerst wurden Kriegsgefangene eingesetzt, als diese den Bedarf nicht decken konnten, wurden auch Arbeitskräfte - zunächst auf „freiwilliger Basis“ - aus dem benachbarten Ausland verwendet. 1941 verdoppelte sich die Zahl der „Fremdarbeiter“ innerhalb weniger Monate und ab 1942 wurden auch „Ostarbeiter“ in Wien eingesetzt. Der dauernde Anstieg an „ausländischen Zivilarbeitern“ hielt bis zu einem Höhepunkt Mitte Mai 1944 an. Zu diesem Zeitpunkt wurden vom zuständigen Amt 121.779 „ausländische Zivilarbeiter“ im Raum „Groß-Wien“ gezählt, dies machte mehr als ein Viertel der insgesamt in den „Alpen und Donaureichsgauen“ eingesetzten ArbeiterInnen aus. Mehr als 70% waren zur genannten Zeit im Bereich Industrie tätig und den Großteil der Eingesetzten machten, neben ArbeiterInnen aus den benachbarten Süd- und Südosteuropäischen Ländern, „OstarbeiterInnen“ aus. Abgesehen von einer Überrepräsentation von Franzosen in Wien waren ArbeiterInnen aus Westeuropa unterdurchschnittlich vorhanden. (Bugl, Robert; Grabenschweiger, Andreas (2007), S. 200 ff.)

4.2.3. ZwangsarbeiterInnenlager Lobau – Donau-Oder-Kanal

Nach langwierigen Recherchen kann belegt werden, dass zur Errichtung des Donau-Oder-Kanals ZwangsarbeiterInnen eingesetzt wurden. Es gibt dazu mehrere Quellen, die zwar nicht alle in ihren Zahlenangaben übereinstimmen, jedoch klar machen, dass ZwangsarbeiterInnen für den Bau verwendet wurden.

Im umfassenden Nachschlagewerk „Das nationalsozialistische Lagersystem“, das auf Daten des International Tracing Service basiert, findet sich ein Eintrag zum ZwangsarbeiterInnenlager Lobau. Dort bezieht man sich auf die Angabe eines Überlebenden, wonach das Lager von Herbst 1940 bis zum Kriegsende bestand und 400-500 Gefangene fasste. Davon sollen 300 Ukrainerinnen und 100 Jüdinnen gewesen sein. Die Gefangenen waren bei unterschiedlichen Firmen wie der „Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft m.b.H (WIFO)“, Schmidt&Junk, Hoch und Tiefbauunternehmung und der Bauunternehmung Holzmann Wien tätig. (Weinmann, Martin (Hg.) (1990) Das nationalsozialistische Lagersystem)

Eine Anfrage an den „Zukunftsfond Austria“ über den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen brachte ebenfalls ein Ergebnis zu Tage. Der Zukunftsfonds der Republik Österreich ist unter anderem für die: „Verwaltung von Restmitteln und die Restabwicklung der Leistungserbringung des Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ zuständig. Die AntragstellerInnen beim Versöhnungsfond gaben auch ihren Einsatzort bekannt und dieser wurde in einer Datenbank festgehalten. Deshalb wandte ich mich an den Zukunftsfond, um zu erfahren, ob auch ZwangsarbeiterInnen des Donau-Oder-Kanals dort erfasst wurden. Der hilfreiche Leiter des Zukunftsfonds übermittelte mir folgendes Rechercheergebnis (eMail vom 16.6.2009):

Sehr geehrter Herr Rabenstein,

zu Ihrer Anfrage vom 12. Mai kann ich Ihnen mitteilen, dass ich nach intensiver Recherche in unseren elektronischen Dateien auf eine Person gestoßen bin, für die die von Ihnen gesuchten Kriterien mit ziemlicher

Sicherheit zutreffen. Es handelt sich dabei um eine Person aus Tschechien, die als Arbeitsort "Donau-Kanal Lobau" angibt.

Damit kann ich Ihre Frage, ob Zwangsarbeiter für den Bau des Donau-Oder-Kanals eingesetzt wurden, mit ja beantworten. Rückschlüsse auf die Gesamtanzahl und die Herkunftsländer der Zwangsarbeiter können wir allerdings daraus nicht ziehen, weil wir nicht wissen können, wieviele Zwangsarbeiter tatsächlich an eben diesem Kanal arbeiten mussten, ohne dass sie das genau angegeben haben. Für die Antragstellung beim Versöhnungsfonds war ja eine Glaubhaftmachung und keine lückenlose Darstellung der einzelnen Etappen der erlittenen Zwangsarbeit nötig.

Da wir aus Datenschutzgründen keine persönliche Daten von Antragstellern beim Versöhnungsfonds ohne deren ausdrückliche Zustimmung an Drittpersonen weitergeben und da außerdem die Akten zu den tschechischen Zwangsarbeitern in Prag aufbewahrt werden, habe ich mich mit dem Vorsitzenden der damaligen tschechischen Partnerorganisation des Versöhnungsfonds in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, nach Möglichkeit festzustellen, ob diese Person bereit wäre, mit Ihnen zu sprechen oder zu korrespondieren. Sollte dies der Fall sein, müssten Sie allerdings sämtliche Übersetzungskosten selbst tragen.

Sobald ich aus Prag eine Antwort bekomme, werde ich mich bei Ihnen melden. Ich wünsche Ihnen fürs erste viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und verbleibe mit besten Grüßen

Jürgen Strasser

Diese Antwort bestätigt den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen am Donau-Oder-Kanal aufgrund der Angabe eines ehemaligen Zwangsarbeiter. Bislang erhielt ich noch keine Kontaktdaten zu dem angesprochenen Zwangsarbeiters. Es ist davon auszugehen, dass diese Person auf Grund des hohen Alters nicht mehr am Leben ist. Bedauerlicherweise wird auch durch diese Quelle nicht klar, wie viele ZwangsarbeiterInnen für den Kanalbau eingesetzt wurden.

In einer Dokumentation über die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen in Niederösterreich findet sich eine Auflistung der Opfer von Hofamt Priel. In Unterlagen, welche von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 1966 publiziert wurden, sind auch die Internierungsorte der Ermordeten von Hofamt Priel erwähnt, darunter 20 Namen von Opfern, welche im „Lager 22, Lobau“ interniert waren. Meistens handelte es sich um Familien, bei denen Väter, Mütter und deren Kinder im gleichen Lager gefangen gehalten wurden. (Lappin, Eleonore (2006) S. 133-141)

Bei einer Recherche im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) wurde ich bei einzelnen Zeitzeugenberichten fündig. So beschreibt Herr Karl Prochazka im Jahr 1984 in einem dreiseitigen Brief seine Erfahrungen während der nationalsozialistischen Herrschaft in Wien. Er nahm nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau in Wien im Juli 1940 eine Stelle in der kaufmännischen Verwaltung der in Bau befindlichen Raffinerie in der Lobau an. Im Bereich der Lobau wurden neben dem Donau-Oder-Kanal auch der so genannte Ölhafen und ein großes Tanklager errichtet. Das Tanklager wurde im Kriegsverlauf öfters bombardiert und nach dem Krieg wiederaufgebaut und besteht, so wie auch der Ölhafen, bis heute als Tanklager und Hafen für die Raffinerie Wien-Schwechat. Herr Prochazka berichtet, dass im Februar 1945 schon fast alles auf dem Gelände zerstört war und er zu dieser Zeit 1800 „Fremdarbeiter“ zu betreuen hatte. Weiters berichtet er von einem Besuch von Martin Bormann, seines Zeichens unter anderem Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, am zerstörten Gelände im März 1945. (Brief von Karl Prochazka an das DÖW, 13.Dezember 1984)

Weitere Belege für den Bestand eines ZwangsarbeiterInnenlagers sind unter anderem der Lebenslauf von DDr. Karl Rössel – Majdan, er datiert mit März 1945 die „Flucht aus dem Strafgefangenenlager Lobau“. Er berichtet ebenfalls, wahrscheinlich aufgrund der späten Inhaftierung, als die Bauarbeiten für den Donau-Oder-Kanal schon eingestellt wurden, von der Tätigkeit in der Mineralölbranche.

Ich wurde in die Lobau versetzt. Das war ein eigenes Lager [...] mitten in den Auen, also möglichst versteckt, wo Benzin für die Kriegsdestilliererei hergestellt wurde. Großes Territorium, mit mehreren Stacheldrähten umgeben natürlich, aber es wurden dort eingesetzt erstens Kriegsgefangene, Belgier und Franzosen, zweitens verschleppte Jugoslawen und Holländer, die zwangsverpflichtet waren, aber nicht politische Häftlinge und eigentlich nicht

Kriegsgefangene waren. [In Wien-Lobau war vom Juni 1944 bis April 1945 ein Lager für ungarische Juden, die in der dortigen Mineralölfabrik eingesetzt wurden.] Die konnten daher mit einer Firma korrespondieren und Kontakt haben, weil da mussten immer schwere Kräne geholt werden usw. Die Amerikaner haben immer dichter bombardiert, aufs Lager kamen schon täglich drei Wellen von Flugstaffeln, die das bombardiert haben. Das war eine gewisse Chance, denn die Bomben haben auch Stacheldrähte zerschlagen. [...]

(<http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/roesselmajdan3.html>, Abgerufen am 24.8.2009)

Ein weiterer Beleg aus dem DÖW stellt eine Bestätigung des Magistratischen Bezirksamt für den 10. Bezirk, beziehungsweise der Untersuchungshaftanstalt Wien, Wien VIII, Landesgerichtsstrasse 11, dar. Darin wird festgehalten, dass Herr Karl Kadlec am 24.12.1944 aus dem Strafgefangenenlager Lobau entwich. (siehe Abbildung 8, Anhang)

Im Zuge meiner Recherchen stieß ich auf den Donaustädter Bezirksrat Robert Eichert, welcher sich mit der Geschichte der Lobau auseinandersetzt und auch in dem für mich relevanten Bereich schon Recherchen angestellt hatte. Er übermittelte mir eine Anfragebeantwortung des Österreichischen Staatsarchivs, in der folgendes festgehalten wurde: „Nach Gesprächen mit einem Zeitzeugen, der in der zweiten Kriegshälfte zur FLAK eingezogen war, und bei der Betrachtung der Lage wie des Grundrisses kann jedoch vermutet werden, dass es sich um die Reste von Baracken, die im Zusammenhang mit dem Bau des Donau-Oder-Kanales errichtet wurden, handelt. Allerdings kann auf diese Weise nicht eruiert werden, ob die Baracken von Zwangsarbeitern erbaut oder bewohnt wurden, die es damals im Bereich der Lobau zweifellos gab.“ (Brief Österreichisches Staatsarchiv an Robert Eichert, 28. Jänner 2008)

Der im Brief des Staatsarchivs angesprochene Grundriss zeigt zwei kleine rechteckige Gebäude, die direkt im Anschluss an das fertig gestellte erste Becken des Donau-Oder-Kanals eingezeichnet wurden. Bei dem angesprochenen Grundriss handelt es sich um den Flächenwidmungsplan der Stadt Wien. (siehe Abbildung 9, Anhang) Diese Gebäude bestanden laut Auskunft von Herrn Bezirksrat Eichert noch

nicht vor dem Jahr 1938. Heute lassen sich vor Ort noch die Grundmauern dieser Gebäude, welche schon größtenteils durch den Auwald eingenommen wurden, erkennen.

Auch lassen sich bei einer Luftaufnahme, welche bei einem Bombardement der Gegend aufgenommen wurde, an der gleichen Stelle zwei kleine Schatten erkennen, welche ebenfalls auf diese Gebäude hinweisen. (siehe Abbildung 10, Anhang)

Ein weiterer Beleg für die Existenz von ZwangsarbeiterInnenlager in der Lobau ist eine Postkarte, welche mir ebenfalls von Bezirksrat Eichert übermittelt wurde, die als Anschrift „Wien-Lobau Lager I. Barake 469.“ aufweist. Die in ungarischer Sprache verfasste Postkarte beinhaltet, abseits der finanziellen Lage der Familie, keine wesentlichen Informationen. (siehe Abbildung 11, Anhang)

4.3. Erinnerungsraum Groß-Enzersdorf & Lobau

Die Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf, süd-östlich an der Stadtgrenze Wiens gelegen, ist die politisch zuständige Gemeinde für den Donau-Oder-Kanal (DOK). Da sich im Gebiet des heutigen DOK keinerlei Hinweise auf die Geschichte des Projekts finden, ist eine Betrachtung des näheren Umfelds interessant. In der Stadtgemeinde kristallisiert sich der Platz vor der Kirche als Erinnerungsort heraus. Dieser wird durch zwei unterschiedliche geschichtliche Ereignisse geprägt. Das erste Ereignis ist für die dortige Region ein recht wesentliches, nämlich die Schlacht der österreichischen Truppen gegen die französischen Truppen unter Napoleon. Dieser Schlacht ist eine Gedenktafel mit folgender Inschrift gewidmet: (siehe Abbildung 12, Anhang)

Am 4. Juli 1809 um 9 Uhr abends begann Kaiser Napoleon I. mit den Lobaubatterien die Kanonade auf Stadtl Enzersdorf, das in Flammen aufging.

Erst nach dem dritten Sturme gelangten die Franzosen am 5. Juli um 9 Uhr Vormittag in die schwer beschädigte Stadt. Damit begann die welthistorische Schlacht von Deutsch-Wagram (5. u. 6. Juli 1809).

Auf diese Ereignisse möchte ich im Zuge dieser Arbeit nicht näher eingehen, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Es sei jedoch festgehalten, dass sich nicht nur in Groß-Enzersdorf, sondern an einigen Stellen in der Lobau (siehe Abbildung 13, Anhang) und auch in Aspern (Wien-Donaustadt) ein großes Denkmal („Asperner Löwe“ – Inschrift: Dem Andenken der, am 21 und 22 May 1809 ruhmvoll gefallenen österreichischen Krieger) an diese Ereignisse erinnern. Wobei meiner Meinung nach eine gewisse patriotische Einstellung aus österreichischer Sicht erkennbar und die Freude über den kurzfristigen Sieg über die Napoleonischen Truppen noch heute spürbar ist.

Neben der Tafel zur Österreich-Französischen Schlacht, finden sich an der Kirche zwei weitere Tafeln, welche links und rechts des Eingangs angebracht sind. (Abbildungen 14 und 15, Anhang)

Auf einer Tafel stehen die Jahreszahlen 1914 und 1918 und dazwischen befindet sich das Wappen der Stadtgemeinde sowie eine Auflistung von ein paar Dutzend Namen. Auf der anderen Tafel, welche die gleichen Ausmaße sowie das gleiche

Material aufweist, findet sich eine Darstellung von zwei göttlich wirkenden Figuren, welche einen Heiligenschein um den Kopf haben und eine weibliche Person, die eine offensichtlich verwundete oder sterbende, männliche Person in Händen hält.

Darunter steht in großen Worten:

Ehre und Danke den Helden des Weltkrieges

Gr – Enzersdorf

Eine Jahreszahl sucht man auf der Gedenktafel vergeblich, somit bleibt für den Betrachter unklar, auf welchen Weltkrieg sich diese Aussage beziehen soll. Was auf jeden Fall klar und offensichtlich ist, dass es zwar ein Gedenken an die Helden des Krieges gibt, für die Opfer des Nationalsozialismus jedoch kein Platz ist. Und das, obwohl in unmittelbaren Nähe der Stadt Menschen zur Zwangsarbeit an einem Bauprojekt der Nationalsozialisten genötigt wurden.

Ein Teil des DOK liegt – wie bereits erwähnt – in der Lobau. In unmittelbarer Nähe zum DOK befindet sich auch das von den Nationalsozialisten errichtete Tanklager Lobau mit dazugehörigem Ölhafen, welches heute als Lager für die Raffinerie in Wien-Schwechat dient. Dieses wurde von den Nationalsozialisten errichtet, jedoch stark bombardiert und deshalb nach dem Krieg neu aufgebaut. Dort findet sich am Eingang zum Tanklager Lobau eine Tafel, welche an den „Brückenkopf der Franzosen“ erinnert und von der OMV gewidmet wurde. (siehe Abbildung 16, Anhang)

Ein Antrag von BezirksrätInnen der Grünen Fraktion in der politisch zuständigen Bezirksvertretung Donaustadt zur Errichtung eines Mahnmals an die im Zuge des Bau des Tanklagers und Ölhafens eingesetzten ZwangsarbeiterInnen wurde im Jahr 2008 mit Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion mehrheitlich angenommen.

(http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080314_OTS0086, Abgerufen am 12.9.2009) Die Umsetzung des Antrags steht allerdings noch aus.

Bislang ist in dieser durch einige geschichtlich relevante Ereignisse geprägten Region nur ein Erinnern an die Vorkommnisse bei der Schlacht gegen Napoleon vorhanden. Ein Gedenken an die vor Ort eingesetzten ZwangsarbeiterInnen oder die Opfer des Nationalsozialismus im allgemeinen, ist nicht zu finden. Dies zeigt

durchaus exemplarisch die fehlende Geschichtsaufarbeitung und fragwürdige Bewertung auf lokaler Ebene.

4.4. Quantitative Befragung der AnrainerInnen

Im Zuge dieser Arbeit führte ich im Juni 2009 unter den AnrainerInnen des Donau-Oder-Kanals (DOK) eine schriftliche Befragung durch. An den Kanalbecken mit den Bezeichnungen DOK III und DOK IV sind seit Anfang der 1960er Jahre kleine Grundstücke parzelliert und Ferien- sowie Badehütten errichtet worden. An den beiden Becken befinden sich etwas mehr als 650 Grundstücke. Anfang Juni 2009 verteilte ich an alle AnrainerInnen einen Brief, in dem der Zweck der Befragung erklärt wurde und sich zwei Exemplare eines doppelseitig bedruckten Fragebogens befanden. Per beiliegendem Rückantwortkuvert konnten die Fragebogen an mich retourniert werden. Somit konnte die für dieses Projekt relevante Grundgesamtheit zumindest theoretisch an der Befragung teilnehmen und erfasst werden. Bis Ende August 2009 kamen 151 Briefe zurück und wurden von mir mit Hilfe des Statistikprogramms PASW (früher unter dem Namen SPSS bekannt) ausgewertet. Da bei schriftlichen Befragungen mit postalischer Antwortmöglichkeit normalerweise von einer Rücklaufquote zwischen 10% und 20% ausgegangen wird, ist die Rücklaufquote mit knapp über 23% bei dieser Befragung ein, meiner Meinung nach, guter Wert. In den 151 retournierten Briefen fanden sich 193 korrekt ausgefüllte Fragebogen welche ich zur Auswertung heranzog.

Sinn der Befragung war es, die Einstellung der Bevölkerung zur Erinnerungskultur an ein Infrastrukturprojekt der Nationalsozialisten zu erforschen. So sollte ein Ausschnitt des Meinungsspektrums zu lokaler Erinnerungskultur in Österreich anhand eines ausgewählten lokalen Beispiels entstehen. Zentrale Fragen waren unter anderem, ob es überhaupt bekannt ist, dass hier ein Bau aus nationalsozialistischen Zeiten vorhanden ist und wie damit umgegangen wird. Soll es eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Bauwerks geben oder ein Schlussstrich gezogen werden? Wie soll Erinnerung stattfinden und ist diese überhaupt notwendig? Wie ist die politische Einstellung der Befragten zu Zwangsarbeit und zu den Ereignissen im Jahr 1945? Gibt es ein Gefühl der Verantwortung gegenüber den Ereignissen der Vergangenheit oder den Wunsch, damit nichts zu tun zu haben?

Anhand der Ergebnisse der Befragung versuche ich, einige dieser Fragen zu beantworten oder zumindest Tendenzen in der Meinung der am DOK ansässigen Bevölkerung herauszulesen.

Zu bedenken ist, dass es bei Befragungen nicht gänzlich möglich ist, die Meinung der Befragten zu erfassen. Einerseits verweigern sich einige der Befragung aus zeitlichen oder eventuell ideologischen Gründen, andererseits wird die Beantwortung durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Da die Befragung nicht geheim durchgeführt wurde, kann es sein, dass die LebenspartnerInnen oder sonstige Anwesende bei Beantwortung des Fragebogens Einfluss genommen haben. Weiters können mangelndes Verständnis der Fragestellungen, soziale Erwünschtheit, der Wunsch, die Befragungsergebnisse zu verfälschen und vieles mehr dazu beitragen, dass die vorhandene Meinung nicht gänzlich wiedergegeben wird. Daher ist bei der Interpretation der Ergebnisse mit Vorsicht vorzugehen und keine Überinterpretation der Datenlage vorzunehmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit finden sich im folgenden Kapitel graphische Darstellungen der Befragungsergebnisse. Die genauen Zahlen, welche im Text erwähnt werden, finden sich im Anhang im Abschnitt „Rohdaten der Befragung“.

4.4.1. Deskriptive Betrachtung der Ergebnisse der AnrainerInnenbefragung

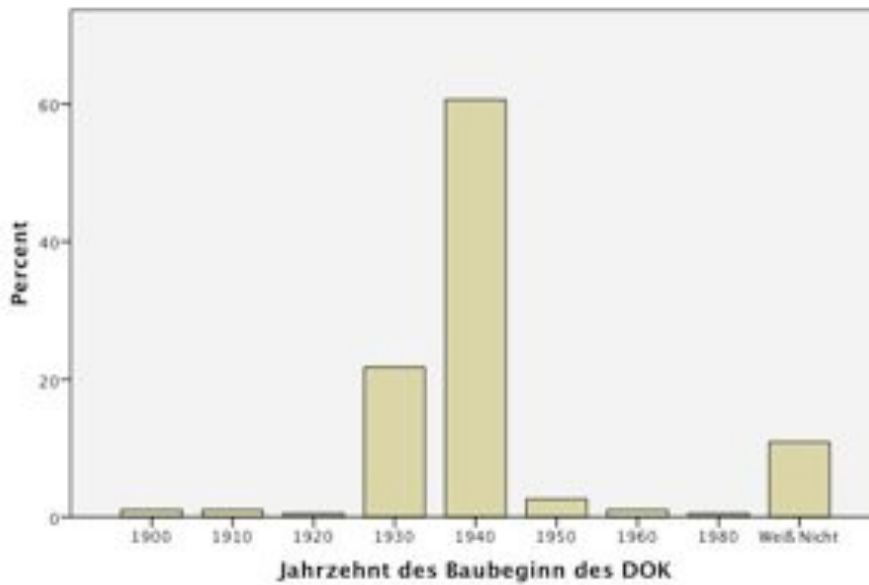
Die 193 retournierten und ausgewerteten Fragebogen zeigen bezüglich des Jahrzehnts des Parzellenerwerbs ein recht ausgeglichenes Bild.



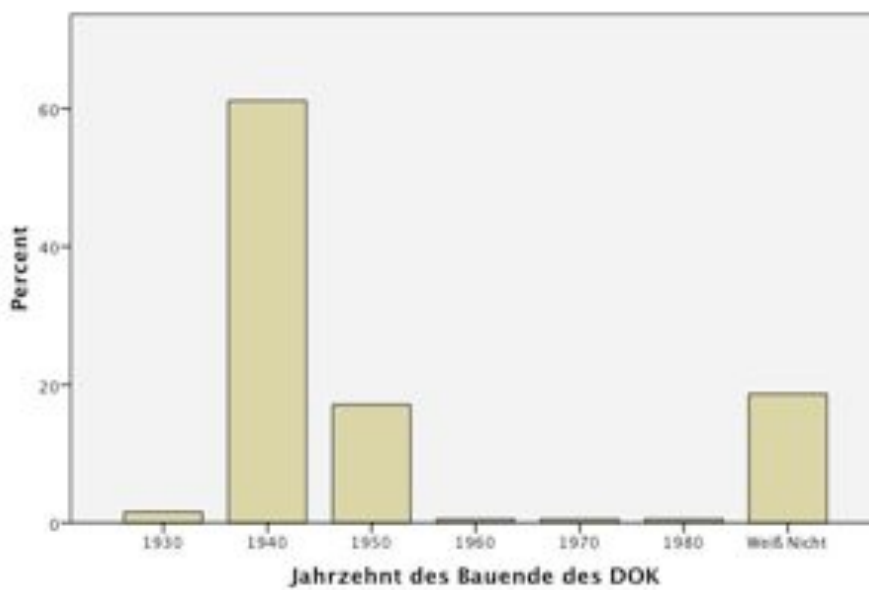
Die meisten Befragten bewohnten den Donau-Oder-Kanal (DOK) schon ab den 1960er Jahren, aber auch in den kommenden Jahrzehnten gab es einen ausgewogenen Zuzug an neuen BesitzerInnen und PächterInnen.

Ich bat die Befragten nach Ihrer Einschätzung zum Baubeginn und Bauende des Donau-Oder-Kanals und konnte feststellen, dass der überwiegende Großteil der Befragten den Bauzeitraum des DOK richtig einschätzten.

Jahrzehnt des Baubeginn des DOK



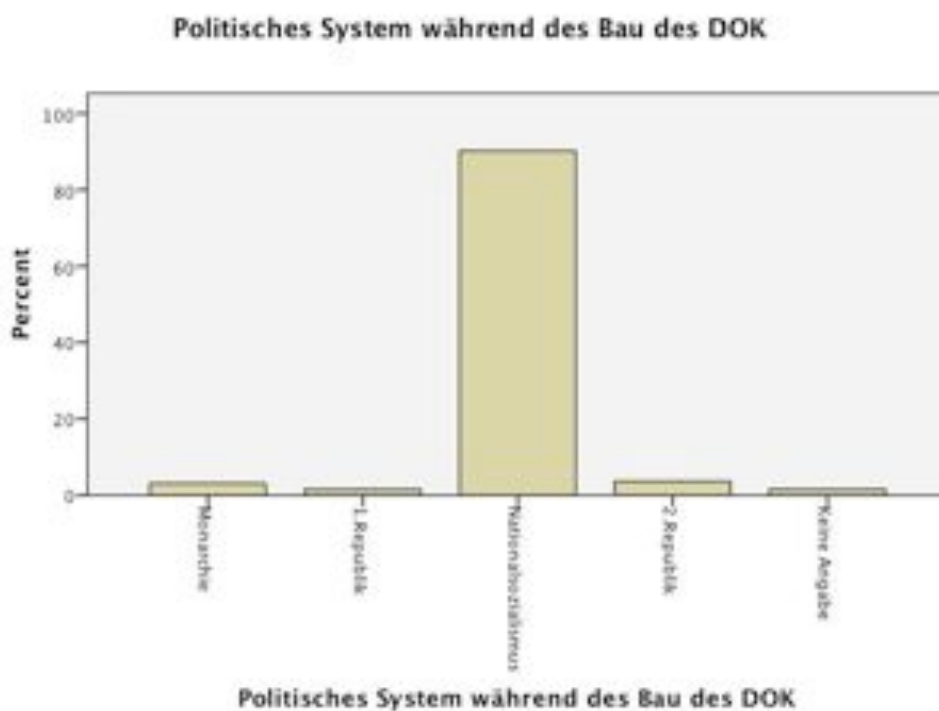
Jahrzehnt des Bauende des DOK



Der Baubeginn am für diese Untersuchung wesentlichen Teilstück des DOK fand laut Bericht des „Völkischen Beobachter“ Ende Dezember 1939 statt. Damit können 80% der Antworten zum Baubeginn als richtig gewertet werden. Bei der Frage nach dem Bauende des DOK, beziehungsweise der Einstellung der Bauarbeiten aufgrund des

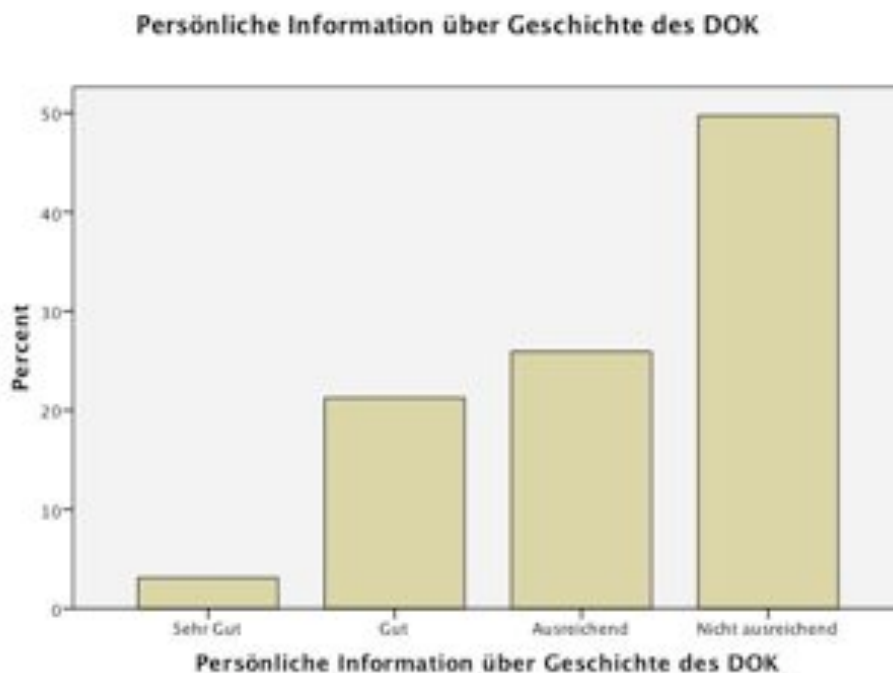
Kriegsverlaufs, ist der Anteil der Befragten, die keine Antwort nennen können oder wollen, mit fast 20% doppelt so hoch wie bei der Frage nach dem Baubeginn. Nahezu 20% der Befragten glauben an ein Bauende in den 1950er Jahren, der überwiegende Anteil der Befragten ist aber auch hier mit dem Bauende in den 1940er Jahren richtig informiert.

Angesichts dieser Ergebnisse ist die Beantwortung der Frage nach dem politischen System, in welchem der Bau des Donau-Oder-Kanals durchgeführt wurde, wenn man davon ausgeht, dass die Befragten dem Jahrzehnt auch das politische System zuordnen können, vorhersehbar.



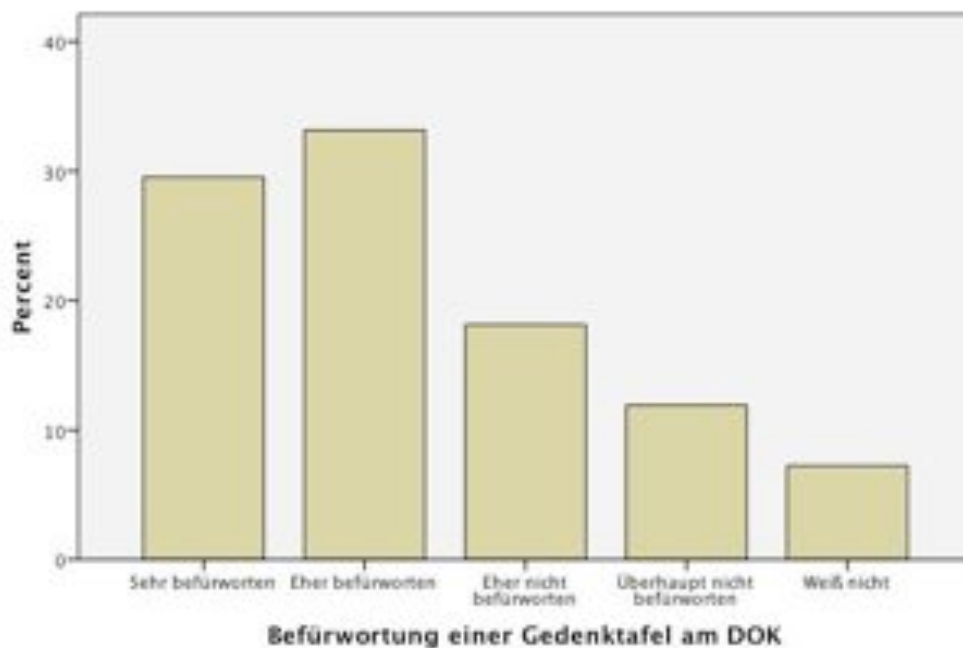
Es geben 90,2 Prozent der Befragten an, dass der Donau-Oder-Kanal während der nationalsozialistischen Herrschaft entstanden ist. Diese Frage wurde um einiges eindeutiger als die Frage nach dem Bauzeitraum beantwortet und lässt, abgesehen von 19 Befragten, die keine Angabe machten oder ein anderes politisches System hinter dem Bau vermuteten, keine Fragen mehr nach dem Wissensstand der Befragten offen.

Dies ist ein Ergebnis, welches mich persönlich durchaus überraschte. Mir persönlich war zwar auf Grund von Erzählungen meiner Eltern generation nach dem Motto „Der Hitler hat’s gebaut“, einigermaßen klar, dass dies ein Bauwerk der Nationalsozialisten war, jedoch gab es dafür bislang keine eindeutigen Beweise. So äußerte mein Großvater, welcher in den 1960er Jahren ein Grundstück am DOK erwarb, in einem Gespräch die persönliche Vermutung, dass der Kanal schon vor 1938 und im Zuge der ersten Republik errichtet worden sei. Somit vermutete ich zwar durchaus, dass die Mehrheit der Befragten den Bau dem Nationalsozialismus zuordnen würden, jedoch überraschte mich doch die Tatsache, dass neun von zehn Befragten den politischen Hintergrund des Baus richtig einschätzen.



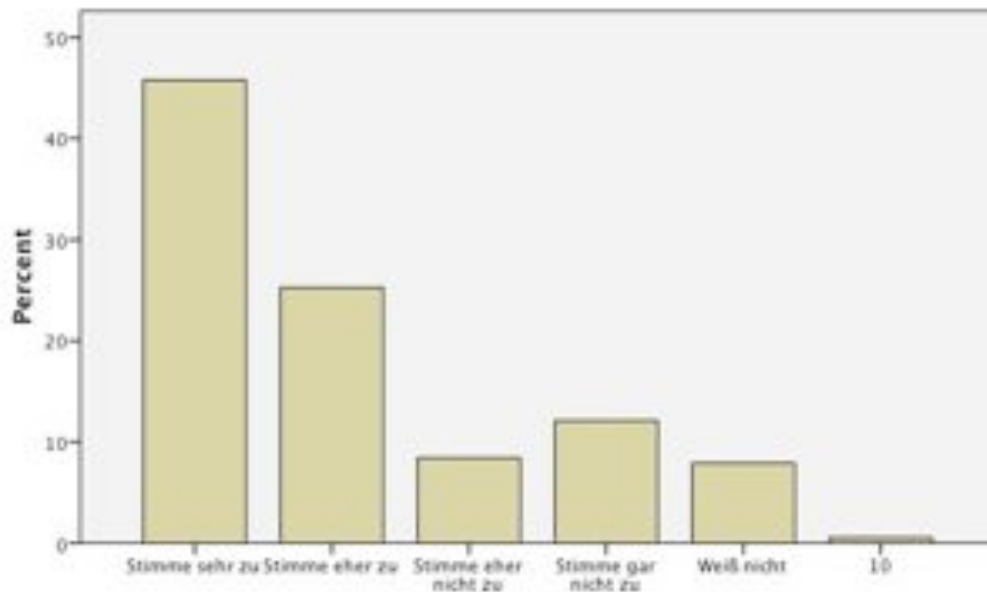
Trotz der überwiegend richtigen Einschätzung nach dem Bauzeitraum fühlt sich ein Großteil der Befragten über die Geschichte des DOK nicht ausreichend informiert. So fühlen sich knappe 50% der Befragten nicht ausreichend informiert und 25% sehen sich als ausreichend informiert an. Ein knappes Viertel fühlt sich gut informiert, während nur drei Prozent dies mit „sehr gut“ beantworten.

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK



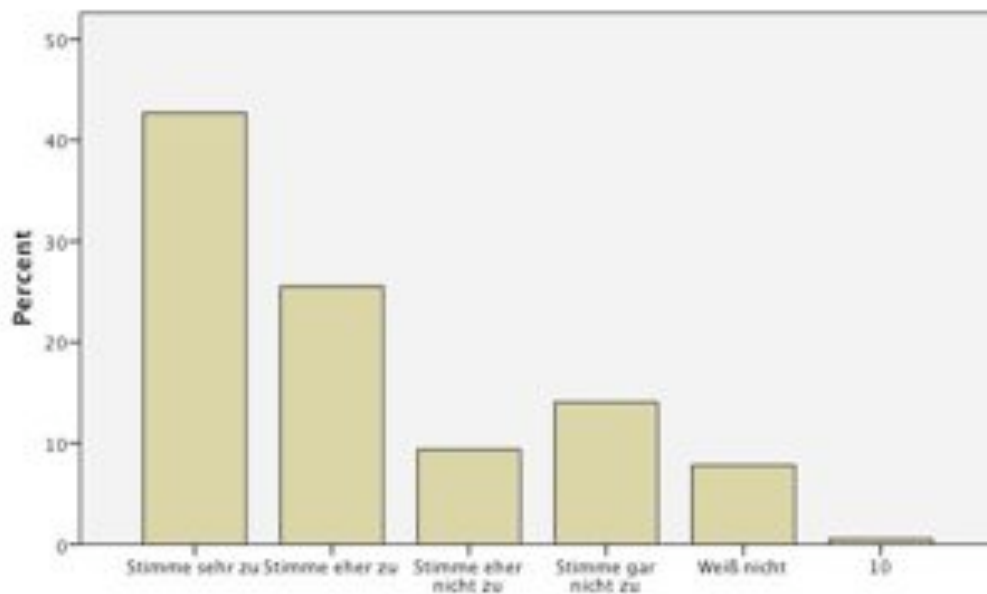
Fast zwei Drittel der AnrainerInnen am DOK würden eine Gedenktafel befürworten. Von den 62,7 Prozent der Befürworter sprechen sich annähernd gleich viele „sehr“ oder „eher“ für eine Gedenktafel, welche auf die geschichtlichen Hintergründe des Donau-Oder-Kanals hinweisen soll, aus. Exakt 30% sprechen sich gegen eine Gedenktafel aus, wobei 12% der befragten BewohnerInnen sich explizit gegen eine Gedenktafel aussprechen.

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"



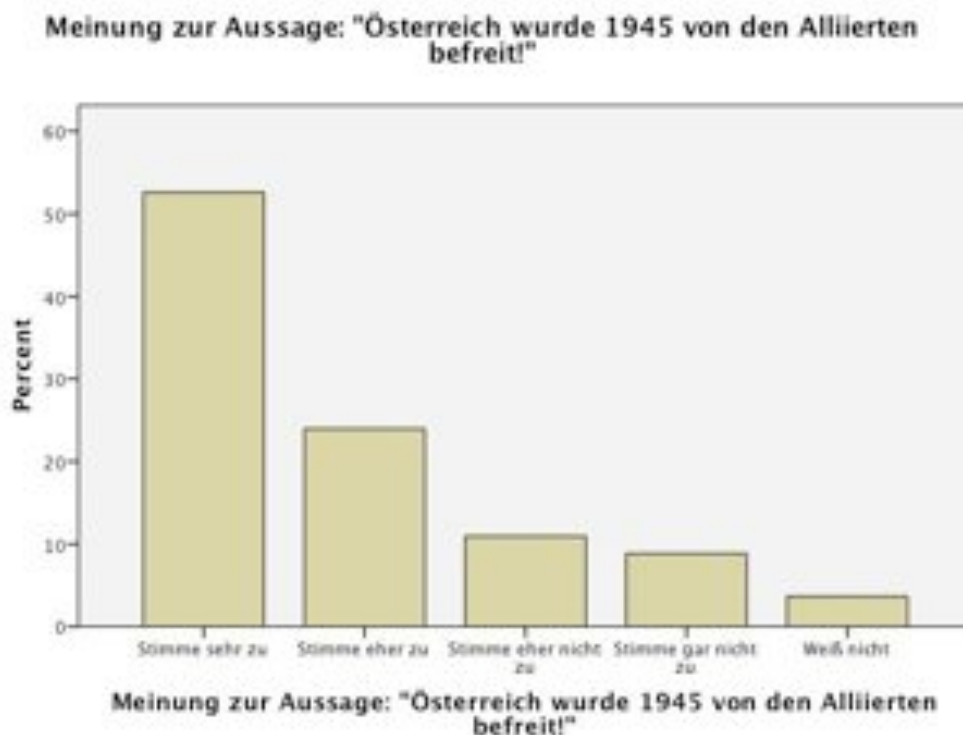
Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"



Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Bei der Frage nach der Entschädigung von Menschen, die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, beziehungsweise Menschen die grundsätzlich zu Arbeiten gezwungen wurden, ergibt sich interessanter Weise ein klareres Meinungsbild als bei der Frage nach einer Gedenktafel. So befürworten 71% beziehungsweise 68% der BewohnerInnen die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen. Hier gibt es eine kleine Differenz bei der Beantwortung, so befürworten mehr Befragte die Entschädigung im Allgemeinen als die Entschädigung von am Donau-Oder-Kanal eingesetzten ZwangsarbeiterInnen. 20,5 Prozent der AnwohnerInnen sprechen sich gegen eine Entschädigung im Allgemeinen aus, auch hier ist die Ablehnung gegen die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen am DOK etwas klarer, indem sich 23,3% dagegen aussprechen.





Mit der Frage nach Befreiung und Besetzung durch die Alliierten im Jahr 1945 wollte ich eine Einschätzung der politischen Verortung der Befragten erreichen, genauer gesagt, deren Sichtweise auf die Rolle Österreichs im Dritten Reich und deren Einschätzung zum Ende des Nationalsozialismus erfassen.

Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage nach der Befreiung Österreichs durch die Alliierten „sehr zu“. Ein Viertel der AnrainerInnen stimmt dieser Aussage „eher zu“. Zwanzig Prozent der Befragten können dieser Behauptung eher, beziehungsweise gar nicht, zustimmen.

Interessant ist das Antwortverhalten zur Frage nach der Besetzung im Jahr 1945. So sehen 49% der Befragten, und damit eine Mehrheit, Österreich im Jahr 1945 durch die Alliierten als besetzt an. 44,2% stimmen dieser Aussage nicht zu und sehen Österreich 1945 nicht als durch die Alliierten besetzt an.

Die Beantwortung der Fragebögen wurde von etwas mehr Frauen als Männern vorgenommen, wobei hier nur ein minimaler Unterschied vorhanden ist, da ein Prozent mehr Frauen als Männer geantwortet haben. Bei der Antwort zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung zeigt sich ein ausgewogenes Bild, in dem jeweils circa ein Drittel der Befragten dies mit Pflichtschule, Matura und Universität angaben.

Unter den Befragten befinden sich 65% PensionistInnen und 30% Berufstätige, nur etwas mehr als ein Prozent der Befragten befinden sich in Ausbildung. So ist auch das Altersspektrum recht eindeutig, indem über 66 Prozent angaben, über 60 Jahre alt zu sein, während 21% der AnwohnerInnen zwischen 40 und 59 Jahre alt sind und nur 8% unter 40 Jahre alt sind.

Bei der Auswertung der Antworten nach Bildungsgrad, Berufstätigkeit, Geschlecht und Alter zeigen sich einige betrachtenswerte Ergebnisse.

So stimmen Berufstätige der Errichtung einer Gedenktafel viel deutlicher zu als PensionistInnen. Während nur 56% der PensionistInnen für eine Gedenktafel plädieren, sind fast 80% der berufstätigen Befragten für eine solche Tafel als ein mögliches Zeichen der Erinnerung. Dies deckt sich naturgemäß auch mit der Auswertung nach dem Alter der Befragten. So ist hier ein klarer Unterschied der Meinungen nach dem Alter der befragten Personen erkenntlich. Interessant ist hier auch die Aufschlüsselung der Antworten nach dem Zeitpunkt des Erwerbs, beziehungsweise Pachtvertrags des Grundstücks. So sind 83% der Befragten, welche seit diesem Jahrzehnt am Donau-Oder-Kanal ansässig sind, für eine Gedenktafel, während dieser Wert der Zustimmung bei Personen, die länger als 10 Jahre ansässig sind, um durchschnittlich 22% geringer ist und bei 60,5% liegt.

Richtet man sein Augenmerk bei der Frage bezüglich der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen auf das Alter der Befragten, zeigen sich hier geringere Schwankungen als bei der Gedenktafel-Frage. So gibt es zwar eine leicht stärkere Zustimmung zur Entschädigung bei den unter 60 Jährigen, der Unterschied zu den über 60 Jährigen macht jedoch weniger als fünf Prozentpunkte aus. Bei der Frage nach der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen am DOK sind fast drei Viertel der unter 60 Jährigen dafür, während es bei den über 60 Jährigen nur zwei Drittel sind.

Das Meinungsspektrum unterscheidet sich bei der Frage nach Befreiung und Besetzung zwischen den Altersgruppen nicht sehr deutlich. Erkennbar ist jedoch, dass die unter 60 Jährigen der Aussage zur Befreiung Österreichs deutlicher, allerdings zahlenmäßig geringer zustimmen als dies die über 60 Jährigen tun. So stimmen fast 60% der unter 60 Jährigen der Aussage von Österreichs Befreiung sehr zu, jedoch sind insgesamt fast 80% der über 60 jährigen eher oder sehr von dieser

Aussage überzeugt, während bei den unter 60jährigen dieser Wert nur bei knapp über 70% liegt.

Bei der Frage nach der Besetzung lassen sich keine altersmäßig signifikanten Unterschiede erkennen.

Nach Betrachtung der Antworten von allen unter 40 Jährigen zeigt sich ein starker Unterschied zu den übrigen Befragten. Zwar müssen diese Zahlen mit Vorbehalt gesehen werden, da leider nur 16 Personen unter 40 Jahren den Fragebogen ausgefüllt haben, doch kann auf Grund der Eindeutigkeit der Aussagen doch ein Rückschluss gezogen werden.

So stimmen jeweils drei Viertel der Befragten sowohl der Gedenktafel, wie auch der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen zu. Dies ist ein um etwa 10% höherer Zustimmungswert als bei den restlichen Befragten. Eindeutig wird der Altersunterschied bei der Frage nach der Besetzung, beziehungsweise Befreiung Österreichs. So stimmen 62,5% der Aussage zur Befreiung Österreichs sehr zu, bei den über 60 Jährigen tut dies nur knapp die Hälfte. Insgesamt liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei 75%.

Besonders offensichtlich wird der Unterschied aber bei der Frage zur Besetzung Österreichs. Bei der Gesamtbetrachtung aller Antworten zeigte sich hier ein recht ausgewogenes Bild von Zustimmung und Ablehnung. Bei den unter 40 Jährigen stimmen nur 6 Prozent der Aussage der Besetzung sehr zu, weitere 18% stimmen eher zu. Insgesamt also ein Viertel der Befragten unter 40 Jahren, die Österreich 1945 als besetzt ansehen. Ganze 69% können dieser Aussage nichts abgewinnen, wobei die Ablehnung zwischen „eher nicht zustimmen“ und „gar nicht zustimmen“ ausgewogen ist. Bei den über 60 Jährigen liegt dieser Wert bei nur 44 %.

Bei der Auswertung nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung zeigt sich, dass eine Gedenktafel am ehesten von Befragten mit Pflichtschulabschluss befürwortet wird, hier liegt der Wert bei 68%, während Befragte mit Maturaabschluss einer solchen Tafel mit nur 57% Zustimmung etwas abgeneigter gegenüberstehen. Befragte mit Universitätsabschluss befürworten zu 60% eine Gedenktafel. Ein größerer Unterschied zeigt sich bei der Frage zur Zwangsarbeit. Hier sind 62% beziehungsweise 67% der AnwohnerInnen mit Pflichtschul- beziehungsweise Matura- Abschluss für eine Entschädigung, während bei den Befragten mit

Universitätsabschluss ganze 89% dafür plädieren. Das Antwortverhalten ist dem bei der Frage zur Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen am DOK ähnlich. Keine entscheidenden Unterschiede sind bei den Antworten zur Besatzung und Befreiung zu erkennen.

Analysiert man die Antworten gemäß des jeweiligen Geschlechts der befragten Person lassen sich keine großen Unterschiede, jedoch eine gewisse Tendenz erkennen. So gibt es etwas mehr und stärker überzeugte Anwohner, welche für eine Gedenktafel plädieren als Anwohnerinnen. So würden 10% mehr Anwohner als Anwohnerinnen eine Gedenktafel sehr befürworten.

Der Frage der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen stehen Bewohner in einem um 10% höherem Ausmaß positiv gegenüber als dies Bewohnerinnen tun. Bei der Frage nach der Befreiung Österreichs durch die Alliierten geben die männlichen Anwohner eine deutlich positivere Antwort ab, als dies bei den weiblichen Befragten der Fall ist. Insgesamt lässt sich also eine etwas stärkere Zustimmung der männlichen Befragten zu ZwangsarbeiterInnen - Entschädigungen, Gedenktafel und der Aussage von der Befreiung Österreichs im Jahr 1945 feststellen.

Um einen besseren Einblick in die politische Positionierung der Befragten, beziehungsweise einen Zusammenhang zwischen der Meinung zur Gedenktafel und der Frage der ZwangsarbeiterInnen am DOK zu erhalten, habe ich das Antwortverhalten zu beiden Fragen betrachtet. So ist zu erkennen, dass viel mehr Befragte, welche einer Gedenktafel positiv gegenüber stehen, auch für eine Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen eintreten. So sind 86% der Befragten welche einer Gedenktafel sehr positiv gegenüberstehen, auch für die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen des DOK. Bei denen, die eine Gedenktafel eher befürworten würden, liegt der Zustimmungswert bei immerhin 70%. Diejenigen, welche gegen eine Gedenktafel sind, können der Aussage zur ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung nur zu 49%, beziehungsweise 57% zustimmen.

4.4.2. Analyse der Ergebnisse

Vor der Durchführung der Befragung war mir persönlich nicht klar, wie die Antworten ausfallen werden. Ich vermutete jedoch, dass eine Mehrheit über den geschichtlichen Hintergrund des Donau-Oder-Kanals Bescheid wissen müsste, da ich davon ausging, dass gewisse Erzählungen unter den AnrainerInnen diesen Hintergrund erläutern würden, Obwohl es auch diverse Erzählungen gibt, die auf ein älteres Datum des Bauwerks schließen lassen, vor allem wurde hier auf die schon seit Jahrhunderten bestehenden Pläne für einen solchen Kanal verwiesen. Offizielle und überprüfte Informationen über den Kanal und dessen Geschichte gibt es in diesem Sinne nicht - abgesehen von einer Dissertation an der Universität für Bodenkultur und einigen Internetartikeln, welche aber mit entsprechender Vorsicht zu genießen sind.

Deshalb war ich durchaus von dem Ergebnis bei der Frage zum Bauzeitraum überrascht. Hier gab es eine überwiegende Mehrheit, welche den Bauzeitraum richtig einschätzte. Das erstaunlichste Ergebnis war für mich persönlich jenes zum politischen System, in welchem der Kanal gebaut wurde. Hier antworteten über 90% der Befragten, dass der Bau zur Zeit des Nationalsozialismus entstanden ist. Da es, wie schon erwähnt, keine offiziellen und einfach erreichbaren Informationen über diese Tatsache gibt, gehe ich davon aus, dass hier die Informationsweitergabe mündlich zwischen den Generationen vorgenommen wurde. Die Information hat in diesem Fall ihren Weg noch nicht ins kulturelle Gedächtnis gefunden, sondern wird größtenteils über das kommunikative Gedächtnis transportiert. Im Zuge von Erzählungen geben die älteren AnwohnerInnen den jüngeren die Information über den Donau-Oder-Kanal weiter. Hier ist zu erwähnen, dass sich ein Großteil der Befragten schlecht oder unzureichend über die Geschichte informiert fühlt, jedoch trotzdem über 90% der Befragten wissen, dass es sich um ein Bauwerk der Nationalsozialisten handelt. Ich kann mir dies nur so erklären, dass die Informationsweitergabe über die Aussage „Der Hitler hat’s gebaut“ in vielen Fällen nicht hinausgeht. Bis auf wenige Ausnahmen von interessierten AnrainerInnen wird und wurde diese Information anscheinend auch so hingenommen, ohne weitere Schritte zur Erkundung der Hintergründe vorzunehmen. Ich sehe es zwar nicht als Aufgabe eines/r jeden/r AnwohnerIn, sich detailliert für die Geschichte des eigenen, beziehungsweise gepachteten Grundstücks zu interessieren, finde es aber

bemerkenswert, dass trotz des Wissens um den NS-Bau kaum Interesse an weiterführenden Informationen besteht.

Eine Aufarbeitung des geschichtlichen Hintergrunds hat bislang auf dieser lokalen Ebene nicht stattgefunden, so ist es meiner Meinung nach positiv zu werten, dass sich fast 63% für eine Gedenktafel zum Bauwerk und den damit verbundenen Ereignissen aussprechen. 30% sind gegen eine solche Gedenktafel. Die bloße Entscheidung zur Errichtung eines Erinnerungszeichens, beispielsweise in Form einer Gedenktafel, könnte bereits eine Diskussion entfachen und zu einer ersten Auseinandersetzung mit dem Thema führen.

Auch lohnt es sich, die Ergebnisse zur ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung näher zu betrachten. So sprechen sich mehr AnrainerInnen für eine Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen aus als für eine Gedenktafel. Besonders beachtenswert ist der zwar kleine, aber trotzdem vorhandene Unterschied bei der Frage nach der Entschädigung von am Donau-Oder-Kanal eingesetzten ZwangsarbeiterInnen und ZwangsarbeiterInnen im Allgemeinen. Hier befürworten mehr AnrainerInnen die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen im Allgemeinen als für ZwangsarbeiterInnen am Donau-Oder-Kanal.

Dies ist für mich durchaus ein Zeichen dafür, dass es ein gewisses Unrechtsbewusstsein gegenüber den Taten der Nationalsozialisten gibt und eine Bereitschaft zur Wiedergutmachung in weiten Teilen vorhanden ist. Jedoch nimmt diese leicht ab, sobald es einen persönlichen Bezug, sei es auch nur über die lokale Nähe zu einem Projekt der Nationalsozialisten, gibt. Ich kann mir vorstellen, dass zwar Schritte zur Entschädigung grundsätzlich gut geheißen werden, sobald es aber darum geht einen näheren Bezug zu dieser Thematik zu bekommen, scheint bei manchen diese Bereitschaft abzunehmen.

Das Ergebnis bei der Frage nach Besatzung und Befreiung im Jahr 1945 ist ebenfalls spannend. So spricht eine eindeutige Mehrheit von der Befreiung, gleichzeitig sieht eine knappe Mehrheit aber auch eine Besatzung durch den Einmarsch der Alliierten im Jahr 1945. Wenn man hier das Gesamtergebnis betrachtet, kann dieses Ergebnis durchaus auf den Umgang Österreichs mit seiner Geschichte und dessen politische, mediale und schulische Darstellung zurückgeführt werden. So war bis in die späten 1980er Jahre die Rede von Österreich als „erstem Opfer der Hitlerschen Aggression“

und die Nachkriegsjahre wurden von der Staatsspitze auch bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 unter anderem von Außenminister Figl als Ende des: „siebzehn Jahre lang dauernden dornenvollen Weg der Unfreiheit“ bezeichnet (Uhl, Heidemarie (2005) S.56). So nahm die zehn Jahre lang dauernde Anwesenheit der Alliierten in Österreich in vielen Köpfen viel eher den Status der Besetzer als der Befreier ein. Während in anderen europäischen Ländern ein Feiertag zur Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft seit Jahren üblich ist, wird in Österreich am 26. Oktober die Unterzeichnung des Bundesverfassungsgesetzes über die Österreichische Neutralität mit dem Nationalfeiertag gefeiert. Seit einem Entschließungsantrag des Nationalrats im Jahr 1997, findet am 5. Mai jährlich eine Gedenksitzung der Bundesversammlung an die Opfer des nationalsozialistischen Regimes statt, gefeiert wird die Befreiung durch die Alliierten vom „offiziellen Österreich“ jedoch nicht. So ist im entsprechenden Antrag die Rede von einem „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“. An diesem Tag findet die Sitzung der Bundesversammlung statt, und auch die Gedenkfeiern zur Befreiung des KZ Mauthausen finden in der zeitlichen Nähe zu diesem Tag statt. Dem 8. Mai, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des dritten Reiches, dem offiziellen Ende des zweiten Weltkriegs und damit der Befreiung vom Nationalsozialismus, kommt von offizieller Seite in Österreich keine Aufmerksamkeit zu. (vgl. Kapitel: Österreichs Erinnerungskultur nach 1945)

In diesem Zusammenhang erscheint auch dieses Ergebnis, welches im Jahr 1945 Befreiung und Besatzung zum Teil in gleichem Maße sieht, nicht sehr überraschend.

Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse, die Alter und Beschäftigung der Befragten fokussieren. Hier geben unter 60-Jährige und Berufstätige bei der Frage zur Gedenktafel eine klar positivere Stellungnahme ab. Besonders klar wird der Unterschied bei den unter 40-Jährigen. Hier sind sowohl bei den Fragen zur Gedenktafel wie zur ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung deutlich zustimmendere Antworten vorhanden. Vor allem bei der vorhin betrachteten Frage der Besetzung zeigt sich ein klares Bild. Fast 70% der Befragten unter 40 Jahren sehen Österreich nicht als besetzt an, während bei den über 60-Jährigen dies nur 44% so sehen.

Dies ist für mich ein klares Anzeichen, dass die veränderte Betrachtung der Rolle Österreichs im Dritten Reich als mitverantwortliche Täternation anstatt als erstes Opfer, welche mit dem Ende der 1980er Jahre eingeleitet wurde, erste Auswirkungen

auf die jüngere Generation hat. Entwicklungen wie die stärkere Medienpräsenz des Holocaust und zeitgeschichtliche Ereignisse, öffentliche Debatte sowie das von Sznajder und Levy angesprochene kosmopolitisierte Gedächtnis, haben wesentlichen Einfluss auf die jüngere Generation. (vgl. Kapitel: Gedächtnis und Erinnerungskultur)

Beim Vergleich des Antwortverhaltens zu Gedenktafel und ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung wird klar, dass hier ein Zusammenhang der politischen Einstellung zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen bei den Befragten besteht. So können die Befragten grob in zwei Gruppen eingeteilt werden. Befragte, die einer Gedenktafel und damit einem Zeichen der Aufarbeitung der Geschichte durch Setzung eines möglichen Bestandteils einer sich zu entwickelnden Erinnerungskultur zustimmen, machen dies auch überwiegend bei der Frage nach Entschädigung. Dem gegenüber stehen die Befragten, die eine Gedenktafel negativ sehen und auch bei der Entschädigung zögerlicher sind. Diese könnten überspitzt als BefürworterInnen der Ziehung eines „Schlussstriches“ unter das Geschehene und als Gegner einer Aufarbeitung der geschichtlichen Vorkommnisse bezeichnet werden. Auch viele Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs herrschen in der Bevölkerung noch immer sehr unterschiedliche Ansichten zum Umgang mit der eigenen Geschichte vor.

4.4.3. Anmerkungen von AnrainerInnen

Spannenderweise haben auch über 20 Personen unterschiedliche Anmerkungen auf den ausgefüllten Fragebogen hinterlassen, beziehungsweise eigene Notizen in Beiblättern angefügt. Ebenfalls mehr als 20 Personen nahmen mein Angebot, die fertige Diplomarbeit zugesendet zu bekommen, an und hinterließen entsprechende Kontaktdaten. Die Notizen haben durchaus Informationsgehalt, deswegen räume ich diesen hier auch Platz ein.

Die Frage nach Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen veranlasste fünf Personen dazu, nach der Entschädigung von „unseren Kriegsgefangenen“ zu fragen. Dies erfolgte in unterschiedlichen Ausführungen, von zwei Worten bis hin zu einigen Sätzen. Zur Illustration nur einige Beispiele. „In keinem Fall! Was soll es? Wir haben das Jahr 2009! (Anmerkung: doppelt unterstrichen) An wen sollen wieder unsere Gelder fließen?!“; „Bitte beachten Sie: Menschen, die gezwungen wurden Krieg zu ertragen oder zu führen sollten entschädigt werden ABER entweder alle oder keine“ und „Haben unsere Kriegsgefangene die oft noch jahrelang nach Kriegsende arbeiten mußten eine Entschädigung erhalten.“ Eine Person merkte an, dass dies schon durch die österreichische Republik geschehen sei.

Ferner äußerten sich bei dieser Frage auch zwei BewohnerInnen mit der Forderung nach Ruhe. „Der Krieg ist längst vorbei, Ruhe sollte endlich eintreten“; „Ich glaube nicht, daß es noch Überlebende gibt. Ruhe (Anm.: doppelt unterstrichen) wäre angebracht.“

Und abschließend noch ein etwas längeres Statement: „Österreicher, so wie ich (Jahrgang 1927) die als Soldaten u. Kriegsgefangene den Krieg erleben mußten (von engl. Soldaten geschlagen wurden) und jetzt v. der Rep. Ost mit 15€/Mo abgespeist werden ... denken unsere Herren Politiker auch an jene Österreicher, die im Krieg Bein, Arm, Augenlicht verloren haben? Heute noch an den Folgen der Wasserbomben im U-Boot-Kampf leben müssen.“ Zwei Personen äußern auch die Vermutung, dass es „zu spät“ sei und es keine Überlebenden mehr gäbe.

Bei den Fragen zu Besatzung und Befreiung schrieben zwei Personen, dass beides zutreffen würde. Zwei weitere Befragte merkten an, dass das: „Verhalten der UdSSR später fragwürdig“ gewesen sei, eine Person stellte fest, dass: „die Alliierten ja in

Österreich geblieben sind“. Eine weitere Anrainerin hinterließ folgende Anmerkung: „Die Besetzung hat uns viel Geld gekostet. Plünderungen und Vergewaltigungen.“

Zu den Anmerkungen einiger AnrainerInnen, welche im Zusammenhang mit der Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen die Lage der Kriegsgefangenen ins Spiel bringen, sei auf die Entwicklung der österreichischen Gesetzgebung in dieser Frage hingewiesen. (vgl. Kapitel: Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und anderen Opfern des NS-Regimes aus rechtlicher Sicht)

Neben diesen überwiegend negativen Stellungnahmen zur kritischen Geschichtsaufarbeitung, beziehungsweise dem Wunsch nach Ruhe und einem Ende der Debatte um die Vergangenheit, finden sich nur zwei Stellungnahmen die in eine andere Richtung tendieren. So stimmt eine Person einer Gedenktafel nur dann zu, „wenn der Inhalt nicht „Nazi – verherrlichend“ ist – siehe Autobahnen, Donaukraftwerke etc.“.

Eine Person äußerte sich etwas ausführlicher:

Lieber Herr Rabenstein,

Das Ausfüllen hat mich jetzt geschockt, da ich nun vermute, dass Zwangsarbeiter mein Paradies errichteten! Bitte weitere Infos sehr gerne an mich. Jede Art von Unterstützung einer Gedenkaufarbeitung sehr gerne. M. (Name bekannt)

Per E-Mail meldeten sich noch einige kontaktierte AnrainerInnen mit dem Wunsch nach Zusendung der fertig gestellten Arbeit, und in einem Mail fand sich eine Anmerkung in der eine „Erinnerungsstätte sehr begrüßt“ wurde.

Ich persönlich rechnete mit einigen Anmerkungen, welche sich kritisch, beziehungsweise massiv ablehnend zu Gedenktafel und Zwangsarbeiter-Entschädigung äußern würden. So gesehen war dies für mich keine große Überraschung. Was mich jedoch schon erstaunte, war, dass nur eine Person über die Vermutung des Einsatzes von Zwangsarbeitern „schockiert“ war und ihr Interesse zeigte, sowie Unterstützung einer Gedenkaufarbeitung zusagte. Vor allem im Zusammenhang mit der Tatsache, dass über 90% der Befragten wussten, dass es sich hierbei um einen NS-Bau handelt.

Ich kann aufgrund dieser Ergebnisse nur vermuten, dass trotz der vorhandenen Information kein direktes Unrechtsbewusstsein spürbar ist. Trotz des vorhandenen Wissens wird von erstaunlich wenigen Personen Handlungsbedarf gesehen oder eingefordert. Zwar erachte ich es nicht als unmittelbare Aufgabe der AnwohnerInnen, sich für eine Aufarbeitung der Geschichte einzusetzen, dennoch bin ich verwundert, dass es trotz einer ersten Konfrontation mit diesem Thema im Zuge der Befragung zu fast keinen Reaktionen in dieser Hinsicht gekommen ist.

Natürlich ist ebenfalls hervorzuheben, dass es bis heute keine Aufklärung oder Bildungskampagnen von Seiten der lokal zuständigen Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf gibt. Hier sieht die Stadtgemeinde anscheinend keinerlei Bedarf zu einer kritischen Reflexion der eigenen Geschichte und der Errichtung eines Erinnerungsorts, welche Ausformung dieser auch haben mag, um auch auf lokaler Ebene ein Zeichen zu setzen. Ein Blick in andere Gemeinden zeigt, dass oft Gruppen von engagierten BürgerInnen oder KünstlerInnen die Initiative ergreifen müssen, um Druck auf die Gemeinde zur Errichtung eines Denkmals oder anderen Formen der Erinnerung, auszuüben. (vgl. Kapitel: Rechnitz)

4.5. Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und anderen Opfern des NS-Regimes aus rechtlicher Sicht

Mitglieder der deutschen Wehrmacht wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Österreich schnell rehabilitiert. So kam es bereits 1948 zu einer umfassenden Amnestieregelung für ehemalige Nationalsozialisten und der Zulassung des VdU (Verband der Unabhängigen) und ehemaligen belasteten Nationalsozialisten zu den Wahlen 1949. Dies waren erste Schritte, welche ehemalige Nationalsozialisten schnell wieder in die Gesellschaft und das politische Leben integrierten. Viele der durch die Nationalsozialisten verfolgten Opfer erhielten hingegen lange Zeit durch das bestehende Opferfürsorgegesetz keine Sozialleistungen. Erst nach und nach wurde das Opferfürsorgegesetz immer wieder Novellierungen unterzogen, welche neue Opfergruppen und entsprechende Leistungen inkludierten. Entschädigungen oder Anerkennungen für die Opfer waren jahrzehntelang nicht einmal Gesprächsthema. Bis zur Beschlussfassung des so genannten „Versöhnungsfonds Gesetz“, dem Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes im Jahr 2000, gab es keinerlei Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen. (<http://www.de.nationalfonds.org/Rechtsgrundlagen.html>, Abgerufen am 2.9.2009)

In Kenntnis der Sachlage erscheinen die Forderungen nach einer Entschädigung von Kriegsgefangenen meiner Meinung nach nicht nachvollziehbar, da sich die Republik schon wenige Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs um die Eingliederung der belasteten Nationalsozialisten in die Gesellschaft kümmerte, während bis ins Jahr 2009 nicht einmal alle Opfer des Nationalsozialismus rehabilitiert wurden. Ein Beispiel für die lange ausstehende Rehabilitierung von NS-Opfern waren die Opfer der nationalsozialistischen Justiz. Von NS-Gerichten verurteilte Deserteure, Wehrkraftzersetzer und andere mussten in Österreich bis zum Jahr 2009 auf eine vollständige rechtliche Rehabilitierung warten. Trotz des Anerkennungsgesetzes im Jahr 2005, dieses machte unter anderem die finanzielle Entschädigung von Opfern der NS-Justiz möglich, ist die vollständige rechtliche Rehabilitierung erst spät umgesetzt worden. Die gesellschaftliche Anerkennung dieser Opfergruppe ist jedenfalls noch nicht weit fortgeschritten. (<http://pk-deserteure.at/index.php?id=30>, Abgerufen am 2.9.2009) Der Schritt zur rechtlichen Rehabilitierung erfolgte nach jahrelangem Druck durch einen Beschluss der beiden Regierungsparteien SPÖ und

ÖVP gemeinsam mit der Oppositionspartei Die Grünen im Oktober 2009. Das „Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz“ ersetzt das „Anerkennungsgesetz“ aus dem Jahr 2005 und trat mit 1. Dezember 2009 in Kraft.

(<http://derstandard.at/fs/1254312030819/Neues-Gesetz-rehabilitiert-Wehrmachtsdeserteure>, Abgerufen am 21.10.2009)

4.6. Befragung der StadtgemeinderätInnen

Durch die Mithilfe des Gemeindeamts Groß-Enzersdorf wurden den 28 anwesenden GemeinderätInnen der Stadtgemeinde in einer Sitzung im Juni 2009 Fragebögen zum Donau-Oder-Kanal überreicht. Diese waren ähnlich wie die Fragebögen an die AnrainerInnen des DOK aufgebaut. Leider beantworteten nur sechs GemeinderätInnen die Fragebögen, wodurch keine große Aussagekraft gegeben ist. Festzuhalten ist, dass in der von der SPÖ geführten Gemeinde von 18 MandatarInnen fünf geantwortet haben, von den elf ÖVP Abgeordneten antwortete niemand und von drei Grünen GemeinderätInnen kam eine Antwort zurück. Der einzige FPÖ-Gemeinderat antwortete ebenfalls nicht.

Dies ist auf jeden Fall ein Zeichen von sehr geringem Interesse der direkt politisch Verantwortlichen, besonders beachtlich ist meiner Meinung nach, dass von elf ÖVP GemeinderätInnen kein/e einzige/r einen Fragebogen ausfüllte.

Um nur kurz auf das wenig repräsentative Ergebnis einzugehen, ist festzuhalten, dass fünf von sechs Antworten von einem NS-Bau ausgehen. Drei von fünf vorhandenen Antworten sprechen sich gegen eine Gedenktafel aus, jedoch gibt es bis auf eine nicht vorhandene Antwort nur Zustimmung zur ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung. Auch stimmen fünf von sechs Befragten der Aussage zur Befreiung Österreichs 1945 zu und lehnen gleichermaßen die Aussage zur Besetzung ab.

4.7. Qualitatives Interview mit dem Bürgermeister

Um neben der Befragung der StadtgemeinderätInnen ein Bild der politischen Stimmungslage in der Stadtgemeinde zu Fragen der Erinnerungskultur im Zusammenhang mit dem Donau-Oder-Kanal, zu erhalten entschloss ich mich zu einem Interview mit dem amtierenden Bürgermeister. Im Zuge eines strukturierten Leitfadeninterviews wollte ich die politische Positionierung der Stadtgemeinde eruieren. Im Gespräch mit dem amtierenden Bürgermeister von Groß-Enzersdorf, Ing. Hubert Tomsic war leider nur wenig zu erfahren (vgl. Anhang, Interview Tomsic). Der Bürgermeister bevorzugte zu vielen Fragen keinerlei Stellungnahme abzugeben. So ist ihm bewusst, dass es sich beim Donau-Oder-Kanal um „ein Relikt aus dem Dritten Reich“ handelt, zu Fragen über Zwangsarbeit und Erinnerungszeichen gibt er jedoch keine Auskunft.

Zu den Ereignissen im Jahr 1945 fällt dem Bürgermeister als erstes der Einmarsch der russischen Armee in Ostösterreich ein und er sieht dadurch „mehr oder minder die Befreiung Österreichs“. Weiters macht er auf große Armut, Hungersnöte und Krankheiten zu dieser Zeit aufmerksam. In einer offen gestellten Frage nach weiteren Anmerkungen seinerseits hebt Herr Tomsic die heute positive Funktion des Donau-Oder-Kanals als Naherholungsgebiet und Wirtschaftsfaktor für die Gemeinde hervor.

Im Anschluss an das kurze Interview und der Entfernung des Aufnahmeegeräts gab Herr Tomsic dann durchaus ausführliche Stellungnahmen zu den von mir im Interview gestellten Fragen ab. In dem Gespräch wird klar, dass das Wissen um den ZwangsarbeiterInnenbau vorhanden ist, jedoch der Wunsch der politischen Gemeindeführung nach einem Schlussstrich anstatt einer Aufarbeitung wesentlich ausgeprägt ist. Als Grund für die nicht gegebenen Antworten im Zuge des Interviews werden die Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr sowie die Sensibilität des Themas angeführt. (vgl. Anhang, Interview Tomsic)

Hinter den wenigen Rückschriften der befragten GemeinderätInnen vermutete ich geringe Zeitressourcen oder mangelndes Wissen über den Donau-Oder-Kanal. Allerdings sind angesichts der Tatsache, dass sich weder der Bürgermeister noch viele der GemeinderätInnen positioniert haben, auch andere Schlüsse zulässig.

So ist es für den Bürgermeister selbstverständlich, dass es sich beim Donau-Oder-Kanal um einen Bau der Nationalsozialisten handelt. Auch die Ergebnisse bei der Befragung der AnrainerInnen deuten darauf hin, dass dies allgemein bekannt ist, obwohl darauf nichts direkt hinweist.

Trotz des vorhandenen Wissens um den ZwangsarbeiterInnen-Bau scheint es von Seiten der politischen Ebene keinerlei Interesse an einer Aufarbeitung zu geben. Anstatt sich selbstbewusst mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, zum damaligen Unrecht zu stehen und einen Prozess der Aufarbeitung zu starten, wird abgewartet und geschwiegen. Dieses Vorgehen auf lokaler Ebene scheint bei der Betrachtung des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs auf nationaler Ebene nicht sehr überraschend. Vor allem die Vorgehensweise auf nationaler Ebene, sich bis in die frühen 1990er Jahre als „erstes Opfer“ zu sehen, wodurch keine Notwendigkeit zur Aufarbeitung der Taten vorhanden war, scheint auf lokaler Ebene teilweise bis heute Bestand zu haben. Auch auf nationaler Ebene gibt es zwar mehr als 60 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges keinen Konsens über die Form der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte, dies zeigen die regelmäßig lebhaft geführte Diskussionen in der medialen Öffentlichkeit (vgl. Kapitel: Österreichs Erinnerungskultur nach 1945), jedoch eine Mehrheit, welche sich zur Mittäterschaft Österreichs bekennt. Während auf nationaler Ebene, sowie in einigen größeren Städten wie Linz und Wien manchmal nach durchaus lebhaften Diskussionen Denkmalsetzungen stattgefunden haben, stehen eine umfassende Aufarbeitung, sowie eine darauf folgende Setzung eines Erinnerungszeichens, in vielen Gemeinden noch aus.

Neben dem offensichtlich breit vorhandenen Wissen über den Hintergrund des Baus, tauchen jedoch Unterschiede zwischen der politischen Ebene und den AnrainerInnen bei der heute vorzunehmenden Beurteilung des Baus auf. Ich würde nicht soweit gehen und von zwei „rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften“, wie es Aleida Assmann macht, sprechen, jedoch gibt es durchaus divergierende Betrachtungsweisen. Während sich die wenigen GemeinderätInnen überwiegend gegen eine Gedenktafel aussprechen und der Bürgermeister, aus Angst vor den Reaktionen im Vorfeld einer Gemeinderatswahl, keine Stellungnahme abgibt, gab es unter den BewohnerInnen des Kanals einerseits zumindest ein gewisses Interesse am Thema selbst und andererseits eine Mehrheit für eine Gedenktafel. Bei der Frage

nach Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen sprechen sich die AnwohnerInnen noch deutlicher aus, während auch hier von Seiten des Bürgermeisters keine Positionierung erfolgt.

Bei der Befragung der AnrainerInnen entstand der Eindruck, dass sich zumindest eine Mehrheit für eine Aufarbeitung der Vergangenheit in Form eines Erinnerungszeichens finden ließe, und auch einige wenige aufgrund der Befragung hier aktiv werden wollen. Neben dieser Mehrheit ist jedoch nicht auf das Viertel der Antworten von Befragten zu vergessen, welche im Jahr 1945 eine Besetzung sehen sowie gegen eine Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen und Gedenktafeln auftreten. Diese Befragten zeichnen sich auch durch eine deutliche Ablehnung in den erwähnten Fragen aus. So können neben einer unterschiedlichen Auffassung zwischen politischen GemeindevertreterInnen und AnwohnerInnen auch die konkurrierenden Erinnerungsgemeinschaften bei den AnwohnerInnen gesehen werden. Diese sind jedoch aufgrund der noch nicht in die Öffentlichkeit getretenen Diskussion um ein mögliches Erinnerungszeichen an den ZwangsarbeiterInnenbau noch nicht deutlich zum Vorschein gekommen.

Das Verhalten der politischen Ebene der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf scheint mit dem Vorgehen in anderen österreichischen Gemeinden Ähnlichkeiten aufzuweisen. In vielen Fällen geht die Aufstellung eines Erinnerungszeichens, ein Akt der oft am Ende einer intensiven Diskussion steht, von privaten Initiativen aus und stößt in manchen Fällen auf Widerstand von politischer Seite. In einigen Fällen scheint der Druck der medialen Öffentlichkeit Auswirkungen auf die politischen EntscheidungsträgerInnen zu haben und einen Wechsel der Einstellung zu etwaigen Erinnerungszeichen hervorzurufen. Wie in anderen Gemeinden auch, erfolgt in Groß-Enzersdorf keine derartige Initiative von Seiten der Gemeindevertretung. Es wird abzuwarten sein, ob sich Personen finden, welche entsprechenden Druck auf die politische Ebene ausüben können, um entsprechende Änderungen bewirken zu können.

5. Beispiele zu Formen der Erinnerung in Österreich

5.1. Rechnitz

Um zu illustrieren, wie es zu einer kritischen Auseinandersetzung und Aufarbeitung von Verbrechen der Nationalsozialisten auf lokaler Ebene kommen kann, möchte ich einige Beispiele anführen. Dazu ist anzumerken, dass die Beispiele keine Möglichkeiten zur direkten Vergleichbarkeit bieten können, sie beinhalten teilweise umfassendere Verbrechen als den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen am Donau-Oder-Kanal und sollen vor allem den Prozess der Schaffung von Formen der Erinnerung aufzeigen.

Die folgende Darstellung der Ereignisse in Rechnitz kann auf Grund der Länge nur einen unvollständigen Ausschnitt bieten. In umfassender Weise beschäftigt sich das von Walter Manoschek herausgegeben Buch „Der Fall Rechnitz. Das Massaker an Juden in März 1945“ mit dem Geschehen, der Suche und dem Erinnern in Rechnitz.

Im burgenländischen Ort Rechnitz, wie auch in anderen Orten nahe der ungarischen Grenze, wurden ab dem Jahr 1944 die Arbeiten zum „Südostwall“, einem System von Verteidigungsanlagen gegen die sowjetische Armee, begonnen. Der Bau wurde hauptsächlich durch ZwangsarbeiterInnen errichtet. Der Ort Rechnitz wurde vor allem durch das Massaker in Rechnitz, der Ermordung von zumindest 180 ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen in der Nähe des Kreuzstadls des Gutes Batthyány in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945, bekannt. Die beteiligten Täter feierten im Anschluss an die Ermordungen ihr Gefolgschaftsfest am naheliegenden Gut weiter. Das Massengrab der verscharrten Ermordeten konnte trotz intensiver Such- und Grabungsarbeiten nicht gefunden werden.

„Wie in vielen anderen Orten wurde auch in Rechnitz nie die grundsätzliche Arbeit der Auseinandersetzung mit dem NS-Herrschaftssystem geleistet - weder von der politischen Gemeindevertretung, noch auf einer individuellen persönlichen Ebene.“ (Schwarzmayr, Eva; Teuschler Christine (2002))

Die Aufarbeitung der Geschichte wurde im Jahr 1987 durch eine Unterschriftenliste mit der Forderung nach einem Mahnmahl zum Gedenken an die Opfer begonnen. Bei einer Ausstellung in Oberwart wurde erstmals auch der Opfer in Rechnitz erinnert, weiters folgten Dreharbeiten zum Film „Totschweigen“, welcher sich mit der

Situation in Rechnitz und der Aussageverweigerung von Teilen der Bevölkerung zur Auffindung des Massengrabs beschäftigt. Im Jahr 1991 kam es zur Gründung des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. (Rechnitzer Flüchtlings- Und Gedenkinitiative Und Stiftung), der unter anderem die Etablierung eines Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Rechnitz zum Ziel hatte. 1991 wurde eine Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge in Rechnitz, ein Jahr nach deren ursprünglicher Anbringung durch die Initiative von RE.F.U.G.I.U.S., feierlich enthüllt. Ebenfalls wurde ein Gedenkstein nach jahrelangen Debatten enthüllt. Dieser entsprach jedoch nicht dem Wunsch der InitiatorInnen, welche diesen gerne in der Nähe des örtlichen Kriegerdenkmals gesehen hätten, sondern befand sich stattdessen in kleiner Ausführung an der Hinterseite des Schlossparks.

Die Ruine des Kreuzstadls wurde von dem Verein mittels einer Spendenaktion aufgekauft, vor dem Verfall bewahrt und 1993 als „Mahnmal“ im Rahmen einer Gedenkfeier der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben.

Nach einer durch hohe politische Repräsentanten besuchten Gedenkfeier im Jahr 1995 wurde diese Feier als jährliches Gedenkveranstaltung an die jüdischen Opfer beim Bau des Südostwalls etabliert. Der Versuch, das Mahnmal Kreuzstadl als Landesmahnmal beziehungsweise zentrales Mahnmal für alle Opfer des Südostwallbaus zu installieren, scheiterte an der Landesregierung und der nicht durchgeführten Meinungsfindung innerhalb der im Landtag vertretenen Parteien.

Im Jahr 2000 wurde eine private Aktion nach Patenschaftsmuster gestartet, um ein Mahnmal für alle Opfer des Sudostwallbaus zu schaffen. 2001 konnte dank dem Erfolg der privaten Aktion eine Erweiterung des bestehenden Mahnmals für alle Opfer im Zuge einer Gedenkfeier der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben werden.

Heute versucht der Verein, dieses Mahnmal auch mit Leben zu füllen und durch unterschiedliche Projekte, wie jährliche Symposien und Schulkooperationen, Aufmerksamkeit für ein Erinnern und Gedenkarbeit zu wecken. (Schwarzmayr, Eva; Teuschler Christine (2002))

Momentan wird an einer musealischen Aufarbeitung beim Mahnmahl Kreuzstadl gearbeitet. So soll im Jahr 2011 das vorhandene Mahnmal zu einer Gedenkstätte, die als Begegnungs-, Gedenk- und Lernort dienen soll, erweitert werden. In Form

einer permanenten open-air Ausstellung soll dies ermöglicht werden. Die Arbeit des Verein RE.F.U.G.I.U.S. geht weiter. (Email von Eva Schwarzmayer, Verein RE.F.U.G.I.U.S.)

Das Beispiel Rechnitz zeigt meiner Meinung nach, auch wenn es sich hier um ein Mahnmal für ermordete ZwangsarbeiterInnen handelt und nicht "nur" um einen ZwangsarbeiterInnenbau, wie viel Zeit und Aufwand für einen Prozess der Erinnerung notwendig ist.

Mehr als zehn Jahre des privaten Engagements, das auch zur Gründung eines eigenen Vereins führte, sowie andauernde mühsame Überzeugungsarbeit waren notwendig, bis eine erste angemessene Form des Erinnerns geschaffen werden konnte. Der Prozess, der zur Errichtung dieses Mahnmals geführt hat, zeigt auf, wie viele Widerstände zur Aufstellung eines Mahnmals zu überwinden sind. Die lange Dauer des Prozesses hat oft mehrere Gründe, neben dem Widerstand der Bevölkerung und rechtsgerichteten politischen Parteien gibt es auch die Form der Verzögerung. So werden oft grundsätzliche Zusagen gemacht, die tatsächliche Umsetzung oder Förderung eines Vorhabens muss dies jedoch in vielen Fällen noch nicht bedeuteten. Die Einberechnung von vielfachen Verzögerungen und Interventionen sind für die erfolgreiche Umsetzung schlussendlich oft notwendig. Dies zeigt die Erfahrung bei Gedenkprojekten, zeitgeschichtlichen Ausstellungen, sowie die politische Vorgehensweise bei der Beschlussfassung von entsprechenden Gesetzen.

Abgesehen von diesen Hindernissen ist festzustellen, dass die Erinnerungsarbeit oft von privaten Personen aufgegriffen wird, vor allem auf lokaler Ebene scheint nur in seltenen Fällen die Initiative von der entsprechenden Gemeinde auszugehen.

Diese Einschätzung wird auch von der Historikerin Kuretsidis-Haider in manchen Punkten geteilt. Sie schreibt in einer Arbeit über die „Gedächtnislandschaften in Niederösterreich“, dass die Erinnerung an die NS-Herrschaft und den „Ständestaat“ keinen Schwerpunkt im offiziellen staatlichen Gedenken darstellt, sondern vielmehr von kleinen lokalen Initiativen abhängt. Diese Initiativen führen dann zu unterschiedlichen Erinnerungsformen, so dass sich eine Gedächtnislandschaft bilden kann. Sie stellt bei der Betrachtung der Lage in Niederösterreich fest, dass in der

Regel die Gemeinde, nach Initiative von Privatpersonen, im Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss fällt. Es sei hier kein Unterschied zwischen SPÖ oder ÖVP dominierten Gemeinden festgestellt worden, klar sei nur, dass eine solche Initiative in keinem Fall von der FPÖ ausging. Diese stimmte in einzelnen Fällen gegen ein Gedenken von Seite der Gemeinde. Kuretsidis-Haider stellt fest, dass „ohne das Engagement von Privatpersonen (...) es in vielen Fällen kein Gedenken geben (würde).“ (Kuretsidis-Haider, Claudia (2006), S. 57)

Die Historikerin Lisa Rettl beschäftigt sich ebenfalls mit Erinnerungskultur auf lokaler Ebene und stellt fest, dass trotz diverser Initiativen der Landesregierung im Burgenland gewisse Vorbehalte gegen Denkmäler oder andere Zeichen der Erinnerung auf Gemeindeebene bestehen. So beschloss der burgenländische Landtag einstimmig im Jahr 2001 einen Antrag der Grünen Fraktion, welcher die Unterstützung der Landesregierung für die Errichtung von Denkmälern für NS-Opfer und Widerstandskämpfer zusicherte. Die Autorin weist vor allem auf die Zustimmung der FPÖ hin und erklärt diese mit der Situation im Jahr 2001. Diese ist durch die im Jahr 2000 ausgesprochenen sogenannten bilateralen Sanktionen der EU-Mitgliedsstaaten gegen Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ geprägt worden. In Folge dieses Landtagsbeschlusses kam es zu einer Aussendung an alle BürgermeisterInnen im Burgenland, in der um Unterstützung der Gemeinden im Sinne des Landtagsbeschlusses gebeten wurde.

Das Ergebnis dieser Aufforderung der politischen Landesebene an die lokale Gemeindeebene blieb jedoch bescheiden. So gab es weder Initiativen von BürgermeisterInnen der jeweiligen Gemeinden, noch wurden die Hürden und Verzögerungen für private Gedenkinitiativen beseitigt. Aufgrund der mangelnden Fortschritte wurde der Landtagsbeschluss anlässlich des Gedenkjahres 2005 erneuert und eine Projektgruppe eingesetzt. (Rettl, Lisa (2006), S. 75-79)

Ein Beispiel, das den schwierigen Umgang mit dem Gedenken auf lokaler Ebene besonders deutlich aufzeigt, sind die Vorgänge im Ort Kemeten im Burgenland. Für die 200 ermordeten Roma der Gemeinde Kemeten wurde im Gemeinderat ein Antrag auf Errichtung einer Gedenktafel eingebracht. Dieser Antrag wurde im Jahr 2001 sowie im Jahr 2003 mehrheitlich abgelehnt. Bei der Abstimmung im Jahr 2003 stimmten gar nur fünf Gemeinderäte für eine solche Gedenktafel. Der SPÖ-Bürgermeister Nussbaumer sprach sich im Jahr 2005 dafür aus, dieses Ergebnis aus

demokratischen Gründen zu akzeptieren, er verurteile die Vorkommisse damals, meinte aber, dass zum Gedenken keine Tafel notwendig sei.

(<http://burgenland.orf.at/stories/70409/>, Abgerufen am 10. September 2009)

Im Zuge dieser Aussagen und des Abstimmungsverhaltens des Gemeinderats entstand eine heftige Diskussion, und im Jahr 2009 war die Gemeinde soweit, sich auf einen „Geschichtekreis aus einer Nirosta-Metallkonstruktion“ zu einigen. Darin wird eine der 15 geschichtlichen Tafeln dem Schicksal der Roma gewidmet sein. Im März 2009 wurde mir per Mailanfrage von Seiten der Gemeinde versichert, dass die Aufstellung noch im Verlauf des Jahres durchgeführt werden soll. Auf eine weitere Anfrage nach dem voraussichtlichen Datum der Aufstellung im September 2009 wurde mir mitgeteilt, dass es einen solchen Termin noch nicht gibt und auch keine Einschätzung zu einem Aufstellungsdatum abgegeben werden kann.

(Anfragebeantwortungen des Bürgermeisterbüros Kemeten per Mail von 19.3.2009, 17.9.2009 sowie 22.9.2009; siehe Anhang)

Festzuhalten ist, dass die in der burgenländischen Denkmallandschaft am wenigsten repräsentierte NS-Opfergruppe die der Roma ist. Obwohl diese Gruppe neben Juden und JüdInnen am meisten betroffen war, gab es über Jahrzehnte hinweg keine öffentliche Repräsentation dieser Opfergruppe. Für Rettl ist dies „ein deutliches Indiz für ihre jahrzehntelange marginalisierte und von der Mehrheitsbevölkerung isolierte Lebenssituation, die sich nach wie vor in den lokalen Diskussionen um die Errichtung eines Gedenkzeichens in der Gemeinde Kemeten deutlich widerspiegelt.“ (Rettl, Lisa (2006), S. 72)

5.2. Linz

Nach den Betrachtungen zu Rechnitz, in der die Ermordung von ZwangsarbeiterInnen im Zentrum stand, möchte ich nun der Stadt Linz und dessen Infrastruktur aus der NS-Zeit, sowie dem heutigen Umgang mit dieser, Aufmerksamkeit widmen.

Beginnen möchte ich mit der Wohnbaupolitik der Nationalsozialisten in Linz. Als Rahmenbedingung für die Wohnbaupolitik der NS-Zeit galt die Bevölkerungspolitik. Diese sah eine Ausweitung des „Lebensraum nach Osten“ vor und rekrutierte gleichzeitig ZwangsarbeiterInnen aus den besetzten Gebieten, um unter anderem am Ausbau der „Führerstädte“, was in Linz auch den Wohnbau umfasste, mitzuwirken. Wichtig war die Schaffung von Wohnraum, vor allem in Gebieten, in denen für die Rüstungsproduktion viele Arbeitskräfte benötigt wurden. Linz spielte, als von Hitler zur „Führerstadt“ erhobenen Stadt, in diesem Fall eine Sonderrolle, in der nicht nur „Werkswohnanlagen“, sondern auch „Volkswohnungen“ entstanden. Außerdem wollte Hitler die „Führerstadt Linz“ zu einer Metropole ausbauen, welche den Vergleich zu den Donaustädten Wien und Budapest standhalten sollte.

Der Anteil an ZwangsarbeiterInnen beim Bau der Werkswohnungen der Göring-Werke betrug Anfang 1941 schon 80%. Der Ausbau des Wohnraums erfolgte auf Kosten von anderen, in diesem Fall auf Kosten von ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen sowie der vertriebenen und ermordeten Bevölkerungsgruppen.

Wie bei den meisten Infrastrukturprojekten der Nationalsozialisten wurde auch in Linz großer Wert auf die propagandistische Verwertung gelegt. Die bis 1944 geschaffenen 10.000 Wohnungen in Linz erscheinen bei dem rasant gestiegenen Fehlbedarf an Wohnungen auf bis zu 15.000 im Jahr 1943 in einem realistischeren Bild. (Kepplinger, Brigitte (1990), S. 265-279)

Die Autorin Brigitte Kepplinger konstatiert in ihrem Beitrag über die Wohnbaupolitik der NS-Zeit einen durchwegs positiven Bezug der Bevölkerung zu den Bauten. Sie begründet dies im Jahr 1990 mit der „Ausstattung (...), architektonischen Gestaltung und Situierung der Wohnanlagen“, diese würden bei der Bevölkerung besser als die Bauten in den 50er und 60er Jahren abschneiden. (ebda., S. 283)

Die Sachzwänge nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die Wohnanlagen weitergebaut und mit Infrastruktur ausgestattet wurden, sowie die Wahrnehmung der Alliierten die zur Festigung der Opferrolle führte, sollen Gründe für die positive Rolle der Bauten in der Wahrnehmung der LinzerInnen sein. Ebenso sei eine fehlende Identifikationsmöglichkeit der Wohnbauten als NS-Bauten durch die nicht vorhandenen NS-Repräsentativbauten gegeben. Die NS-Bauten seien daher ein „Symbol für die partielle Identifikation weiter Teile der Bevölkerung mit dem NS-System“. Begründet wird dies durch die Autorin mit einer fehlenden Verknüpfung der Verbrechen der Nationalsozialisten mit den NS-Bauten durch die Bevölkerung. (ebda., S. 283)

Laut Information des Archivs der Stadt Linz erinnert bis heute keine Gedenktafel oder ein anderes Erinnerungszeichen an die Geschichte der NS-Wohnsiedlungen und den dort erfolgten Einsatz von ZwangsarbeiterInnen. (Antwortschreiben des Archivs der Stadt Linz, 17.9.2009)

Der Linzer Historiker Michael John bestätigt diese Auskunft des Stadtarchivs und machte im Zuge einer internationalen Konferenz auf einen Aspekt der NS-Wohnbauten aufmerksam. So wurden durch die amerikanischen Alliierten nach dem Krieg in die NS-Wohnbauten jüdische Displaced Persons (DP's) einquartiert und das Gebiet zu exterritorialem Gelände erklärt. Im Jahr 1955 bestand der Wunsch der jüdischen DP's, unter anderem war dort auch Simon Wiesenthal untergebracht, diese Siedlung weiter nutzen zu können. Die Anlage wurde jedoch der Stadt zurückgegeben, diese sprach sich gegen eine solche Nutzung aus und die Siedlung wird bis heute ohne jegliches Erinnerungszeichen zu Wohnzwecken genutzt.

Neben der wesentlichen Rolle des Wohnbaus gab es in der „Führerstadt“ Linz auch weitere Bauvorhaben. Von den zahlreichen Monumentalbauten, die unter anderem eine groß dimensionierte Donaufuferverbauung vorsahen, wurden nur die Nibelungenbrücke und die Brückenkopfverbauung fertig gestellt. Für weitere Bauten fehlten im fortschreitenden Verlauf des Krieges die notwendigen Ressourcen. (Kepplinger, Brigitte (1989), S.76) Die Nibelungenbrücke zeigt den Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit und NS-Baupolitik in einer klaren Weise auf. So wurde für die zum Teil aus Granit gebaute Brücke Material, welches im KZ Mauthausen unter brutalsten Bedingungen abgebaut wurde, verwendet. (Höss, Dagmar; Sommer, Monika; et. al. (Hg.) (2009), S.24)

Um diese zentral in der Stadt Linz gelegenen Bauten der Nationalsozialisten gab und gibt es immer wieder öffentliche Diskussionen. Vor allem die Frage, wie mit diesen Gebäuden heute umgegangen werden soll, führt zu unterschiedlichen politischen wie medialen Positionierungen. Entzündet hat sich die Diskussion im Jahr 2009 vor allem an den Brückenkopfgebäuden. Die im westlichen Gebäudeteil gelegene Kunstuniversität will auch das östliche Brückenkopfgebäude für seine Zwecke nutzen. Dafür sind Adaptionsarbeiten notwendig, diese wurden vom Besitzer der Gebäude, der Bundesimmobiliengesellschaft, ausgeschrieben. Das ausgewählte Architekturkonzept sieht den Aufbau eines gläsernen Kubus auf beide Gebäude vor, mit Jahresende 2009 läuft der Denkmalschutz der Gebäude aufgrund eines Bescheids aus. Der Wunsch des Bundesdenkmalamts, die Gebäude wieder unter Schutz zu stellen, wurde von der Stadt Linz beeinsprucht. Wenn die Gebäude wieder unter Denkmalschutz stehen, ist die Möglichkeit den gläsernen Aufbau durchzuführen eher als gering einzuschätzen. Diese Information bezüglich des Denkmalschutzes wurde zumindest von der Generalkonservatorin im Bundesdenkmalamt, Frau Höhle, bei der Diskussion zur Internationalen Konferenz „Disturbing Remains. Der Umgang mit baulichen Überresten aus dem Nationalsozialismus“ in Linz im September 2009 kundgetan. Diese Ausgangssituation führte zu einer hitzigen Debatte, ob die Bauten in ihrem Urzustand erhalten werden sollen oder ob eine Adaptierung möglich ist. Manche Historiker, wie Betrand Perz, sehen die Notwendigkeit diese Bauten neu zu besetzen, um sie nicht zu „Nazi-Pilgerstätten“ werden zu lassen. Historikerin Brigitte Kepplinger plädiert in der Frage für einen vorsichtigen Umgang und sieht nicht jeden NS-Bau als denkmalschutzwürdig an.

(<http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/art66,112893>, Abgerufen am 17.9.2009)

Im Zuge der Kulturhauptstadt Europas, welche Linz im Jahr 2009 war, gab es auch einige zeitgeschichtliche Projekte. So wurden die Brückenkopfgebäude auch Teil einer künstlerischen Auseinandersetzung, in dem die Künstlerin Hitu Steyeri ein Muster in die Fassade schlagen ließ. Die in der Arbeit „Unter uns“ in die Fassade gezeichneten Linien sollen eine „Landkarte des logistisch perfektionierten Mordes“ darstellen. Die Linien zeigen von Linz aus über Wien in die verschiedenen Vernichtungslager und werfen Fragen zu den „den Bauarbeitern, den Ingenieuren, den Zwangsarbeitern und den Nazi-Architekten“ auf. Im Durchgang des Gebäudes

gibt es erklärende Informationen zu dem Projekt und Video-Installationen.

(<http://derstandard.at/fs/1234507315977/Dekonstruktion-Kunst-ohne-falsche-Fassade>, Abgerufen am 17.9.2009)

Neben den Monumentalbauten prägt Linz vor allem die Ansiedelung der Industrie während des Nationalsozialismus. Die größten damals gegründeten Betriebe und Standorte bestehen noch heute unter anderem Namen weiter. So wurde der Stadtteil Sankt Peter/Zizlau, welcher vor 1938 bewohnt wurde, für die Schaffung eines Hafens, der „Reichswerke Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring Linz“ und der „Stickstoffwerke Ostmark AG“, geräumt und abgerissen. Ab Mai 1938 wurde bei den „Hermann Göring Werken“ mit den Bauarbeiten für die Hochöfen und weitere Gebäude begonnen. Im Zuge der Bombenangriffe der Alliierten wurden die meisten Anlagen zerstört und nach der Verstaatlichung im Jahr 1946 erfolgte der Wiederaufbau. Das Gelände der damaligen „Hermann Göring Werke“ ist heute im Besitz der *voestalpine AG*.

(Anmerkung: Im Folgenden wird der Begriff *voestalpine AG* verwendet, auch wenn von Ereignissen nach 1946 die Rede ist und der Betrieb im Laufe der Konzerngeschichte mehrere Namen trug) Die „Stickstoffwerke Ostmark“ sind heute im weltweit agierenden Konzern *Borealis* eingegliedert, und die *Borealis Agrolinz Melamine GmbH* hat am selbigen Standort heute ihren Hauptsitz.

(<http://www.linz.at/kultur/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2019> ;

<http://www.linz.at/kultur/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2013> ;

Abgerufen am 9. September 2009)

Die *voestalpine AG* setzte im Zuge der Diskussion um die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und entsprechenden Sammelklagen aus den USA eine unabhängige HistorikerInnenkommission unter der Leitung von Univ.-Prof. Oliver Rathkolb zur Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit am Standort zwischen 1938-1945 ein. Im Jahr 2001 wurde die mehrere hundert Seiten umfassende Arbeit der Kommission in zwei Bänden herausgegeben. Rathkolb weist darauf hin, dass der geschichtliche Hintergrund der Werke zwar im öffentlichen Bewusstsein verankert sei, aber keine tiefgreifende und umfassende wissenschaftliche Arbeit zu dem Thema vorgelegen ist, so war zum Beispiel die Gesamtzahl der eingesetzten ZwangsarbeiterInnen unbekannt. Die Anzahl der eingesetzten ZwangsarbeiterInnen und viele weitere Daten konnten unter anderem dank eines Fundes von 30.000

Akten in einem Keller am Werksgelände rekonstruiert werden. So wurde 1944 ein Höchststand an eingesetzten Arbeitskräften verzeichnet. Neben 6.500 österreichischen und deutschen Beschäftigten waren 13.000 ausländische Beschäftigte und ZwangsarbeiterInnen, 2.200 Kriegsgefangene und 5.500 KZ-Häftlinge im Werksbetrieb eingesetzt. Zwischen Ende 1942 und Mai 1945 wurden in den zwei am Gelände eingerichteten Konzentrationslagern, welche Außenlager des KZ Mauthausen waren, insgesamt 7.367 männliche KZ-Häftlinge eingewiesen und als Zwangsarbeiter eingesetzt. In den Lagern „Linz I“ und „Linz III“ herrschten äußerst schlechte Bedingungen, es starben im Lager selbst insgesamt 830 Häftling, 460 davon alleine in den letzten neun Wochen vor der Befreiung. 1.300 Häftlinge wurden nach Mauthausen zurückgebracht, die meisten abgearbeitet, ihr Schicksal ist unbekannt.

Herausgeber Rathkolb bedankt sich für die gute Unterstützung von Seiten der *voestalpine AG*, er weist jedoch auch auf ein abgelehntes Forschungsansuchen im Jahr 1983 hin. Ebenfalls wird auf die Rolle des Direktors der *voestalpine AG* und dessen Rolle bei der Schaffung des Versöhnungsfonds für Zwangsarbeiter hingewiesen. Weiters gab es von Seiten der *voestalpine AG* Diskussionsveranstaltungen mit den Führungsebenen und Betriebsräten, in denen die Frage der Zwangsarbeit am Standort Linz erörtert wurde. (Rathkolb, Oliver (2001), S. 7 ff.)

Neben diesen geschichtlichen Hintergründen interessiert mich vor allem die Form der Erinnerung an diese Verbrechen. Im Jahr 1966 entschließt sich eine Gruppe ehemaliger französischer KZ-Häftlinge, mit eigens gesammeltem Privatgeld eine Gedenktafel für die Opfer des KZ „Linz III“ sowie der anderen Lager in Linz zu errichten. Die Inschrift lautet:

„1944-1945 WAR HIER EIN ZWEIGLAGER DES NAZI-KZ MAUTHAUSEN.
UNGEZÄHLTE DEPORTIERTE ALLER LÄNDER LIESSEN IHR LEBEN FÜR DIE
FREIHEIT DER MENSCHEN.“

Der Historiker Bertrand Perz stellt fest, dass es bis ins Jahr 1966 und auch danach kein Interesse der österreichischen Öffentlichkeit gab, sich für ein Gedenken einzusetzen. „Im Nachkriegsösterreich war wenig Raum für Erinnerungen an NS-Verbrechen und Partizipation der ÖsterreicherInnen daran. An das fünftgrößte

Konzentrationslager auf österreichischem Boden zu erinnern, war in dieser Zeit weder der Stadt Linz, noch der aus den Reichswerken hervorgegangenen VÖEST ein großes Anliegen.“ (Perz, Bertrand; <http://www.werkblatt.at/fallend/perz.htm> , Abgerufen am 12.9.2009)

1999 wird, nicht zuletzt wegen der öffentlichen Debatten rund um das Thema Zwangsarbeit, der Gedenkstein um einige Meter versetzt und um eine auf Schautafeln angebrachte Dauerausstellung erweitert. Das Projekt wird von Belegschaft wie Vorstand der *voestalpine AG* unterstützt, und eine Informationsbroschüre wird aufgelegt. Im Jahr 2001 sind die Schautafeln der Dauerausstellung nicht mehr vorhanden und nach Ansicht von Historiker Perz Ruhe eingeehrt, da die Zahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter durchgeführt wurden. (ebda.)

Auf Anfrage an das Archiv der Stadt Linz wurde mir mitgeteilt, dass der erwähnte Gedenkstein im Jahr 2005 um circa 200 Meter versetzt wurde. Auf Nachfrage, warum dies geschah und warum keine Schautafeln mehr vor Ort zu sehen sind, erhielt ich folgende Erklärung:

„Der Gedenkstein wurde versetzt, weil die Voest das Grundstück, auf dem er stand, verkaufte und der neue Eigentümer die Räumung des Gedenksteins verlangte. Am heutigen Standort ist der Gedenkstein frei zugänglich (sic!).

Die Ausstellung wurde bei einem Sturm schwer beschädigt und wegen fehlender finanzieller Mittel nicht wieder aufgebaut.

Zur Eröffnung (sic!) der Ausstellung im Mai 1999 wurde aber eine Broschüre herausgegeben, die im Anhang die Schautafel-Bilder enthält.“ (Antwortschreiben des Archivs der Stadt Linz, 17.9.2009)

Neben dem Gedenkstein zur Erinnerung an das „KZ Linz I und III“ und der Aufarbeitung der Geschichte durch die *voestalpine AG* hat es mich interessiert, ob am heutigen Werksgelände selbst eine Form der Erinnerung an den geschichtlichen Hintergrund des Werks und den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen bei Aufbau sowie Betrieb des Werks vorhanden ist. Nach telefonischer Auskunft wurde mir von der bei der *voestalpine AG* angestellten Historikerin und Leiterin des Archivs der *voestalpine*

AG, Michaela C. Schober mitgeteilt, dass ihr keine Gedenktafel oder ähnliches am Werksgelände bekannt sei. Sie verwies mich an den „Geschichteclub Stahl“, welchen ich mit der gleichen Frage konfrontierte. Dem Geschichteclub ist keine Gedenktafel oder ähnliches bekannt, ich wurde jedoch auf Folgendes aufmerksam gemacht: „An der Stirnseite des Ost- und Westflügels des ehemaligen sogenannten Betriebsgebäudes 02, später Betriebsgebäude 04, wurde das Symbol HGW erhaben eingemauert. Im Jahre 2007 hat man beide Symbole - angeblich weil man ein Fenster im Gebäude brauchte - weggestemmt. Als wir von diesem Vorhaben hörten, fotografierten wir den Urzustand noch (siehe Anlage).“ (Anfragebeantwortung per Email durch den Geschichteclub Stahl)

Ich finde die Vorgehensweise der *voestalpine AG* und deren Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ist durchaus zwiespältig. So wird zwar auf internationalen und medialen Druck eine vorbildhafte Aufarbeitung der Rolle der ZwangsarbeiterInnen durchgeführt und auch der Versuch der Sensibilisierung der Angestellten für dieses Thema gestartet, sobald das mediale Interesse jedoch zurückgeht, scheinen auch die Aktivitäten der *voestalpine AG* in diese Richtung zu verebben. Als Zeichen dafür können die nach zwei Jahren im Jahr 2001 nicht mehr vorhandenen Schautafeln beim Gedenkstein außerhalb des Werksgeländes gesehen werden. Laut Auskunft des Archivs der Stadt Linz scheiterte die erneute Aufstellung der Schautafeln an fehlenden finanziellen Mitteln. Durchaus interessant, dass im Jahr 1999 Finanzmittel für Schautafeln vorhanden waren, jedoch ein paar Jahre später dafür kein Geld mehr vorhanden war. Weiters finde ich es doch erstaunlich, dass acht Jahre nach Erscheinen des wissenschaftlichen Berichts kein Bedarf für ein Erinnerungszeichen am Werksgelände selbst gesehen wird. So erinnert weiterhin ein Gedenkstein, mit einer sehr allgemeinen Textierung aus dem Jahr 1966 an die beiden Konzentrationslager im Werksgelände, dieser ist jedoch außerhalb des Werksgeländes aufgestellt. Neben einem Erinnerungszeichen am Werksgelände selbst, welches auf die inhaftierten KZ-Häftlinge hinweist, wäre meiner Meinung nach auch die Erinnerung an die eingesetzten ZwangsarbeiterInnen und deren Rolle im Aufbau eines heute noch bedeutenden Industriebetriebes in Österreich mehr als überfällig. Neben einem Erinnerungszeichen wäre auch die innerbetriebliche Auseinandersetzung und Bewusstseinschaffung sicher nicht von Nachteil. Es scheint jedoch hier, sowie bei anderen Situationen, des externen Druck zu bedürfen, beziehungsweise der Motivation und des Engagements von einzelnen

Privatpersonen um ein solches Erinnern zu betreiben. Ebenfalls interessant scheint mir das vom *Geschichteclub Stahl* geschilderte Vorgehen bezüglich der Entfernung des „Herrmann Göring Werke Logos“ zu sein. Dieses sei laut Geschichteclub Stahl „angeblich“ wegen eines im Gebäude benötigten Fensters entfernt worden. Angenommen die Vermutung des Clubs sei richtig und die Arbeiten hatten nur die Entfernung des Logos zum Zweck, stellen sich einige Fragen. Die Entfernung eines Symbols aus der Vergangenheit, um deren Spuren zu beseitigen, scheint mir eine etwas zu einfache Vorgehensweise zu sein. Anstatt bauliche Überreste aus der damaligen Zeit einfach zu beseitigen, wären ein reflektierter Umgang und die Erklärung der Symbole sowie deren Hintergrund eine bessere Methode. Natürlich wird diese Frage nach der Erhaltung beziehungsweise der Beseitigung von Bauwerken und Symbolen kontroversiell diskutiert. Jedoch bin ich der Meinung, dass die reine Beseitigung solcher Bauten nicht zielführend ist, weil dadurch ein Ort der Auseinandersetzung verschwindet und diese dann eventuell nicht oder in anderem Rahmen stattfindet.

Im Fall der *voestalpine AG* scheint auch die sonst mit Erinnerungsarbeit durchaus beschäftigte Stadt Linz kein sonderliches Interesse an der Situation am Werksgelände selbst zu haben und konzentriert sich eher auf die Auseinandersetzung mit den Monumentalbauten Brückenkopfgebäude sowie Nibelungenbrücke im Stadtzentrum.

Bei den auf dem Gelände der ehemaligen Ostmärkischen Stickstoffwerken heute untergebrachten *Borealis* Betrieben gibt es laut Auskunft einer Konzernsprecherin ebenfalls keine öffentlich einsichtbaren Hinweise auf die Vergangenheit des Standorts. Eine detaillierte Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte fand dort im Gegensatz zur *voestalpine AG* nicht statt. Dies kann wohl auf den fehlenden internationalen Druck zurückgeführt werden, der bei *Borealis* im Gegensatz zur *voestalpine AG* nicht bestand. (Anfragebeantwortung durch *Borealis*, 25.10.2009)

Eine gewisse Analogie besteht in diesem Fall zur Gedenktafel-Situation beim heutigen Öllager Lobau. (siehe Kapitel: Erinnerungsraum Groß-Enzersdorf & Lobau) Dort existiert lediglich eine Informationstafel über die Rolle der Franzosen im Jahr 1809, ein Mahnmal wurde bei einer Sitzung der zuständigen Bezirksvertretung im

Jahr 2008 beschlossen, jedoch noch nicht realisiert. Bis zur Errichtung erinnert nichts an die Rolle der ZwangsarbeiterInnen und deren Schicksal bei der Errichtung dieser Industrieanlage.

Der Historiker Michael John sieht einen wichtigen Schritt in der Aufarbeitung der Stadtgeschichte im Beschluss des Linzer Gemeinderats zur Durchführung des wissenschaftlichen Projekts „Nationalsozialismus in Linz“ im Jahr 1996. So wurde ein 1.700 Seiten umfassendes Werk zu „Nationalsozialismus in Linz“ im Jahr 2001 veröffentlicht und in vielen Diskussionsveranstaltungen, Symposien, Denkmalsetzungen und Straßenumbenennungen eine Auseinandersetzung mit dem Thema gesucht. John greift die vorgenommene Unterteilung von Zeitabschnitten durch eine Publikation des Linzer Archivs auf und sieht drei bedeutende Zeitabschnitte nach der NS-Zeit. Diese seien für die Aufarbeitung der Geschichte die „Besatzungszeit 1945-1955“, „Selektive Wahrnehmung 1955-1985“ sowie „Verstärkte Auseinandersetzung 1986-2005“ gewesen. Für die heutige Zeit konstatiert John eine weitere Umbruchsphase welche zu heftigen Diskussionen in der Stadt sowie in anderen Ländern führt. Die Umbruchsphase erklärt der Autor durch die langsame Abnahme an ZeitzeugInnen und die dadurch neu entstehenden Formen der Erinnerung. Die Vorbereitung eines „mediengestützten Gedächtnisses“ wurde im Zuge der Europäischen Kulturhauptstadt Linz 2009 nicht ergriffen, da es keinen „Anstoß zu einer nachhaltigen Musealisierung, zu einer spezifischen Dokumentationsstelle in Linz“ gegeben hat. (John, Michael (2009) Der Aufarbeitungsbeschluss des Linzer Gemeinderates, <http://www.stadt-im-glueck.at/text/30> , Abgerufen am 9.September 2009)

Positiv wird jedoch die Aktion „IN SITU“ hervorgehoben, bei der Stellen der Stadt, an denen Taten der Nationalsozialisten erfolgten, Informationstexte am Boden aufgesprayt wurden. Diese Form der Erinnerung sei in einigen deutschen Städten allgegenwärtig und lässt auf „die Erinnerungsstrategie deutscher Städte“ schließen. Auch die Frage des Stellenwerts der Aufarbeitung des Nationalsozialismus im Zuge der Europäischen Kulturhauptstadt 2009 wurde thematisiert. So wurde von manchen Medien kritisiert, dass dem Nationalsozialismus zu viel Aufmerksamkeit zuteilwurde und somit die Stadt in ein falsches Licht gerückt werde. (ebda.)

Das Team von HistorikerInnen hinter der Aktion „IN SITU“ vermutet, dass viele LinzerInnen über die NS-Vergangenheit der Stadt Bescheid wissen und vor allem die „architektonischen Manifeste des NS-Regimes“ Eingang in das kollektive Gedächtnis gefunden haben. Die Aktion „IN SITU“ versucht auch die Orte des Terrors und Verbrechens, die sich über die ganze Stadt ziehen, bekannt und öffentlich zu machen, um diese Orte auch zu einem Teil der Erinnerung werden zu lassen. (Höss, Dagmar; Sommer, Monika; et. al. (Hg.) (2009), S.5)

Neben der Betrachtung zur Lage am Werksgelände der *voestalpine AG* ist der Umgang der Stadt Linz mit den Bauwerken aus der NS-Zeit unterschiedlich ausgeprägt. Unbestritten ist der durchaus breit getragene Wunsch der Stadtregierung, die nationalsozialistische Geschichte der Stadt zu erforschen und aufzuarbeiten. So werte ich zumindest die umfassende Aufarbeitung, welche 1996 in Auftrag gegeben und wissenschaftlich durchgeführt wurde. Unbestritten ist ebenso, dass es vor diesem Beschluss, wie auch in anderen österreichischen Städten wenig Bewusstsein für die nationalsozialistische Vergangenheit und deren Aufarbeitung gab.

Vor allem die Aktivitäten während des Jahres der Europäischen Kulturhauptstadt stellen einen größeren Schritt zur Aufarbeitung und vor allem der Konfrontation der Bevölkerung mit historischen Ereignissen dar. So machen Projekte wie IN SITU und „Unter uns“ in der Stadt auf niederschwellige Art Geschichte zugänglich. Es wird nicht nur einmalig eine Gedenktafel errichtet, welche eventuell an einer wenig frequentierten Stelle angebracht wird und deren Text vielleicht nicht verständlich ist, sondern eine offene Weise der Vermittlung von Wissen gewählt. So ist kein Besuch eines Museums oder einer Bibliothek und das dazugehörige Interesse von Nöten, um Informationen über die NS-Geschichte der Stadt und deren Bauten zu erfahren, sondern diese wird direkt vor Ort erklärt.

Diese Beschreibung trifft vor allem auf viele Orte im Stadtzentrum von Linz zu. Ein Beispiel ist die künstlerische Auseinandersetzung mit den Brückenkopfgebäuden im Zuge der Aktion „Unter uns“ und die Markierung von Orten der NS-Verfolgung durch IN SITU. Was aber auch in Linz noch fehlt, ist die Auseinandersetzung mit den NS-Wohnbauten, welche umgangssprachlich auch heute noch oft und unreflektiert

„Hitler-Bauten“ genannt werden. Das Wissen um den historischen Hintergrund des Baus scheint auch hier wie in den meisten Fällen gegeben zu sein, eine Aufarbeitung und Konfrontation der Politik sowie der Bevölkerung mit diesem Thema hat aber noch nicht stattgefunden. Auch der Erinnerung an die Rolle der ZwangsarbeiterInnen im Aufbau sowie Betrieb der heutigen *voestalpine AG* Werke scheint keine Bedeutung zuzukommen.

5.3. Wiener Fasangartenkaserne

In Wien wurden vom NS-Regime nur wenige der geplanten Bauten tatsächlich realisiert. So wurden die zahlreich propagandistisch angekündigten Wohnbauten, welche an die Gemeindebauten des „Roten Wiens“ der 1920er Jahre anknüpfen sollten, im Gegensatz zur Stadt Linz, wo viele Wohnbauten entstanden, nicht realisiert. (vgl. Kapitel: Linz)

Neben den sichtbarsten Zeichen der NS-Baupolitik, den sogenannten Flaktürmen, im Wiener Stadtgebiet, auf welche ich hier nicht detaillierter eingehen werde, da diese in der Literatur als Kriegsbauwerke definiert werden und nicht als Infrastrukturbauten gelten, (vgl. Weihsmann, Helmut (1998), S. 1045) stellen die Fasangartensiedlung sowie die Fasangartenkaserne zwei der wenigen noch bestehenden Bauten des NS-Regimes dar. Diese Gebäude, im heutigen 13. Wiener Gemeindebezirk und in unmittelbarer Nähe zum Schloss Schönbrunn gelegen, wurden 1938-1940 durch das Baubüro der SS mit dem Heeresbauamt zum Teil mit Hilfe von Häftlingen erbaut. Die Fasangartensiedlung war eine Wohnhausanlage für Offiziere der Waffen-SS und wird heute teilweise noch als „SS-Siedlung“ bezeichnet. Neben Einfamilienhäusern für die Ranghöchsten, wurden auch circa 100 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern nach Wünschen der Offiziere durch Häftlinge errichtet. Nach dem Krieg wurden die Bauten von den Alliierten genutzt und 1955 an das Österreichische Bundesheer übergeben. (Weihsmann, Helmut (1998), S. 1045)

Die Fasangartenkaserne, heute als Maria-Theresien-Kaserne des Österreichischen Bundesheers und Standort des Militärkommandos Wien bekannt, ging auf fertige Baupläne des austrofaschistischen Ständestaats zurück, welcher eine „Dollfuß-Führerschule“ errichten wollte. Die Baupläne wurden vom Baubüro der SS stark umgearbeitet und ein „nordisches, preußisches Schloss“ entstand in unmittelbarer Nähe zum Schloss Schönbrunn. (ebda.) Laut Weihsmann ein eindeutiges Zeichen des „imperiale(n) Machtgehabe(s) der NS-Elite“. Das Gelände umfasst mehrere Bauten sowie ein Kasernengebäude, welches auf Grund seiner „monumentalen Art und für den Geist des Nationalsozialismus wohl charakteristischsten seiner Art“ zählte und dem Autor zufolge unter Denkmalschutz gestellt werden sollte. (ebda.) In einem Gespräch mit der Generalkonservatorin des Österreichischen Bundesdenkmalamts, Eva Maria Höhle, am Rande der internationalen Konferenz

„Disturbing Remains“ wurde die Darstellung Weihsmanns leicht angezweifelt. Laut den ihr bekannten Bauplänen seien die Abänderungen der Baupläne durch die Nationalsozialisten eher gering gewesen. Sie wies darauf hin, dass die Kaserne ex lege durch den Besitz des Bundesheers unter Denkmalschutz stehe und dieser auch nach einem etwaigen EigentümerInnenwechsel verordnet werden würde. Die ehemalige SS-Wohnsiedlung stehe hingegen nicht unter Denkmalschutz.

Die Fasangartenkaserne ist abseits des Baus durch die Nationalsozialisten auch deshalb interessant, da sich dort ein Außenlager des KZ Mauthausen befand. In der Kraftfahrtechnischen Lehranstalt (KTL) der Waffen-SS, welche sich am Gelände der Fasangartenkaserne befand, wurden für Versuche eines selbsternannten Naturforschers namens Viktor Schaubberger fünf Häftlinge des KZ Mauthausen zur Verfügung gestellt. Die Häftlinge hatten Wissen in der Metallbearbeitung und wurden daher für Versuche in der alternativen Antriebsforschung zwischen 1944 und 1945 eingesetzt. (Benz, Wolfgang (2006) S. 456)

Auf Anfrage beim österreichischen Bundesheer, ob an der Kaserne eine Tafel oder Ähnliches an die Umstände und Hintergründe des Baus erinnere, wurde mir nur kurz mitgeteilt, dass „es seit 1967 vor der Maria-Theresien-Kaserne eine Tafel zum Jahr des Baubeginns und zur Benennung der Kaserne gibt.“ (Anfragebeantwortung per Email des österreichischen Bundesheers, 7.4.2009)

In einem Artikel der Stadtzeitung Falter wird darauf aufmerksam gemacht, dass es zwar diese Tafel gibt, diese jedoch nur auf das Baujahr 1940 hinweist, ohne den Bauherren, das Baubüro der SS oder das KZ-Außenlager, zu erwähnen.

(<http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=357>, Abgerufen am 13.9.2009)

Bemerkenswertes Detail ist neben dem nicht vorhandenen Gedenken und Erinnern an die Geschichte des Baus der Kaserne sowie an die Wohnanlage, beziehungsweise an die KZ-Häftlingen, die Tatsache, dass dem Bundesheer gewisse Denkmäler durchaus wünschenswert erscheinen. So wurde im Jahr 2000, zum 33. Jahr der Umbenennung der Kaserne in Maria-Theresien-Kaserne, beim Eingang eine 400kg schwere Bronzestatue der als „Förderin der Armee“ geltenden ehemaligen Kaiserin Maria Theresia enthüllt. Finanziert wurde diese durch die Hilfe von privaten Sponsoren und Spendengeldern.

Ebenfalls aufschlussreich ist die Textierung der entsprechenden Pressemeldung auf der Homepage des Bundesheers. Dort findet sich zur Geschichte der Kaserne folgender Satz: „Die im Jahr 1940 errichtete Maria Theresien-Kaserne wurde von 1945 bis 1955 von der britischen Besatzungsmacht genutzt und danach von der B-Gendarmerie übernommen.“ (<http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1829>, Abgerufen am 13.9.2009)

Im österreichischen Bundesheer scheint kein ausgeprägtes Bewusstsein für entsprechende Gedenkinitiativen vorhanden zu sein. Die Aufarbeitung der Geschichte scheint ebenfalls keine besondere Bedeutung in dieser Institution zu haben. So wird in der Gedenktafel lapidar auf das Baujahr verwiesen, jeglicher Hintergrund wird verschwiegen. Weder Bauherr noch KZ-Außenlager scheinen eine Erwähnung wert zu sein.

Das vorherrschende Geschichtsverständnis im Bundesheer scheint in diesem Fall in der völligen Ausblendung des NS-Regimes zu bestehen. So wird zur Geschichte der Kaserne zwar die „britische Besatzungsmacht“ und deren Nutzung der Kaserne erwähnt, also geschichtlichen Vorkommnissen durchaus Platz eingeräumt, die Erbauung und damalige Nutzung als Infrastruktur des Vernichtungskrieges, scheint den Verantwortlichen nicht wesentlich zu sein. Bemerkenswert finde ich vor allem, dass es durchaus ein Interesse für historische Gegebenheiten im Umfeld dieser Kaserne zu geben scheint, so wird immerhin der neuen Namensgeberin der Kaserne ein Denkmal in zentraler Lage und massiver Ausführung gewidmet. Es kann hier also nicht die Rede davon sein, dass hier gar keine geschichtliche Auseinandersetzung stattfindet, anscheinend findet diese jedoch nur mit einfacheren und unverfänglicheren Ereignissen wie Personen statt.

Besonders hinterfragenswert erscheint dieses Vorgehen, wenn man sich die mehrere Monate andauernde Anwesenheit von mehreren Hunderten jungen Grundwehrdienern vor Augen hält. Diese Grundwehrdiener leisten ihren Dienst in einer historisch aufgeladenen Umgebung ab und erhalten über die geschichtlichen Hintergründe keinerlei Informationen. Dies ergab zumindest eine nicht repräsentative, informelle Befragung von einigen ehemaligen Grundwehrdienern, die in der Maria-Theresien-Kaserne stationiert waren. Alle gaben an, keinerlei Information durch das Bundesheer über die Geschichte des Standortes erhalten zu haben.

Auch dem zuständigen Ministerium für Landesverteidigung scheint dieses Thema nicht sonderlich wichtig zu sein. Das folgende Beispiel hat zwar nicht direkt mit dem Umgang der Bauten aus dem Nationalsozialismus zu tun, zeigt aber doch die geringe Bedeutung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Bundesheer auf. Während in Deutschland die Ehrung von Hitler-Attentäter Graf von Stauffenberg eine wesentliche Rolle spielt und auch Kasernen nach Widerstandskämpfer benannt wurden, ist dies in Österreich nicht der Fall. An den Widerstandskämpfer Robert Bernardis, welcher am Attentatsversuch auf Hitler am 20. Juli 1944 teilnahm, erinnert seit 2004 lediglich eine Gedenktafel an der Heeresunteroffiziersakademie Enns. (<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1235>, Abgerufen am 13.9.2009)

Eine von Bundespräsident Fischer vorgeschlagene Umbenennung des Innenhofs der Wiener Rossauerkaserne nach einem Widerstandskämpfer wurde im Jahr 2004 von einer „unabhängigen Denkmal-Kommission“ des Bundesheers abgelehnt und auch vom damaligen Verteidigungsminister Platter nicht für notwendig erachtet.

(<http://www.news.at/articles/0430/10/87527/streit-kasernen-namen-platter-benennung-widerstandskaempfern>, Abgerufen am 13.9.2009) Die Umbenennung der gesamten Kaserne nach Bernardis wurde von den Grünen und ÖVP-Nationalratsabgeordneten Lichtenstein gefordert, jedoch nicht umgesetzt.

(http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040726_OTS0090, Abgerufen am 13.9.2009) Im Jahr 2005 erfolgte dann die Umbenennung des Innenhofes, die Aufstellung einer Skulptur und einer Gedenktafel nach dem Widerstandskämpfer Carl Szokoll. (<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2388>, Abgerufen am 29.9.2009) Von einer Benennung einer Kaserne des Bundesheers nach einem Widerstandskämpfer oder gar einem Deserteur der Wehrmacht ist bis heute keine Rede.

6. Schlussbetrachtung

Die langsam aussterbende Generation der ZeitzeugInnen der Shoa führt zur Transformation des Erinnerungsprozesses und verstärkt die Notwendigkeit von Formen der kollektiven Erinnerung. Die Stärkung des kollektiven Gedächtnisses durch kulturelle Aktivitäten und die Setzung von Erinnerungszeichen wird immer wesentlicher, um Vergangenheit überhaupt entstehen zu lassen, wie es Peter Reichel etwas überspitzt formuliert.

Dieser Wandel hin zum kollektiven Gedächtnis sowie die Interpretation der Vergangenheit durch Zeichen der Erinnerung führen zu Konflikten auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene. Pierre Nora konstatiert, dass es zumindest auf nationaler Ebene gar kein Gedenken mehr gibt, welches nicht politisch und parteiisch wäre. Diese Konflikte leiteten in Österreichs Erinnerungskultur ab dem Jahr 1986 im Zuge der sogenannten „Waldheim-Affäre“ einen langsamen Wechsel ein, in dem auch die Rolle als Mitschuldige im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust eingeräumt wurde.

Die politisch geprägte Erinnerungskultur auf nationaler Ebene sieht Nora in einem Konkurrenzverhältnis zum verstärkt aufkommenden Erinnern auf lokaler Ebene. Im Rahmen dieser Arbeit und der Betrachtung einzelner lokaler Fälle wurde jedoch ein anderes Bild offensichtlich. So begannen die diversen lokalen Erinnerungsinitiativen und deren Tätigkeit erst nach dem Bruch in Österreichs Erinnerungskultur auf nationaler Ebene ab dem Jahr 1986. Es wurde klar, dass zumindest bei Betrachtung der Beispiele in Österreich lokales Erinnern meistens erst nach einer Festlegung auf nationaler Ebene entstehen kann. Dies lässt jedoch nicht den Umkehrschluss zu, dass eine Änderung auf nationaler Ebene zu Änderungen im lokalen Erinnern führen muss, auch wenn dazwischen mehr als 20 Jahre vergehen.

Die Theorie von Sznajder und Levy, welche von einer wechselseitigen Beeinflussung von lokalen und globalen Formen der Erinnerung im Angesicht der Globalisierung sprechen, scheint in diesem Fall treffender. Sie sehen eine Dynamik zwischen Globalem und Lokalem, welche durch das kosmopolitische Gedächtnis in Gang gesetzt wird. Diese wechselseitige Beeinflussung ist mitverantwortlich für den Wandel der österreichischen Erinnerungskultur und dem erstmaligen Eingeständnis der Mitschuld im Jahr 1991. Dies kann nicht als national eigenständig getroffene

Änderung ohne die Beeinflussung der Vorgänge in Europa mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur und einem auch medial globalisierten Erinnern gesehen werden. Auch die Rolle Deutschlands und deren Aufarbeitung beeinflusste die Erinnerungsarbeit und Sicht auf die Vergangenheit in Österreich. So kam es zum Beispiel zuerst in deutschen Städten zur Sichtbarmachung von Schauplätzen des NS-Verbrechens auf Straßenböden und Linz folgte dieser Aktion im Jahr 2009 durch die Initiative IN SITU. Zwar ist für Aktionen auf lokaler Ebene eine gewisse Aufarbeitung auf nationaler Ebene notwendig, jedoch können auch lokale Initiativen Auswirkungen auf die Erinnerungskultur auf nationaler Ebene haben. Ein Beispiel hierfür ist die durch eine Privatinitiative begonnene Aufarbeitung im Burgenländischen Ort Rechnitz, welche auch landespolitische Beschlüsse zur Folge hatte. Auch kann es durch einzelne lokale Initiativen zu weiteren Aktionen auf lokaler Ebene kommen. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Linz etwa ist beispielhaft für andere Städte, wie man nun, mit zehnjähriger Verspätung, in der Stadt Salzburg sehen kann. Die wechselseitige Beeinflussung zwischen lokalen, nationalen sowie globalen Vorgängen kann zumindest durch das österreichische Beispiel als bestätigt angesehen werden. Meiner Meinung nach ist dieses Wechselspiel notwendig, um umfassendes und funktionierendes Erinnern zu ermöglichen. Globales Erinnern muss auch lokale Formen zufolge haben, um zu funktionieren. Eine Erinnerungsform bedingt hier die Existenz der anderen und diese stehen, meiner Meinung nach, in Interdependenz.

Denkmäler und Erinnerungszeichen können über das geschichtliche Selbstverständnis von Orten, Ländern und Nationen sprechen und Einblick in die Beurteilung der NS-Vergangenheit bieten. So führen auch die Denkmalsetzungen zu Konflikten, die meistens, wie Heidemarie Uhl feststellt, durch einen Kulturkampf zwischen links und rechts geprägt sind. Dieser Kulturkampf ist meiner Meinung nach auf nationaler Ebene gut zu beobachten, dies zeigen einige Beispiele im Kapitel zur österreichischen Erinnerungskultur nach 1945. Auf lokaler Ebene konnte ich zumindest bei meinen Beispielen keine wesentlichen Unterschiede im Gebaren von Links und Rechts feststellen. Auch die Historikerin Kuretsidis-Haider sieht in der niederösterreichischen Erinnerungslandschaft keinen Unterschied zwischen ÖVP oder SPÖ geführten Gemeinden. Bei meinem Untersuchungsgegenstand äußerte sich der SPÖ Bürgermeister in einem Interview zur Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung sowie einer etwaigen Denkmalsetzung gar nicht.

Die Erinnerung und Zeichensetzung der letzten zwei Jahrzehnte bezieht sich in Österreich, sofern sie vorhanden ist, in vielen Fällen auf die Opfer des Nationalsozialismus im Allgemeinen. Dies ist meiner Meinung nach ein wesentlicher und notwendiger Schritt beim Aufarbeiten der Geschichte. Bei der Ausformung der Erinnerungskultur bezüglich baulichen Überresten des Nationalsozialismus sieht es etwas anders aus. Diese baulichen Überreste sind ideologisch aufgeladen und sind Zeichen des nationalsozialistischen Systems und deren Implikationen, welche bis in die Gegenwart hineinreichen. Diese sind, wie es Aleida Assmann formuliert, kontaminiert und benötigen im Zuge der Erinnerungsarbeit eine Dekontamination. Diese Dekontaminationsarbeit ist jedoch bei den baulichen Überresten noch nicht weit fortgeschritten. So gibt es, wie bei der internationalen Konferenz „Disturbing Remains“ von deutschen Vortragenden erklärt wurde, nach vielen Bemühungen auf den Nürnberger Reichsparteigelände seit einigen Jahren ein Dokumentationszentrum, welches den Hintergrund der Bauwerke erklärt. In München gibt es Pläne, solch ein Zentrum bis ins Jahr 2012 fertig zu stellen. In Österreich ist die einzige, im Zuge dieser Arbeit aufgefundene Auseinandersetzung mit Bauwerken aus dem Nationalsozialismus, die temporäre Abschlagung der Fassade der Linzer Brückenkopfgebäude im Rahmen der „Europäischen Kulturhauptstadt Linz 2009“. Auch weisen drei Bodenkennzeichnungen im Zuge von IN SITU in Linz auf bauliche Überreste hin. Auf den Hintergrund des heutigen *voestalpine AG* Werks sowie die weiteren Industrieanlagen und Wohnbauten aus dem Nationalsozialismus weist in Linz keinerlei Zeichen hin. In Wien gibt es ebenfalls keine Erinnerungszeichen an der heutigen Maria-Theresien-Kaserne, den Flaktürmen, oder eben den in dieser Arbeit behandelten Donau-Oder-Kanal.

Im Gegensatz zu den dauernd bestehenden Dokumentationszentren in Nürnberg und bald auch in München ist in Linz nicht klar, wie nach dem „Kulturhauptstadt-Jahr Linz 2009“ mit den baulichen Überresten umgegangen werden soll und in welcher Form daran erinnert werden wird.

Im Fall des Donau-Oder-Kanals deutet nichts auf eine Zeichensetzung zur Erinnerung an die eingesetzten ZwangsarbeiterInnen und den Bau des NS-Systems hin. So sprach sich eine Mehrheit der Befragten grundsätzlich für ein Erinnerungszeichen in Form einer Gedenktafel aus, auch die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen wurde befürwortet, jedoch gibt es bislang von Seiten der

politisch Verantwortlichen Verweigerung in dieser Frage. Erstaunlich ist für mich gewesen, dass bei der Bevölkerung sowie auf politischer Ebene der Bau zeitlich richtig eingeordnet wurde und als NS-Bau bekannt ist. Es ist also bekannt, dass es sich um einen NS-Bau handelt, das Bewusstsein dafür, dass es sich hier um einen mit NS-Ideologie kontaminierten Ort handelt, ist anscheinend nicht gegeben. Die Verknüpfung zwischen Bauwerk und Unrechtssystem, mit den damit einhergehenden Verbrechen wie der systematischen Vernichtung und Ausbeutung ganzer Bevölkerungsgruppen, wird von weiten Teilen der Bevölkerung anscheinend nicht wahrgenommen, beziehungsweise als so unwesentlich erachtet, dass dafür keine Dekontaminierung in Form von Erinnerungsarbeit vonnöten wäre. Die Problematik von NS-Bauten und die fehlende Auseinandersetzung mit diesen haben ihren Weg anscheinend noch nicht ins kollektive Bewusstsein geschafft.

Im Fall des Donau-Oder-Kanals kann meiner Ansicht nach zwar nicht unbedingt von rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften, wie sie von Aleida Assmann bezeichnet werden, jedoch von divergierenden Interessen, welche ihren Weg noch nicht in öffentliche Sphären gefunden haben, gesprochen werden. Es ist unklar, ob es hier auf lokaler Ebene zu einem Erinnerungsprozess kommen wird und im Zuge dessen auch rivalisierende Erinnerungsgemeinschaften entstehen und offensichtlich werden.

Weiters ist festzuhalten, dass durch den Schritt von Initiativen zur Erinnerungsarbeit in die Öffentlichkeit, die im Theorieteil angesprochenen rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften erst entstehen können. Ein Prozess des Schweigens muss zuerst durchbrochen werden und führt dann oft auf öffentlicher Ebene zum Aufbrechen von unterschiedlichen Erinnerungserzählungen, welche wiederum die rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften entstehen lassen können. Dieses Konkurrenzverhältnis hat Einfluss auf den Prozess der Erinnerung sowie auf das Ergebnis eines Erinnerungsprozesses, welches unter Umständen ein Erinnerungszeichen sein kann. Die Ausformung und Platzierung dieses Erinnerungszeichens wird in vielen Fällen durch diese Konflikte beeinflusst.

Meiner Meinung nach wäre eine Auseinandersetzung mit diesem Thema auf lokaler Ebene, wofür auf nationaler Ebene eventuell davor ein Bewusstsein geschaffen werden könnte, durchaus notwendig. Als Ergänzung zu den noch unvollständigen Erinnerungsprozessen, die den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet sind, wäre auch die Ebene der baulichen Überreste als Erweiterung in den Prozess mit

einzu beziehen. Dadurch könnte die weitreichende Systematik des NS-Regimes anhand von lokal noch bestehenden Bauwerken aufgezeigt und anschaulich gemacht werden.

Eine solche Erinnerungsarbeit kann bei den gegebenen Voraussetzungen am Donau-Oder-Kanal und in Anbetracht der Erinnerungsprozesse in anderen Orten, wie zum Beispiel Rechnitz oder Linz, aufgrund des Desinteresses der politischen Ebene meiner Meinung nach nur durch eine private Initiative erreicht werden. Im Zuge der Befragung meldeten zumindest zwei Personen Interesse an Informationen zu einer eventuellen Denkmalsetzung an. Der Prozess, der zur Setzung eines Erinnerungszeichens führen könnte, ist erfahrungsgemäß ein recht langwieriger, welcher von der Erzeugung von Druck auf die Verantwortlichen abhängig ist. Dieser Druck wurde bei einigen Erinnerungsprozessen mit Hilfe von Organisationen, Vereinen, Unterschriftenlisten, Spendenaktionen und vor allem medialer Berichterstattung erzeugt. Diesen Druckmitteln kommt in Erinnerungsprozessen, die zu einer Errichtung eines Erinnerungszeichens führen können, jedoch nicht müssen, eine wesentliche Bedeutung zu.

Im Zuge der Recherche und der Arbeit hat sich gezeigt, dass eine weitere Bearbeitung dieses Themenfelds notwendig wäre. So gibt es keine vollständige und öffentlich zugängliche Erfassung aller Bauwerke der Nationalsozialisten in Österreich. Studien zu den Bauwerken sowie deren Funktionsweisen zur damaligen Zeit und deren Nutzung in der zweiten Republik sind noch nicht vollständig vorhanden. Es wäre notwendig, diese Bauten als NS-Bauten wissenschaftlich zu identifizieren und danach eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Thema zu führen. Diese kann sowohl auf nationaler wie lokaler Ebene geführt werden. Es stellt sich im Einzelfall die Frage, ob ein Erinnern in Form einer Zeichensetzung am Objekt und am Ort selbst zielführend ist oder ob eine Gesamtdokumentation und Aufarbeitung in Form eines zentralisierten Dokumentationszentrums sinnvoller ist. Weitere Forschungsprojekte in dieser Hinsicht wären in Österreich, meiner Meinung nach, auf jeden Fall notwendig.

7. Anhang

7.1. Literaturangabe

- Monographien und Aufsätze:

Assmann, Aleida (2003) Erinnerungsräume, München

Assmann, Aleida (2006) Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München

Benz, Wolfgang (Hg.) (2006) Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager; Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück; S. 456. München

Borsdorf, Ulrich; Grütter, Heinrich Theodor (Hrsg.) (1999) Orte der Erinnerung; Denkmal, Gedenkstätte, Museum. Frankfurt am Main

Botz, Gerhard (2008) Nationalsozialismus in Wien; Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, 1938/39. Wien

Brunner, Karl; Schneider, Petra (Hrsg.) Umwelt Stadt, Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien, S. 368. Wien

Bugl, Robert; Grabenschweiger, Andreas (2007) NS-Zwangsarbeit in ‚Groß-Wien‘ 1939-1945. Zivile ausländische ZwangsarbeiterInnen in der Rüstungsindustrie. Diplomarbeit; zit. aus dem Bericht der Österreichischen Historikerkommission, S. 10, S. 200 ff.. Wien

Egger, Manuela (2007) Gedenken, Erinnern und Vergessen; Denkmal und Gedächtnis als Formen des politischen Erinnerns, Diplomarbeit. Wien

Höss, Dagmar; Sommer, Monika; et. al. (Hg.) (2009) IN SITU, Zeitgeschichte findet Stadt: Nationalsozialismus in Linz. Weitra

Kepplinger, Brigitte (1989) Wohnen in Linz, Arbeiterwohnbau in Linz 1850-1945. Ein historischer Überblick, S. 73-76. Wien / Graz

Kepplinger, Brigitte (1990) Nationalsozialistische Wohnbaupolitik in Oberösterreich, in: Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich; Ardelt, Rudolf G.; Hautmann, Hans (Hg.), S. 265-284. Wien

Kuretsidis-Haider, Claudia (2006) Gedächtnislandschaften in Niederösterreich, In: Jahrbuch des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2006. Wien

Lappin, Eleonore (2006) Die Opfer von Hofamt Priel - Namen, Tagebücher und autobiographische Berichte, S. 133-141 in: Eleonore Lappin, Susanne Uslu-Pauer und Manfred Wieninger, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45 (= Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde Band 45, herausgegeben von Willibald Rosner und Reinelde Motz-Linhart). St. Pölten

Levy, Daniel; Sznajder, Natan (2007) Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust, Frankfurt am Main

Nora, Pierre (1998) Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt am Main

Nora, Pierre (Hg.) (2005) Erinnerungsorte Frankreichs, München

Pohanka Reinhard (1996) Stadt unter dem Hakenkreuz, Wien

Pohl, Manfred (1999) Philipp Holzmann, Geschichte eines Bauunternehmers 1849-1999, S. 265-266. München

Rathkolb, Oliver (Hg.) (2001) NS-Zwangsarbeit am Standort Linz der Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945. Band 1. Wien

Rathkolb, Oliver (Hg.) (2002) NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der "Ostmark" 1938 – 1945. Wien

Rettl, Lisa (2005) Opfergedenken und –denkmäler in der Zweiten Republik. Am Beispiel der Stadt Villach, In: Heiss umfehdet, wild umstritten.... Geschichtsmythen in Rot-Weiß-Rot, Koroschitz, Werner; Rettl, Lisa (Hg.), S. 158. Klagenfurt / Celovec

Rettl, Lisa (2006) Erinnerungskultur im Burgenland. Tendenzen und aktuelle Entwicklungen. In: Jahrbuch des Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2006. Wien

Schwarzmayr, Eva; Teuschler Christine (2002) Die Mühen der Erinnerung. Zeitgeschichtliche Aufklärung gegen den Gedächtnisschwund, Bd. 1, SCHULHEFTE Nr. 105, S. 92-107. PFD-Download über: http://www.kreuzstadi.net/downloads/mahnmal_teuschler_schwarzmayr.pdf am 2.9.2009.

Skasik, Kurt (1996) Die historische Entwicklung der Donau-Oder-Wasserstrasse, Eine Dokumentation in Schrift und in Bild. Dissertation. Wien

Sommerauer, Andrea; Wassermann, Franz (Hg.) (2009) Temporäres Denkmal; Prozesse der Erinnerung ; im Gedenken an 360 Opfer der "Euthanasie" ; PatientInnen des heutigen Psychiatrischen Krankenhauses Hall i.T. ; Wäscherei P, Kulturprojekt im PKH-Hall. Innsbruck / Wien

Uhl, Heidemarie (1992) Zwischen Versöhnung und Verstörung, Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem Anschluss, S.438. Wien

Uhl, Heidemarie (1992) Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem "Anschluß".

Wien/Köln/Weimar

Uhl, Heidemarie (1994) Denkmalkultur und Zeitgeschichte. Veränderungsprozesse und Konflikte in der regionalen Denkmallandschaft seit 1945, in: Lebenszeichen. 10 Jahre Abteilung Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz. Abteilung Zeitgeschichte der Universität Graz (Hg.), S. 169–195. Graz

Uhl, Heidemarie (2000) Gedächtnisraum Graz. Zeitgeschichtliche Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum von 1945 bis zur Gegenwart, In: Sabine Hödl – Eleonore Lappin (Hg.), Erinnerung als Gegenwart. Jüdische Gedenkkulturen, S. 211–232. Berlin / Wien

Uhl, Heidemarie (2001) Denkmäler als Konfrontation mit der Holocaust-Erinnerung; Zu Christian Gmeiners Projekt „Mobiles Erinnern“ für die Opfer des Todesmarsches; in: Forschungs- und Entwicklungsarbeit an der Pädagogischen Akademie der Diözese St. Pölten in Krems. Krems

Uhl, Heidemarie (2005) Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005; In: Heiss umfehdet, wild umstritten... Geschichtsmymthen in Rot-Weiß-Rot, Koroschitz, Werner; Rettl, Lisa (Hg.). Klagenfurt / Celovec

Uhl, Heidemarie (2005) Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese; NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“, S.50 ff. In: Transformation gesellschaftlicher Erinnerung, Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der zweiten Republik, Gerbel, Christian ua. (Hg.). Wien

Uhl, Heidemarie (2006) Erinnerungskultur. Die NS-Opfer im österreichischen Gedächtnis, in: Bailer-Galanda, Brigitte (Red.) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Katalog zur permanenten Ausstellung. Wien

Uhl, Heidemarie (Hg.) (2005) Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts. Innsbruck/Wien

Uhl, Heidemarie; Riesenfellner, Stefan (1994) Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Wien

Weihsmann, Helmut (1998) Bauen unterm Hakenkreuz, Architektur des Untergangs, Wien

Weinmann, Martin (Hg.) (1990) Das nationalsozialistische Lagersystem, S. 610. Frankfurt am Main

Zangl, Veronika (2004) Poetik nach dem Holocaust, ZeugInnenberichte von Überlebenden nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Dissertation. Wien

- Internetquellen:

<http://burgenland.orf.at/stories/70409/>, Abgerufen am 10. September 2009

<http://derstandard.at/fs/1234507315977/Dekonstruktion-Kunst-ohne-falsche-Fassade>, Abgerufen am 17.9.2009

<http://derstandard.at/fs/1254312030819/Neues-Gesetz-rehabilitiert-Wehrmachtsdeserteure> , Abgerufen am 21.10.2009

<http://pk-deserteure.at/index.php?id=30>, Abgerufen am 2.9.2009

<http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1829>, Abgerufen am 13.9.2009

<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=1235>, Abgerufen am 13.9.2009

<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=2388>, Abgerufen am 29.9.2009

<http://www.de.nationalfonds.org/Rechtsgrundlagen.html>, Abgerufen am 2.9.2009

<http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/roesselmajdan3.html>, Abgerufen am 24.8.2009

<http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/roesselmajdan3.html>, Abgerufen am 24.8.2009

<http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=357>, Abgerufen am 13.9.2009

<http://www.linz.at/kultur/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2013> , Abgerufen am 9. September 2009

<http://www.linz.at/kultur/denkmal/Default.asp?action=denkmaldetail&id=2019> , Abgerufen am 9. September 2009

<http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/art66,112893>, Abgerufen am 17.9.2009

<http://www.news.at/articles/0430/10/87527/streit-kasernen-namen-platter-benennung-widerstandskaempfern>, Abgerufen am 13.9.2009

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040726_OTSO090, Abgerufen am 13.9.2009

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080314_OTSO086, Abgerufen am 12.9.2009

<http://www.werkblatt.at/fallend/perz.htm>, Abgerufen am 12.9.2009

John, Michael (2009) Der Aufarbeitungsbeschluss des Linzer Gemeinderates, <http://www.stadt-im-glueck.at/text/30>, Abgerufen am 9. September 2009

- Unveröffentlichte Quellen:

Anfragebeantwortung per Email durch *Borealis*, 25.10.2009

Anfragebeantwortung per Email durch den Geschichteclub Stahl, 9.9.2009, 10.9.2009

Anfragebeantwortung per Email durch Eva Schwarzmayer, Verein RE.F.U.G.I.U.S., 27.10.2009

Anfragebeantwortungen des Bürgermeisterbüros per Email von 19.3.2009, 17.9.2009 sowie 22.9.2009; siehe Anhang

Anfragebeantwortung des österreichischen Bundesheers per Email, 7.4.2009

Antwortschreiben des Archivs der Stadt Linz, 14.9.2009, 17.9.2009

Bestätigung des Magistratischen Bezirksamt für den 10. Bezirk, beziehungsweise der Untersuchungshaftanstalt Wien, Wien VIII, Landesgerichtsstrasse 11, 9.5.1945, Archiv des DÖW

Brief des Österreichischen Staatsarchivs an Robert Eichert, 28. Jänner 2008

Brief von Karl Prochazka an das DÖW, 13.12.1984, Archiv des DÖW

Email vom Leiter des Zukunftsfond Dr. Jürgen Strasser, 16.6.2009

Luftaufnahmen während Bombenangriffen der Alliierten im Gebiet Lobau

Postkarte adressiert an Maria Forgacs in Wien-Lobau, Lager I

„Protokoll aufgenommen am 10.10.1958 über die Aussprache der Grundeigentümer des Donau-Oder-Kanal Abschnitte 3 und 4“, Privatarchiv des Restaurant am Sachsengang, Groß-Enzersdorf

Völkischer Beobachter, 29.12.1939, Seite 3, Archiv der Arbeiterkammer Wien

Völkischer Beobachter, 8.12.1939, Seite 1, Archiv der Arbeiterkammer Wien

7.2. Interview Transkript

Interview mit dem Bürgermeister der Stadtgemeinde Groß-Enzersdorf, Ing. Hubert Tomsic, 16.9.2009, Dauer: 2:50 Minuten

Rabenstein: Danke, dass Sie sich die Zeit nehmen und die Mühe machen und gleich zur ersten Frage: Was können Sie mir denn zur Geschichte vom Donau-Oder-Kanal so allgemein erzählen?

Tomsic: Na an und für sich habe ich mich mit der Geschichte des Donau-Oder-Kanals eigentlich nicht beschäftigt, aber es ist mir bekannt, dass das eigentlich ein Relikt aus dem Dritten Reich ist und dass das dann halt circa 44 war's dann aus und seither ist es halt ein totes Gewässer mehr oder minder.

Rabenstein: Mhm, (...) und ähm und was würden Sie von einem Erinnerungszeichen halten, das da auf den geschichtlichen Hintergrund hinweist?

Tomsic: Dazu möchte ich mich nicht äußern.

Rabenstein: (leise) Wollen sich nicht äußern. Und haben Sie da eine Idee, wie der Gemeinderat dazu stehen könnte?

Tomsic: Ist mir nicht bekannt.

Rabenstein: (leise) Ist ihnen nicht bekannt. Und eine etwas andere Frage: Ihre Einstellung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern?

Tomsic: Keine Stellungnahme.

Rabenstein: (leise) Keine Stellungnahme. Und was ist Ihrer Einschätzung nach im Jahr 1945 passiert?

Tomsic: (...) Diese Frage müssen Sie präzisieren.

Rabenstein: Was ist Ihrer Meinung nach im Jahr 1945 passiert?

Tomsic: Ja also da war der Einmarsch der russischen Armee in Ostösterreich, ja. Und die Befreiung von Österreich hat dadurch mehr oder minder stattgefunden.

Rabenstein: Mhm, noch irgendwas?

Tomsic: Es hat damals eine große Armut unter der Bevölkerung gegeben, Hungersnöte, Krankheiten, vieles andere mehr, ja.

Rabenstein: Ok. Sonst noch etwas was Sie anmerken würden, zum Donau-Oder-Kanal, oder...

Tomsic: Ja, der Donau-Oder-Kanal äh das hat sich durch die Zeit ergeben. Ist zu einer beliebten Badeoase geworden, speziell für Städter, ein Erholungsraum und die vielen die dort eine Badeparzelle haben stärken auch die Kaufkraft der Stadt, speziell in den Sommermonaten, und das ist eine durchaus positive Entwicklung die hier stattgefunden hat.

Rabenstein: Ok, ja das war's dann eigentlich auch schon wieder.

Tomsic: Haben Sie nicht viel gehört von mir.

Rabenstein: Ja, das ist so. Dankeschön.

Im Anschluss an das aufgenommene Leitfadeninterview und nachdem ich das Aufnahmegerät abgeschaltet hatte, fragte ich den Bürgermeister, warum er zu vielen Fragen nicht Stellung nehmen wollte.

In diesem informellen Gespräch, welches in einer freundlichen Atmosphäre stattfand, gab sich Bürgermeister Tomsic durchaus redefreudig und nahm zu den verschiedenen Themen recht ausführlich Stellung. Das circa zehninütige Gespräch versuchte ich mir möglichst gut einzuprägen und verschriftlichte den Gesprächsablauf so gut wie möglich direkt im Anschluss an das Gespräch.

Ohne hier genau zitieren zu können, verlief das Gespräch etwa so:

Er wolle keine Antwort geben, weil es sich hierbei um ein sensibles Thema handle. Es sei alles schon sehr lange her, immerhin 60 Jahre.

Es komme darauf an, wie ein solches Zeichen aussehe. Das könne sonst anders ausgelegt werden als man es eigentlich wolle.

Es seien im Zweiten Weltkrieg viele Gräuel passiert aber nach 60 Jahren sollte man das Thema ruhen lassen und einen Schlussstrich ziehen.

Das Haus seines Vaters wurde von einer amerikanischen Bombe zerstört, auch der Einmarsch der Russen wird erwähnt.

Nach 1884 seien viele Juden in die Stadt gekommen und hätten nach einiger Zeit 7-8 Prozent der Bevölkerung gestellt. Auch hätten sie zu dieser Zeit 14% der Immobilien besessen.

Während des Zweiten Weltkriegs verließen alle Juden die Stadt und es kam nur einer zurück. Dieser war als Tierarzt tätig und hat sich darum gekümmert, dass alles geregelt werde, zum Beispiel wem früher welches Anwesen gehört habe. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei in dieser Hinsicht alles geregelt worden. Die anderen Juden seien nicht mehr zurückgekehrt, viele seien in Lagern gestorben und manche würden in Australien leben.

Es gab in Groß-Enzersdorf keine Vernichtungslager, aber Arbeitslager in der Lobau. Viele seien dort durch die Bombentreffer der Alliierten gestorben.

Er verstehe ja, dass an der Universität immer wieder neue Themen gesucht würden, aber es schreibe sowieso einer vom anderen ab. Er als Förster habe schon erlebt, dass viele über das gleiche Thema Diplomarbeiten und Dissertationen geschrieben haben. Beziehungsweise sei er dazu kontaktiert worden.

Wenn man älter werde, sehe man das Thema etwas anders als wenn man noch jung sei.

Auch heute noch gebe es regelmäßige Anfragen an die Gemeinde zu Grundstücken, Besitzen und Bewohnern der damaligen Zeit. Die Anfrager wollen aus dem Melderegister Informationen über ihre Verwandten erfahren.

Es gebe auch einen jüdischen Friedhof der noch erhalten sei und wo sich die Gemeinde darum kümmere, dass dieser gut aussehe.

Am Ende des Gesprächs erwähnte er noch das im kommenden Jahr, im März 2010, Gemeinderatswahlen seien und man daher vorsichtig sein müsse. Es sei eine schwierige Sache und man müsse aufpassen, was man sagt.

7.3 Abbildungen

Abbildung 1: Lokalisierung Donau-Oder-Kanal im Wiener Stadtgebiet und Umland

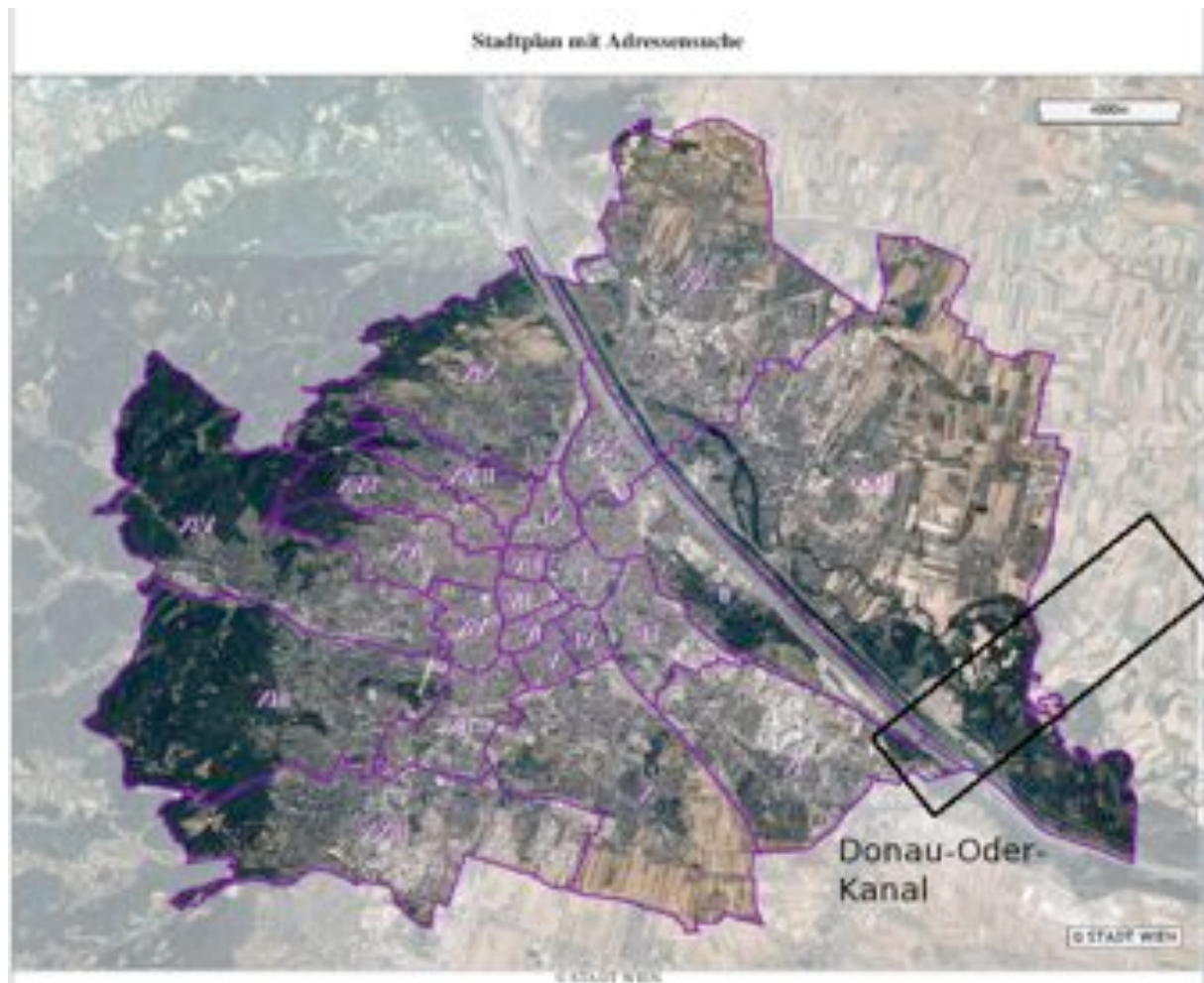


Abbildung 2: Ausschnitt, Donau-Oder-Kanal und Groß-Enzersdorf

Anmerkung: Die drei sichtbaren länglichen Becken sind von Süden nach Norden mit den Bezeichnungen DOK II, DOK III und DOK IV versehen. Die kleineren weißen Punkte westlich des DOK II stellen die Lagerbehälter des heutigen Öllager Lobau dar.

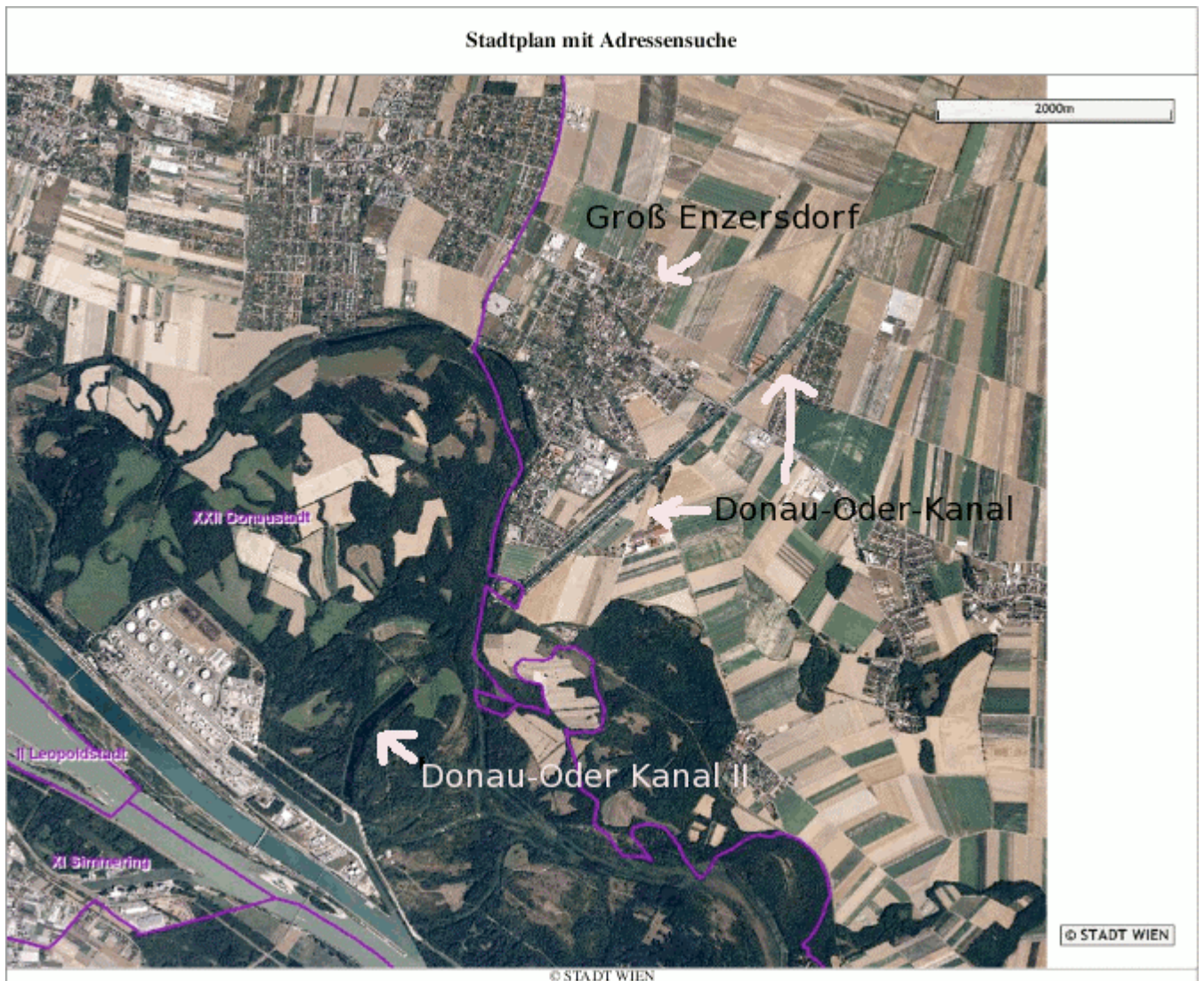


Abbildung 3: Völkischer Beobachter von 29.12.1939, Seite 3



Wien baut am Oder-Donau-Kanal

Verbindung Deutschlands mit dem Südosten - Sechs Jahre Bauzeit

16. Wien, 28. Dezember

Der einzigen Tag, hat sich an der Donau nördlich Wiens in aller Eile ein Bauweg abgeteilt, mit dem ein ganz großes technisches Werk in Angriff genommen wurde: ein Geleisweg und der große Schuttenkammer des Wasser-Druckkanals werden eingegraben, um mit dem Bauwerk für die Verbindung des Ober-Donau-Kanals zu beginnen.

Die Arbeit wird besonders in der Ost- und Westhälfte Interesse finden, denn der Ober-Donau-Kanal war seit dem Weltkrieg ein von Österreichische Angelegenheit, die für die besten Verwirklichung im Lande in jenen jählichen Vorkämpfer, Wirtschaftler, Ingenieurwissenschaften und Ingenieure Österreichs in ihren Kräfte eingriffen hatten.

Die Idee der Verbindung der Oder mit der Donau reicht bis ins Mittelalter auf, konnte immer wieder aufgegriffen, aber immer wieder — jeweils wegen anderer Hindernisse — beiseitegestellt zu sein. Bei dem Weltkrieg haben die in Wien in greifbarer Nähe gerückt zu sein, wurde aber durch den Krieg verhäufert. In dem Zusammenbruch Österreichs nahm die österreichische Regierung das Projekt — wenn auch mit geänderter Konzeption — wieder auf, aber aber bis zur Abschließung zu kommen.

Bei der großzügigen und weitläufigen Idee des Jählers ist es gelungen, durch die Eingliederung der Ostmark und der Sudetengebiete und die Schaffung des Protectors Böhmens und Mährens und durch die Eingliederung des gesamten österröschischen Reichsgebietes alle politischen Hindernisse für die Durchführung des Planes zu beseitigen, so daß der Kanal nunmehr von beiden Endpunkten aus begonnen werden konnte.

Der ersten Spatenstich zu dem großen Bauwerklichen Maßstab der Großbaustelle des Oder-Donau-Kanals hat der Reichsminister der Reichs- und Provinzialverwaltung am 5. Dezember, und jetzt dort, wo der Kanal in den

am gleichen Tage eröffneten, der Oder (jetzt hiesigen Oder-Donau-Kanal) einmündet. Damit wurde mitten im Krieg ein großes Werk des Friedens, eine völkerverbindende Straße in Form gewonnen, die dem Warenverkehr zwischen Österreich und anderen Staaten auch der wichtigsten Verbindung der Güter im Reiches steht und somit der Sicherung des Wohlstandes aller Völkern dienlich wird.

Der Kanal, der eine Gesamtlänge von weit über 300 Kilometer erhält, wird vom Oder-Donau-Kanal abspazieren und jenseits im Osten mit zahlreichen Schließern und einem Halbsperren aufsteigen. Der Beginn, der gleichzeitig ein Spatenstich und mehrere Schließern aufweist, erfolgt (wie bereits ein- und zweimal) am 1. Dezember im Teil der Weizmann und Mährisch; an der Westseite ist die Wasserstraße in Wien, von denen der eine ganz nach der Westseite zur Donau unterhalb Werns führt, während der zweite für die Hauptstraße für den Transport der in große Bauwerk, durch die zu landwirtschaftliche Werk geschätzt wird, die die Donau bei Trieben erreicht.

Der durch den Kanal zu überwindende Höhenunterschied beträgt im höchsten bis zur Wasserhöhe 100 Meter, im höchsten 120 Meter, insgesamt also 220 Meter, was im Vergleich zu anderen künstlichen Wasserstraßen Europas als sehr gering zu bezeichnen ist. Der Kanal gestattet einen sehr raschen Verkehr.

Die Baukosten des Kanals werden nach abschließender Ermittlung 675 Millionen

Reichsmark betragen, wovon 425 Millionen Reichsmark auf das Deutsche Reich und 250 Millionen Reichsmark auf das Protectors Böhmens und Mährens entfallen. Die Ausgaben für die gesamte Wasserstraße sind mit sechs Jahren abgeschlossen.

Durch den Ober-Donau-Kanal werden Transporte aus Ostösterreich auf dem kürzesten Wege nach dem Handelszentrum Wien und nach Europa ins Protectors Böhmen und Mähren und nach den Balkanländern befördert werden. So der Gegenrichtung werden Waren aus dem Süden nach Deutschland geführt werden und es wird schließlich auch ein erheblicher Transitverkehr zwischen den Ostprovinzen und den Balkanländern abgehandelt werden können. Es kann damit gerechnet werden, daß der gesamte Verkehr auf dem Kanal in beiden Richtungen nach Wien einer gewaltigen Umschlagleistung einige Millionen Tonnen im Jahr betragen wird.

Wieder war die Verbindung Ober-Donau-Kanal (Öst) der Ostmark in der Verbindung der Wasserstraßen des Reiches (Oder-Donau-Wasserstraße, Rhein-Donau-Donau-Wasserstraße und so fort) bringt es mit sich, daß zunächst die Verbindung Ober-Donau-Kanal fertiggestellt wurde.

Preiswertes in der Eisenbahn vorstellt. Die den Eisenbahn-Verkehrsmitteln werden mehrere Bahnhöfe errichtet, um den Verkehr zu erleichtern, unterteilt, weil sie durch verschiedene Eisenbahnen am großen Durchgangspunkt der Eisenbahnlinie der Eisenbahn in Wien (Eisenbahn) errichtet, die Eisenbahn, der nach sechs Jahren, sollte eine schnelle Entwicklung große Eisenbahnen aufweist und ein- und zweimal, um den Bau der Eisenbahn in der Eisenbahn zu erleichtern.

Der wendet

Rheuma-Beschwerden

Der Rheumabekämpfer, ein rheumatisches Mittel, das die Gelenke wieder beweglich macht und die Schmerzen beseitigt. Es ist ein Naturprodukt, das keine Nebenwirkungen hat.

ZEISS

ZEISS
Optische Instrumente
Wien V 33, I

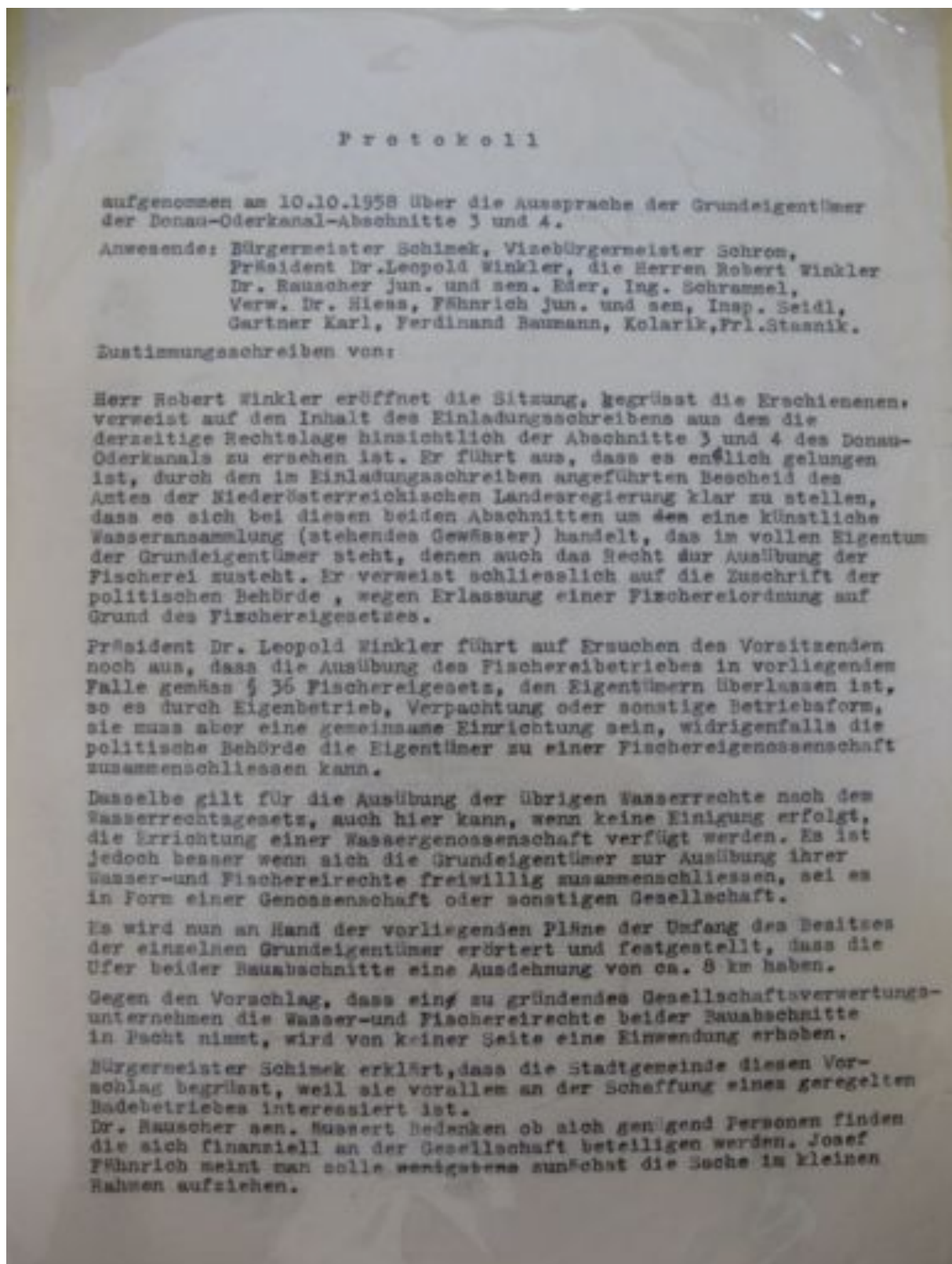
FAHRRAD

FAHRRAD
Bicycle accessories

Abbildung 4: Völkischer Beobachter, 8.12.1939, Seite 1



Abbildung 5: „Protokoll aufgenommen am 10.10.1958 über die Aussprache der Grundeigentümer des Donau-Oderkanal Abschnitt 3 und 4“



Fortsetzung Abbildung 5:

Robert Winkler erörtert, dass die Sache in einem gewissen Umfange in Angriff genommen werden muss (Planierung, Schaffung von Zufahrtsmöglichkeiten, gewisse kapitäre Anlagen). Er gibt der Überzeugung Ausdruck, dass wenn nur ³ kann kleinem Umfange Privatbadeplätze im Ausmass von 10 mal 15 m geschaffen würden, bei einem Saisonentgelt von S 400.— der für die beiden Kanalabschnitte notwendige Pachtschilling von rund S 50.000.— bereits gezeichnet erscheint. Es wird der Vorschlag gemacht, für die zwischen den Uferändern gelegene Grundfläche einen Pachtschilling von 400 kg Weizen per ha und für die ausserhalb der Uferänder gelegenen Flächen, die bis zur Tiefe von 15 m zur Verfügung gestellt werden sollen einen Pachtschilling von 700 kg Weizen per ha zu zahlen. Auf dieser Basis ergibt sich rund ein Gesamtpachtschilling von 50.000.— S. Die Vertreter der Bezirkshauptmannschaft und Bauernkammer, Herr Heinrich Eder und Ing. Josef Schrammel, ebenso der Vertreter der Verbraucherschutzgesellschaft für die Hochschule für Bodenkultur, Verwalter Dr. Hies, begrüssen die vorgeschlagene Verwertung der derzeit brach liegenden Donau-Oderkanalabschnitte und befürworten für das Verwertungsunternehmen die Richtung einer Genossenschaft auf Förderung und finanzielle Unterstützung seitens der Landesregierung und anderer Institutionen (Fremdenverkehr) rechnen kann.

Sodann wird vom Vorsitzenden beantragt, Stellung zu nehmen, ob irgend welche Bedenken gegen eine Verpachtung der Wässer und Fischereirechte an ein Verwertungsunternehmen bestehen. Einstimmig wird erklärt, dass keinerlei Bedenken bestehen.

Sodann wird zur Vorbereitung sowohl der Pachtangelegenheit, wie auch des Verwertungsunternehmens ein 3 gliediges Komitee aus den Herren:

Robert W i n k l e r
Dr. Norbert R a u s c h e r jun.
Engelbert F h n r i c h

bestellt.

Robert Winkler dankt den Herren für ihr Erscheinen und schliesst die Sitzung.






Abbildung 6: Werbematerial aus den 1960er Jahren zur Bewerbung der parzellierten Grundstücke

**Man biefel
17 km
vom
Stephans-
platz**

- Komplett eingerichtete Bungalows mit 2 Schlafstellen, Kleider- und Wäschekästen, Kühlschrank, Waschbecken, Elektrisches Licht, Kochmöglichkeit.
- Separatereingang zum Badebereich mit eigenem Schlüssel.
- Getränke-Service.
- Freie Benützung aller Bade-Einrichtungen.
- Nahe Möglichkeiten zum Reiten, Tennis, Tischtennis, Tauben-Schießen, Kleingolf, Radfahren, Badminton, Eis-sport, Sportgeräte, Sauna und Douchen.
- Eigenes Kinderbad mit Spiel-plätzen.
- Eigenen, reservierten Parkplatz.
- Möglichkeit zum Fischen.



Alle Ankünfte bei der Wasser- und Fischereigenossenschaft Oudermersdorf Wienerstr. 28, Tel. 22 16 41 / Klippe 97



Bagno Capanna

Badereservat vor den Toren Wiens

Fortsetzung Abbildung 6:

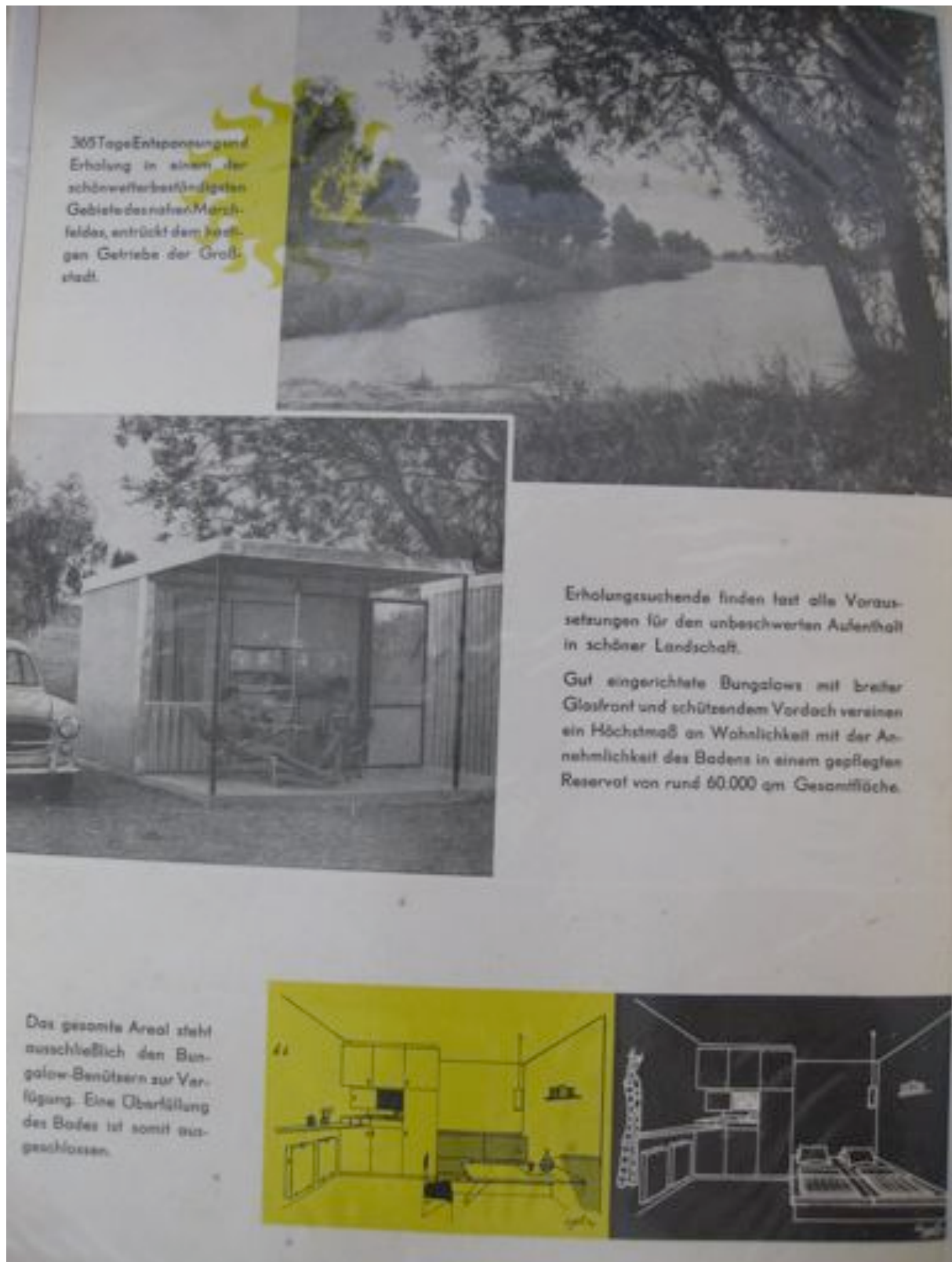


Abbildung 7: Luftbild des noch unverbauten Donau-Oder-Kanal III, Mai 1957



Abbildung 8: Bestätigung des Magistratischen Bezirksamt für den 10. Bezirk, beziehungsweise der Untersuchungshaftanstalt Wien, Wien VIII, Landesgerichtsstrasse 11, Archiv des DÖW

Referat

4

Abschrift

Untersuchungshaftanstalt Wien
Wien VIII, Landesgerichtsstr. 11

Wien, den 9. Mai 1945

Bestätigung.

Es wird bestätigt, dass Herr Karl K a d l e c, geboren 11.9.1903 Wien, laut Angabe des Gerichtsgefängnisses Margarethen wegen Vorbereitung zum Hochverrat am 4.4.1944 in die hiesige Anstalt eingeliefert und am 5.4.1944 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Bis 24.12.1944 war K a d l e c in hiesiger Strafhaft, an welchem Tage er vom Strafgefangenenlager Lebau entwich.

MAGISTRATISCHES BEZIRKSAM.
für den X. Bezirk

die Richtigkeit
der Abschrift:
Der Bezirksamtsleiter:
I.A.

Der Anstaltsleiter:
gez. Schier
Direktor:
Beglaubigt:
gez. Mbr.
Verw. Angest.

[Handwritten signature]

Abbildung 9: Flächenwidmungsplan der MA21C, Stadt Wien, Ausschnitt DOK II

Anmerkung: Im Anschluss an das Becken sind 2 rechteckige Formen eingezeichnet die auf ein ehemaliges Lager hinweisen.



Abbildung 10: Luftaufnahme während Allierter Bombenangriffen im Gebiet Lobau

Annahme: Die Wolken und die weißen Flecken befinden sich im Gebiet des Öllagers Lobau. Im direkten Anschluss an das DOK-Becken II finden sich an gleicher Stelle wie im Flächenwidmungsplan zwei kleine rechteckige Objekte.



Abbildung 11: Postkarte welche an das Lager I in Wien-Lobau adressiert ist.



Anm.: Darstellung durch dieses „X“ für eine weitere Verwertung unbrauchbar gemacht, da ich keine Bildrechte besitze, beziehungsweise der Rechtseigentümer nicht ausfindig gemacht werden konnte.

Abbildung 12: Tafel am Groß-Enzersdorfer Kirchenplatz



Abbildung 13: Hinweistafel in der Lobau



Abbildung 14: Denkmal an der Groß-Enzersdorfer Kirche



Abbildung 15: Denkmal an der Groß-Enzersdorfer Kirche



Abbildung 16: Erinnerungstafel bei der Einfahrt zum heutigen Öllager Lobau der OMV



7.4. Rohdaten der Befragung

Übersicht der Ergebnisse ohne Sortierung nach Alter, Ausbildung, etc.:

Wohnhaft am DOK III oder DOK IV					
		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	DOK III	110	57,0	57,0	57,0
	DOK IV	77	39,9	39,9	96,9
	Keine Angabe	6	3,1	3,1	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Jahrzehnt des Parzellenerwerbs am DOK					
		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	1950	3	1,6	1,6	1,6
	1960	46	23,8	23,8	25,4
	1970	30	15,5	15,5	40,9
	1980	36	18,7	18,7	59,6
	1990	45	23,3	23,3	82,9
	Weiß Nicht	4	2,1	2,1	85,0
	2000	29	15,0	15,0	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Jahrzehnt der Parzellierung des DOK					
		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	1930	1	,5	,5	,5
	1940	4	2,1	2,1	2,6
	1950	56	29,0	29,0	31,6
	1960	101	52,3	52,3	83,9
	1970	3	1,6	1,6	85,5
	1980	1	,5	,5	86,0
	1990	1	,5	,5	86,5
	Weiß Nicht	26	13,5	13,5	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Jahrzehnt des Baubeginn des DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	1900	2	1,0	1,0	1,0
	1910	2	1,0	1,0	2,1
	1920	1	,5	,5	2,6
	1930	42	21,8	21,8	24,4
	1940	117	60,6	60,6	85,0
	1950	5	2,6	2,6	87,6
	1960	2	1,0	1,0	88,6
	1980	1	,5	,5	89,1
	Weiß Nicht	21	10,9	10,9	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Jahrzehnt des Bauende des DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	1930	3	1,6	1,6	1,6
	1940	118	61,1	61,1	62,7
	1950	33	17,1	17,1	79,8
	1960	1	,5	,5	80,3
	1970	1	,5	,5	80,8
	1980	1	,5	,5	81,3
	Weiß Nicht	36	18,7	18,7	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Politisches System während des Bau des DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Monarchie	6	3,1	3,1	3,1
	1.Republik	3	1,6	1,6	4,7
	Nationalsozialismus	174	90,2	90,2	94,8
	2.Republik	7	3,6	3,6	98,4
	Keine Angabe	3	1,6	1,6	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Persönliche Information über Geschichte des DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Sehr Gut	6	3,1	3,1	3,1
	Gut	41	21,2	21,2	24,4
	Ausreichend	50	25,9	25,9	50,3
	Nicht ausreichend	96	49,7	49,7	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Meinung zu einer Gedenktafel am DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Sehr befürworten	57	29,5	29,5	29,5
	Eher befürworten	64	33,2	33,2	62,7
	Eher nicht befürworten	35	18,1	18,1	80,8
	Überhaupt nicht befürworten	23	11,9	11,9	92,7
	Weiß nicht	14	7,3	7,3	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	87	45,1	45,8	45,8
	Stimme eher zu	48	24,9	25,3	71,1
	Stimme eher nicht zu	16	8,3	8,4	79,5
	Stimme gar nicht zu	23	11,9	12,1	91,6
	Weiß nicht	15	7,8	7,9	99,5
	10	1	,5	,5	100,0
	Total	190	98,4	100,0	
Missing	System	3	1,6		
	Total	193	100,0		

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	82	42,5	42,7	42,7
	Stimme eher zu	49	25,4	25,5	68,2
	Stimme eher nicht zu	18	9,3	9,4	77,6
	Stimme gar nicht zu	27	14,0	14,1	91,7
	Weiß nicht	15	7,8	7,8	99,5
	10	1	,5	,5	100,0
	Total	192	99,5	100,0	
Missing	System	1	,5		
	Total	193	100,0		

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde im Jahr 1945 von den Allierten befreit!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	101	52,3	52,6	52,6
	Stimme eher zu	46	23,8	24,0	76,6
	Stimme eher nicht zu	21	10,9	10,9	87,5
	Stimme gar nicht zu	17	8,8	8,9	96,4
	Weiß nicht	7	3,6	3,6	100,0
	Total	192	99,5	100,0	
Missing	System	1	,5		
	Total	193	100,0		

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde im Jahr 1945 von den Alliierten besetzt!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	53	27,5	27,9	27,9
	Stimme eher zu	40	20,7	21,1	48,9
	Stimme eher nicht zu	33	17,1	17,4	66,3
	Stimme gar nicht zu	51	26,4	26,8	93,2
	Weiß nicht	13	6,7	6,8	100,0
	Total	190	98,4	100,0	
Missing	System	3	1,6		
	Total	193	100,0		

Geschlecht der befragten Person

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Männlich	95	49,2	49,2	49,2
	Weiblich	97	50,3	50,3	99,5
	3	1	,5	,5	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Höchste abgeschlossene Schulbildung

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Keine	2	1,0	1,0	1,0
	Pflichtschule	68	35,2	35,2	36,3
	Matura	60	31,1	31,1	67,4
	Universität	56	29,0	29,0	96,4
	Keine Angabe	7	3,6	3,6	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Derzeitige Tätigkeit

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Berufstätig	58	30,1	30,1	30,1
	Arbeitslos	1	,5	,5	30,6
	In Ausbildung	3	1,6	1,6	32,1
	Pensionist	126	65,3	65,3	97,4
	Keine Angabe	5	2,6	2,6	100,0
	Total	193	100,0	100,0	

Bar Chart

Ergebnisse nach höchst abgeschlossener Ausbildung:

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK						
Höchste abgeschlossene Schulbildung			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Keine	Valid	Eher befürworten	1	50,0	50,0	50,0
		Weiß nicht	1	50,0	50,0	100,0
		Total	2	100,0	100,0	
Pflichtschule	Valid	Sehr befürworten	20	29,4	29,4	29,4
		Eher befürworten	26	38,2	38,2	67,6
		Eher nicht befürworten	11	16,2	16,2	83,8
		Überhaupt nicht befürworten	7	10,3	10,3	94,1
		Weiß nicht	4	5,9	5,9	100,0
Total	68	100,0	100,0			
Matura	Valid	Sehr befürworten	15	25,0	25,0	25,0
		Eher befürworten	19	31,7	31,7	56,7
		Eher nicht befürworten	14	23,3	23,3	80,0
		Überhaupt nicht befürworten	8	13,3	13,3	93,3
		Weiß nicht	4	6,7	6,7	100,0
Total	60	100,0	100,0			
Universität	Valid	Sehr befürworten	19	33,9	33,9	33,9
		Eher befürworten	15	26,8	26,8	60,7
		Eher nicht befürworten	10	17,9	17,9	78,6
		Überhaupt nicht befürworten	7	12,5	12,5	91,1
		Weiß nicht	5	8,9	8,9	100,0
Total	56	100,0	100,0			
Keine Angabe	Valid	Sehr befürworten	3	42,9	42,9	42,9
		Eher befürworten	3	42,9	42,9	85,7
		Überhaupt nicht befürworten	1	14,3	14,3	100,0
		Total	7	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Höchste abgeschlossene Schulbildung			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Keine	Valid	Stimme sehr zu	1	50,0	50,0	50,0
		Stimme gar nicht zu	1	50,0	50,0	100,0
		Total	2	100,0	100,0	
Pflichtschule	Valid	Stimme sehr zu	23	33,8	33,8	33,8
		Stimme eher zu	19	27,9	27,9	61,8
		Stimme eher nicht zu	11	16,2	16,2	77,9
		Stimme gar nicht zu	6	8,8	8,8	86,8
		Weiß nicht	9	13,2	13,2	100,0
		Total	68	100,0	100,0	
Matura	Valid	Stimme sehr zu	28	46,7	46,7	46,7
		Stimme eher zu	12	20,0	20,0	66,7
		Stimme eher nicht zu	4	6,7	6,7	73,3
		Stimme gar nicht zu	12	20,0	20,0	93,3
		Weiß nicht	4	6,7	6,7	100,0
		Total	60	100,0	100,0	
Universität	Valid	Stimme sehr zu	31	55,4	57,4	57,4
		Stimme eher zu	17	30,4	31,5	88,9
		Stimme eher nicht zu	1	1,8	1,9	90,7
		Stimme gar nicht zu	3	5,4	5,6	96,3
		Weiß nicht	2	3,6	3,7	100,0
		Total	54	96,4	100,0	
	Missing	System	2	3,6		
Total		56	100,0			
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	4	57,1	66,7	66,7
		Stimme gar nicht zu	1	14,3	16,7	83,3
		Weiß nicht	1	14,3	16,7	100,0
		Total	6	85,7	100,0	
	Missing	System	1	14,3		
Total		7	100,0			

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Höchste abgeschlossene Schulbildung		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent	
Keine	Valid	Stimme sehr zu	1	50,0	50,0	50,0
		Stimme gar nicht zu	1	50,0	50,0	100,0
		Total	2	100,0	100,0	
Pflichtschule	Valid	Stimme sehr zu	23	33,8	33,8	33,8
		Stimme eher zu	18	26,5	26,5	60,3
		Stimme eher nicht zu	12	17,6	17,6	77,9
		Stimme gar nicht zu	6	8,8	8,8	86,8
		Weiß nicht	9	13,2	13,2	100,0
		Total	68	100,0	100,0	
Matura	Valid	Stimme sehr zu	26	43,3	43,3	43,3
		Stimme eher zu	13	21,7	21,7	65,0
		Stimme eher nicht zu	4	6,7	6,7	71,7
		Stimme gar nicht zu	14	23,3	23,3	95,0
		Weiß nicht	3	5,0	5,0	100,0
		Total	60	100,0	100,0	
Universität	Valid	Stimme sehr zu	28	50,0	50,9	50,9
		Stimme eher zu	17	30,4	30,9	81,8
		Stimme eher nicht zu	2	3,6	3,6	85,5
		Stimme gar nicht zu	4	7,1	7,3	92,7
		Weiß nicht	4	7,1	7,3	100,0
		Total	55	98,2	100,0	
	Missing	System	1	1,8		
Total		56	100,0			
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	4	57,1	57,1	57,1
		Stimme eher zu	1	14,3	14,3	71,4
		Stimme gar nicht zu	2	28,6	28,6	100,0
		Total	7	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten befreit"

Höchste abgeschlossene Schulbildung		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent	
Keine	Valid	Stimme eher nicht zu	1	50,0	50,0	50,0
		Stimme gar nicht zu	1	50,0	50,0	100,0
		Total	2	100,0	100,0	
Pflichtschule	Valid	Stimme sehr zu	33	48,5	48,5	48,5
		Stimme eher zu	19	27,9	27,9	76,5
		Stimme eher nicht zu	9	13,2	13,2	89,7
		Stimme gar nicht zu	3	4,4	4,4	94,1
		Weiß nicht	4	5,9	5,9	100,0
		Total	68	100,0	100,0	
Matura	Valid	Stimme sehr zu	34	56,7	56,7	56,7
		Stimme eher zu	14	23,3	23,3	80,0
		Stimme eher nicht zu	5	8,3	8,3	88,3
		Stimme gar nicht zu	6	10,0	10,0	98,3
		Weiß nicht	1	1,7	1,7	100,0
		Total	60	100,0	100,0	
Universität	Valid	Stimme sehr zu	30	53,6	54,5	54,5
		Stimme eher zu	12	21,4	21,8	76,4
		Stimme eher nicht zu	5	8,9	9,1	85,5
		Stimme gar nicht zu	7	12,5	12,7	98,2
		Weiß nicht	1	1,8	1,8	100,0
		Total	55	98,2	100,0	
	Missing	System	1	1,8		
Total	56	100,0				
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	4	57,1	57,1	57,1
		Stimme eher zu	1	14,3	14,3	71,4
		Stimme eher nicht zu	1	14,3	14,3	85,7
		Weiß nicht	1	14,3	14,3	100,0
		Total	7	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten besetzt!"

Höchste abgeschlossene Schulbildung			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Keine	Valid	Stimme eher zu	1	50,0	50,0	50,0
		Stimme gar nicht zu	1	50,0	50,0	100,0
		Total	2	100,0	100,0	
Pflichtschule	Valid	Stimme sehr zu	15	22,1	22,4	22,4
		Stimme eher zu	18	26,5	26,9	49,3
		Stimme eher nicht zu	12	17,6	17,9	67,2
		Stimme gar nicht zu	14	20,6	20,9	88,1
		Weiß nicht	8	11,8	11,9	100,0
	Total	67	98,5	100,0		
	Missing	System	1	1,5		
	Total		68	100,0		
Matura	Valid	Stimme sehr zu	19	31,7	31,7	31,7
		Stimme eher zu	9	15,0	15,0	46,7
		Stimme eher nicht zu	12	20,0	20,0	66,7
		Stimme gar nicht zu	17	28,3	28,3	95,0
		Weiß nicht	3	5,0	5,0	100,0
	Total	60	100,0	100,0		
Universität	Valid	Stimme sehr zu	17	30,4	31,5	31,5
		Stimme eher zu	11	19,6	20,4	51,9
		Stimme eher nicht zu	9	16,1	16,7	68,5
		Stimme gar nicht zu	16	28,6	29,6	98,1
		Weiß nicht	1	1,8	1,9	100,0
	Total	54	96,4	100,0		
	Missing	System	2	3,6		
	Total		56	100,0		
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	2	28,6	28,6	28,6
		Stimme eher zu	1	14,3	14,3	42,9
		Stimme gar nicht zu	3	42,9	42,9	85,7
		Weiß nicht	1	14,3	14,3	100,0
		Total	7	100,0	100,0	

Bar Chart

Ergebnisse nach Tätigkeit:

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK

Derzeitige Tätigkeit			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Berufstätig	Valid	Sehr befürworten	23	39,7	39,7	39,7
		Eher befürworten	23	39,7	39,7	79,3
		Eher nicht befürworten	6	10,3	10,3	89,7
		Überhaupt nicht befürworten	4	6,9	6,9	96,6
		Weiß nicht	2	3,4	3,4	100,0
		Total	58	100,0	100,0	
Arbeitslos	Valid	Sehr befürworten	1	100,0	100,0	100,0
In Ausbildung	Valid	Sehr befürworten	2	66,7	66,7	66,7
		Eher nicht befürworten	1	33,3	33,3	100,0
		Total	3	100,0	100,0	
Pensionist	Valid	Sehr befürworten	30	23,8	23,8	23,8
		Eher befürworten	41	32,5	32,5	56,3
		Eher nicht befürworten	28	22,2	22,2	78,6
		Überhaupt nicht befürworten	16	12,7	12,7	91,3
		Weiß nicht	11	8,7	8,7	100,0
		Total	126	100,0	100,0	
Keine Angabe	Valid	Sehr befürworten	1	20,0	20,0	20,0
		Überhaupt nicht befürworten	3	60,0	60,0	80,0
		Weiß nicht	1	20,0	20,0	100,0
		Total	5	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Derzeitige Tätigkeit			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Berufstätig	Valid	Stimme sehr zu	25	43,1	43,1	43,1
		Stimme eher zu	20	34,5	34,5	77,6
		Stimme eher nicht...	4	6,9	6,9	84,5
		Stimme gar nicht zu	6	10,3	10,3	94,8
		Weiß nicht	3	5,2	5,2	100,0
		Total	58	100,0	100,0	
Arbeitslos	Valid	Stimme sehr zu	1	100,0	100,0	100,0
In Ausbildung	Valid	Stimme sehr zu	2	66,7	66,7	66,7
		Stimme eher zu	1	33,3	33,3	100,0
		Total	3	100,0	100,0	
Pensionist	Valid	Stimme sehr zu	57	45,2	46,3	46,3
		Stimme eher zu	25	19,8	20,3	66,7
		Stimme eher nicht...	12	9,5	9,8	76,4
		Stimme gar nicht zu	16	12,7	13,0	89,4
		Weiß nicht	12	9,5	9,8	99,2
	10	1	,8	,8	100,0	
		Total	123	97,6	100,0	
	Missing	System	3	2,4		
		Total	126	100,0		

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Derzeitige Tätigkeit		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent	
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	2	40,0	40,0	40,0
		Stimme eher zu	2	40,0	40,0	80,0
		Stimme gar nicht...	1	20,0	20,0	100,0
	Total	5	100,0	100,0		

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Derzeitige Tätigkeit		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent	
Berufstätig	Valid	Stimme sehr zu	26	44,8	44,8	44,8
		Stimme eher zu	19	32,8	32,8	77,6
		Stimme eher nicht zu	4	6,9	6,9	84,5
		Stimme gar nicht zu	6	10,3	10,3	94,8
		Weiß nicht	3	5,2	5,2	100,0
		Total	58	100,0	100,0	
Arbeitslos	Valid	Stimme sehr zu	1	100,0	100,0	100,0
In Ausbildung	Valid	Stimme sehr zu	2	66,7	66,7	66,7
		Stimme eher zu	1	33,3	33,3	100,0
		Total	3	100,0	100,0	
Pensionist	Valid	Stimme sehr zu	51	40,5	40,8	40,8
		Stimme eher zu	27	21,4	21,6	62,4
		Stimme eher nicht zu	14	11,1	11,2	73,6
		Stimme gar nicht zu	20	15,9	16,0	89,6
		Weiß nicht	12	9,5	9,6	99,2
		10	1	,8	,8	100,0
		Total	125	99,2	100,0	
	Missing	System	1	,8		
Total			126	100,0		
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	2	40,0	40,0	40,0
		Stimme eher zu	2	40,0	40,0	80,0
		Stimme gar nicht zu	1	20,0	20,0	100,0
		Total	5	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten befreit!"

Derzeitige Tätigkeit			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Berufstätig	Valid	Stimme sehr zu	33	56,9	56,9	56,9
		Stimme eher zu	9	15,5	15,5	72,4
		Stimme eher nicht zu	8	13,8	13,8	86,2
		Stimme gar nicht zu	6	10,3	10,3	96,6
		Weiß nicht	2	3,4	3,4	100,0
	Total	58	100,0	100,0		
Arbeitslos	Valid	Stimme sehr zu	1	100,0	100,0	100,0
In Ausbildung	Valid	Stimme sehr zu	2	66,7	66,7	66,7
		Stimme eher zu	1	33,3	33,3	100,0
	Total	3	100,0	100,0		
Pensionist	Valid	Stimme sehr zu	63	50,0	50,4	50,4
		Stimme eher zu	34	27,0	27,2	77,6
		Stimme eher nicht zu	12	9,5	9,6	87,2
		Stimme gar nicht zu	11	8,7	8,8	96,0
		Weiß nicht	5	4,0	4,0	100,0
	Total	125	99,2	100,0		
	Missing	System	1	,8		
	Total	126	100,0			
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	2	40,0	40,0	40,0
		Stimme eher zu	2	40,0	40,0	80,0
		Stimme eher nicht zu	1	20,0	20,0	100,0
		Total	5	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten besetzt!"

Derzeitige Tätigkeit			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Berufstätig	Valid	Stimme sehr zu	14	24,1	24,1	24,1
		Stimme eher zu	11	19,0	19,0	43,1
		Stimme eher nicht zu	10	17,2	17,2	60,3
		Stimme gar nicht zu	18	31,0	31,0	91,4
		Weiß nicht	5	8,6	8,6	100,0
	Total	58	100,0	100,0		
Arbeitslos	Valid	Stimme gar nicht zu	1	100,0	100,0	100,0
In Ausbildung	Valid	Stimme eher nicht zu	2	66,7	66,7	66,7
		Stimme gar nicht zu	1	33,3	33,3	100,0
	Total	3	100,0	100,0		
Pensionist	Valid	Stimme sehr zu	38	30,2	30,9	30,9
		Stimme eher zu	26	20,6	21,1	52,0
		Stimme eher nicht zu	21	16,7	17,1	69,1
		Stimme gar nicht zu	30	23,8	24,4	93,5
		Weiß nicht	8	6,3	6,5	100,0
Total	123	97,6	100,0			
	Missing	System	3	2,4		
	Total	126	100,0			
Keine Angabe	Valid	Stimme sehr zu	1	20,0	20,0	20,0
		Stimme eher zu	3	60,0	60,0	80,0
		Stimme gar nicht zu	1	20,0	20,0	100,0
		Total	5	100,0	100,0	

Ergebnis Befragte unter 60 Jahren

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Sehr befürworten	26	45,6	45,6	45,6
	Eher befürworten	20	35,1	35,1	80,7
	Eher nicht befürworten	5	8,8	8,8	89,5
	Überhaupt nicht befürworten	4	7,0	7,0	96,5
	Weiß nicht	2	3,5	3,5	100,0
	Total	57	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	24	42,1	42,1	42,1
	Stimme eher zu	18	31,6	31,6	73,7
	Stimme eher nicht zu	4	7,0	7,0	80,7
	Stimme gar nicht zu	8	14,0	14,0	94,7
	Weiß nicht	3	5,3	5,3	100,0
	Total	57	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	25	43,9	43,9	43,9
	Stimme eher zu	17	29,8	29,8	73,7
	Stimme eher nicht zu	4	7,0	7,0	80,7
	Stimme gar nicht zu	8	14,0	14,0	94,7
	Weiß nicht	3	5,3	5,3	100,0
	Total	57	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten befreit!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	33	57,9	57,9	57,9
	Stimme eher zu	8	14,0	14,0	71,9
	Stimme eher nicht zu	7	12,3	12,3	84,2
	Stimme gar nicht zu	6	10,5	10,5	94,7
	Weiß nicht	3	5,3	5,3	100,0
	Total	57	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten besetzt!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	13	22,8	22,8	22,8
	Stimme eher zu	12	21,1	21,1	43,9
	Stimme eher nicht zu	10	17,5	17,5	61,4
	Stimme gar nicht zu	15	26,3	26,3	87,7
	Weiß nicht	7	12,3	12,3	100,0
	Total	57	100,0	100,0	

Ergebnis aller Befragten über 60 Jahren

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Sehr befürworten	27	21,1	21,1	21,1
	Eher befürworten	43	33,6	33,6	54,7
	Eher nicht befürworten	29	22,7	22,7	77,3
	Überhaupt nicht befürworten	19	14,8	14,8	92,2
	Weiß nicht	10	7,8	7,8	100,0
	Total	128	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	59	46,1	46,8	46,8
	Stimme eher zu	28	21,9	22,2	69,0
	Stimme eher nicht zu	12	9,4	9,5	78,6
	Stimme gar nicht zu	15	11,7	11,9	90,5
	Weiß nicht	11	8,6	8,7	99,2
	10	1	,8	,8	100,0
	Total	126	98,4	100,0	
Missing	System	2	1,6		
	Total	128	100,0		

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	52	40,6	40,9	40,9
	Stimme eher zu	29	22,7	22,8	63,8
	Stimme eher nicht zu	14	10,9	11,0	74,8
	Stimme gar nicht zu	19	14,8	15,0	89,8
	Weiß nicht	12	9,4	9,4	99,2
	10	1	,8	,8	100,0
	Total	127	99,2	100,0	
Missing	System	1	,8		
	Total	128	100,0		

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten befreit!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	62	48,4	48,8	48,8
	Stimme eher zu	37	28,9	29,1	78,0
	Stimme eher nicht zu	13	10,2	10,2	88,2
	Stimme gar nicht zu	11	8,6	8,7	96,9
	Weiß nicht	4	3,1	3,1	100,0
	Total	127	99,2	100,0	
Missing	System	1	,8		
	Total	128	100,0		

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten besetzt!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	39	30,5	31,0	31,0
	Stimme eher zu	27	21,1	21,4	52,4
	Stimme eher nicht zu	21	16,4	16,7	69,0
	Stimme gar nicht zu	34	26,6	27,0	96,0
	Weiß nicht	5	3,9	4,0	100,0
	Total	126	98,4	100,0	
Missing	System	2	1,6		
	Total	128	100,0		

Bar Chart

Vergleich der Antworten zu Zwangsarbeit und Gedenktafel:

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

Befürwortung einer Gedenktafel am DOK			Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Sehr befürworten	Valid	Stimme sehr zu	40	70,2	70,2	70,2
		Stimme eher zu	9	15,8	15,8	86,0
		Stimme eher nicht zu	2	3,5	3,5	89,5
		Stimme gar nicht zu	2	3,5	3,5	93,0
		Weiß nicht	4	7,0	7,0	100,0
		Total	57	100,0	100,0	
Eher befürworten	Valid	Stimme sehr zu	20	31,3	31,3	31,3
		Stimme eher zu	25	39,1	39,1	70,3
		Stimme eher nicht zu	10	15,6	15,6	85,9
		Stimme gar nicht zu	6	9,4	9,4	95,3
		Weiß nicht	3	4,7	4,7	100,0
		Total	64	100,0	100,0	
Eher nicht befürworten	Valid	Stimme sehr zu	10	28,6	28,6	28,6
		Stimme eher zu	7	20,0	20,0	48,6
		Stimme eher nicht zu	6	17,1	17,1	65,7
		Stimme gar nicht zu	8	22,9	22,9	88,6
		Weiß nicht	4	11,4	11,4	100,0
		Total	35	100,0	100,0	
Überhaupt nicht befürworten	Valid	Stimme sehr zu	9	39,1	39,1	39,1
		Stimme eher zu	4	17,4	17,4	56,5
		Stimme gar nicht zu	9	39,1	39,1	95,7
		Weiß nicht	1	4,3	4,3	100,0
		Total	23	100,0	100,0	
Weiß nicht	Valid	Stimme sehr zu	3	21,4	23,1	23,1
		Stimme eher zu	4	28,6	30,8	53,8
		Stimme gar nicht zu	2	14,3	15,4	69,2
		Weiß nicht	4	28,6	30,8	100,0
		Total	13	92,9	100,0	
	Missing	System	1	7,1		
	Total		14	100,0		

Bar Chart

Ergebnis der Befragten unter 39 Jahren:

Meinung zur Aussage: "Menschen die zu Bauarbeiten gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	8	50,0	50,0	50,0
	Stimme eher zu	4	25,0	25,0	75,0
	Stimme eher nicht zu	1	6,3	6,3	81,3
	Stimme gar nicht zu	2	12,5	12,5	93,8
	Weiß nicht	1	6,3	6,3	100,0
	Total	16	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Menschen die zum Bau des Donau-Oder-Kanals gezwungen wurden, sollen entschädigt werden!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	9	56,3	56,3	56,3
	Stimme eher zu	3	18,8	18,8	75,0
	Stimme eher nicht zu	1	6,3	6,3	81,3
	Stimme gar nicht zu	2	12,5	12,5	93,8
	Weiß nicht	1	6,3	6,3	100,0
	Total	16	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: "Österreich wurde 1945 von den Alliierten befreit!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	10	62,5	62,5	62,5
	Stimme eher zu	2	12,5	12,5	75,0
	Stimme eher nicht zu	4	25,0	25,0	100,0
	Total	16	100,0	100,0	

Meinung zur Aussage: " Österreich wurde 1945 von den Alliierten besetzt!"

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	Stimme sehr zu	1	6,3	6,3	6,3
	Stimme eher zu	3	18,8	18,8	25,0
	Stimme eher nicht zu	5	31,3	31,3	56,3
	Stimme gar nicht zu	6	37,5	37,5	93,8
	Weiß nicht	1	6,3	6,3	100,0
	Total	16	100,0	100,0	

7.5. Abstract

Die Diplomarbeit versucht die Ausformungen von Erinnerungskultur auf lokaler Ebene aufzuzeigen. Im Speziellen wird auf die Auseinandersetzung mit Bauten des Nationalsozialismus eingegangen. Neben der Darstellung von verschiedenen theoretischen Konzepten zu Gedächtnis, Erinnerungskultur und der Ausformungen von etwaigen Erinnerungszeichen in Form von Denkmälern, wird auch die Bedeutung von nationalsozialistischen Bauten beleuchtet. Weiters werden die Entwicklungen und Brüche in der Österreichischen Erinnerungskultur ab 1945 bearbeitet, um dann im empirischen Teil die theoretischen Konzepte in einem lokal eingegrenzten Forschungsgebiet anzuwenden. Es wird der Donau-Oder-Kanal im Süden Wiens als NS-Bau identifiziert und die Frage des Einsatzes von ZwangsarbeiterInnen geklärt. In einer quantitativen Fragebogenerhebung wird die Einstellung der AnrainerInnen zum NS-Bau, Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen sowie die Aufstellung eines Erinnerungszeichens erhoben. Ebenso wird die politische Ebene und deren Einstellung durch eine Fragebogenerhebung im Stadtgemeinderat sowie ein qualitatives Leitfadeninterview mit dem Bürgermeister der zuständigen Gemeinde Groß-Enzersdorf eingebunden. Neben der genauen Ausarbeitung der Situation in dem lokal eingegrenzten Forschungsgebiet „Donau-Oder-Kanal“ wird die Lage in Rechnitz und Linz sowie die Wiener Fasangartenkaserne als Vergleich herangezogen. Anhand dieser Beispiele werden unterschiedliche Prozesse und Ausprägungen der Erinnerungskultur an NS-Verbrechen sowie NS-Bauten ersichtlich. So sollen die Formen von Erinnerung an NS-Bauten und der Ablauf von Erinnerungsprozessen auf lokaler, nationaler sowie globaler Ebene und deren Interdependenz aufgezeigt werden.

Curriculum vitae

Name: Florian Rabenstein

Geburtsdatum: 28.4.1986

Geburtsort: Korneuburg

Ausbildung: 1992-1996 Volksschule Lange Gasse 46, 1080 Wien
1996-2000 RG/WRG 8 Feldgasse 6-8, 1080 Wien
2000-2005 BORG 1 Hegelgasse 14, 1010 Wien
2005-2010 Diplomstudium Politikwissenschaft an der
Universität Wien
2007-2008 Auslandsstudienjahr an der Erasmus Universität
Rotterdam, Niederlande